Die

Entwicklung der Preise

insbesondere die der wichtigsten Nahrungsmittel in den letzten Jahrzehnten und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, insonderheit für die arbeitenden Klassen.

(Dargestellt an der Hand statistischen Materials, entnommen der Stadt Halle a. S.)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer

Hohen philosophischen Fakultät

der

Königlichen vereinigten Friedrichs-Universität
Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Franz Thieme
aus Calbe a. M. (Prov. Sachsen).

Halle a. S.
1912.

Referent:

Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Conrad.

Meinen Eltern

in Dankbarkeit.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544727_0105

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung. Das der Untersuchung zugrunde liegende Problem und die Schwierigkeiten seiner Lösung	1— 3
Erster Teil. Die Preisentwicklung, insbesondere die der wichtigsten Nahrungsmittel zu Halle a. S. im Verlaufe der letzten Jahrzehnte	4— 68
Erster Abschnitt. Kritik der Gewinnung des preisstatistischen Materials	5— 11
Zweiter Abschnitt. Die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel	12— 53
I. Vegetabilien	12— 30
a) Brotgetreide, Mehl, Brot	12— 24
b) Hülsenfrüchte, Kartoffeln	24— 30
II. Animalien	30— 53
a) Schlachtvieh	30— 36
b) Fleisch	36— 46
c) Speck, Schmalz	46— 47
d) Eier, Milch, Butter	47— 53
Dritter Abschnitt. Die Mietpreise der Wohnungen	54— 60
Vierter Abschnitt. Die Preisgestaltung der Kleidung	61— 68
Zweiter Teil. Die Bedeutung der Preisentwicklung für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung	69—112
Erster Abschnitt. Die Gestaltung der Wohlhabenheits-, Lohn- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung Halles in Gegenüberstellung zur Preisentwicklung	69— 86
Zweiter Abschnitt. Die Bedeutung der Preisentwicklung insbesondere	86—112
I. Der Einfluß der Preisgestaltung der wichtigsten Nahrungsmittel auf das Nahrungsbudget verschiedener Einkommensstufen	86— 95
II. Der Fleischkonsum der Bevölkerung als Kennzeichen für ihren Nahrungsstand	96—103
III. Die Bedeutung der Verteuerung des Wohn- und Kleidungsbedürfnisses für die Bevölkerung	103—107
IV. Kennzeichen eines zunehmenden Wohlstandes in der Bevölkerung	108—112
Schluß	112—113
Anhang. Wirtschaftsrechnungen	114—122

Seite

Graphische Darstellungen.

1. Die Bewegung der Preise der vegetabilischen Nahrungsmittel zu Halle a. S. in den letzten Jahrzehnten 29
2. Die Bewegung der Preise der animalischen Nahrungsmittel zu Halle a. S. in den letzten Jahrzehnten 50
3. Die Bewegung der Nahrungsmittelpreise (Vegetabilien und Animalien) zu Halle a. S. in den letzten Jahrzehnten 51

Einleitung.

Das der Untersuchung zugrunde liegende Problem und die Schwierigkeiten seiner Lösung.

Die vorliegende Untersuchung hat zum Gegenstand die Preisentwicklung, insbesondere die der wichtigsten Nahrungsmittel zu Halle a. S. im Verlaufe der letzten Jahrzehnte, und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Das derselben letzten Endes zugrunde liegende Problem ist demnach dieses:

Den Einfluß statistisch zur Feststellung zu bringen, welchen eine Veränderung des Geldwertes, der Kaufkraft des Geldes gegenüber den wirtschaftlichen Gütern — wie sie in den Preisverhältnissen der zahlreichen im privatwirtschaftlichen Haushalt zum Konsum kommenden Bedarfsobjekte zu den verschiedenen Zeiten zum Ausdruck gelangt — auf die durch Einkommen und Lebensweise voneinander verschiedenen Bevölkerungsklassen ausgeübt hat.

Weit davon entfernt, zur Lösung des Problems selbst führen zu wollen, kann aber Vorliegendes in der Hauptsache nur als ein schwacher Versuch angesehen werden, zur Fragestellung desselben in einem Teile einen Beitrag geliefert zu haben.

In rechter Erwägung der nicht unerheblichen, zum Teil unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche eine Untersuchung nach dieser Richtung hin bietet, mußten wir nur allzu schnell zu der Erkenntnis gelangen, daß der Umfang, in welchem jener Einfluß, den die Preisentwicklung auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ausgeübt hat, tatsächlich festgestellt zu werden vermag, kein allzu großer sein, und auch noch in jenem geringen Umfange die Feststellung mit der erforderlichen Genauigkeit kaum stattfinden könne.

Dafür war im wesentlichen folgendes maßgebend:

Die außerordentlich verschiedene, sich beständig und im weitestgehenden Maße verändernde Qualität fast aller Bedarfsobjekte, welche im Haushalt zum Konsum gelangen, steht einem solchen Unterfangen wesentlich hindernd

entgegen und macht es — ganz abgesehen von den zahlreichen anderen Bedürfnissen des Menschen — schon für das Wohnungs- und Kleidungsbedürfnis überhaupt unmöglich, die Preisgestaltung oder etwa eine Verteuerung derselben, wie sie in den verschiedenen Bevölkerungskreisen innerhalb eines größeren Zeitraumes stattfindet, zur Feststellung zu bringen. Und diese Qualitätsveränderungen sind um so größer und bedeutsamer, gehen um so schneller vor sich, je nachhaltiger die vom Menschen an das Leben gestellten Ansprüche im Steigen begriffen sind — wie solches in der neueren Zeit, besonders in den unteren und mittleren Klassen der Bevölkerung der Fall gewesen ist —, je rastloser Zivilisation und Kultur fortschreiten.

Auch mit Beziehung auf das Nahrungsbedürfnis liegen derartige Qualitätsveränderungen zweifellos vor, und haben sich insbesondere die an die Nahrung gestellten Ansprüche in der Bevölkerung im Laufe der Zeit verfeinert und erhöht. Wir erinnern nur an den in der neueren Zeit in den Kulturstaaten vielfach zu beobachtenden zunehmenden Übergang der Bevölkerung vom Roggenbrot- zum Weizenbrotkonsum oder aber an den mit zunehmender Industrialisierung und wachsendem Wohlstande der Bevölkerung steigenden Fleischkonsum.

Daher wird auch hinsichtlich des Nahrungsbedürfnisses eine Feststellung der in der Kaufkraft des Geldes in der Bevölkerung lediglich unter dem Einflusse der Preisentwicklung in Erscheinung getretenen Veränderungen auf größte Genauigkeit keinen Anspruch machen können, weil eben auch hier noch das Moment des Mehrkonsums, sobald wir es mit einer Reihe von Jahren und Jahrzehnten zu tun haben, sich gänzlich kaum wird ausschalten lassen.

Immerhin werden sich aber, wenn man sich hinsichtlich der Zahl der in Frage kommenden Nahrungsmittel einige Beschränkung auferlegt und sich dabei nicht allzu weit vom Rohprodukt entfernt, doch im gewissen Umfange über die Preisgestaltung des Nahrungsbedürfnisses und in der Feststellung des Einflusses, den diese auf das Nahrungsbudget einzelner Bevölkerungsklassen (Einkommensstufen) ausgeübt hat, wenn auch nicht einwandfreie, so doch brauchbare, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Resultate erzielen lassen. Es wird sich wenigstens zeigen lassen, wie eine in den letzten Jahrzehnten in Erscheinung getretene Verteuerung des Nahrungsbedürfnisses in den verschiedenen Gesellschaftskreisen verschieden fühlbar geworden ist. In Anbetracht der in letzteren je nach der Höhe des Einkommens und den Wohlhabenheitsverhältnissen nicht un-

wesentlich voneinander verschiedenen Lebensweise müssen die sich dabei ergebenden Fehlerquellen als nur verhältnismäßig geringe erscheinen.

Wir haben in dieser Weise, was das Nahrungsbedürfnis angeht, zur eigentlichen Fragestellung der Untersuchung Stellung zu nehmen versucht.

Im übrigen mußte letztere in Ansehung der erwähnten Schwierigkeiten, insofern sie eine tatsächliche Feststellung des Einflusses der Preisentwicklung verlangt, dagegen fallen gelassen werden.

Konnte aber auch von einer ausgedehnteren Feststellung der Veränderung, welche die Kaufkraft des Geldes in den verschiedenen Gesellschaftskreisen erfahren hat, nicht die Rede sein, so war es doch möglich, die Gestaltung der Kaufkraft der Bevölkerung, der Preisentwicklung der wichtigsten Nahrungsmittel, zu welcher ergänzend eine Betrachtung der Entwicklung der Mietpreise der Wohnungen und der Preisgestaltung der Kleidung hinzugezogen wurde, gegenüberzustellen. Auf Grund dieser Gegenüberstellung war es dann weiterhin möglich, unter Heranziehung einiger anderer Tatsachen, die als Kennzeichen für die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung anzusprechen sind, Rückschlüsse allgemeiner Natur auf die Bedeutung, welche die Preisentwicklung der letzten Dezennien für die Bevölkerung, insbesondere für die unteren Klassen gehabt hat oder nur gehabt haben kann, zu tun.

Einer tieferen Einsicht in die Verhältnisse des Geldwertes ist damit allerdings nicht gedient.

Erster Teil.

Die Preisentwicklung, insbesondere die der wichtigsten Nahrungsmittel zu Halle a. S. im Verlaufe der letzten Jahrzehnte.

Im letztverflossenen Jahrfünft hat man allenthalben die Beobachtung machen können, daß die Klagen und Bedenken in der Bevölkerung über eine allgemeine Steigerung der Preise und Verteuerung der Lebenshaltung im steten Zunehmen begriffen waren. Das Jahr 1911, das als Folge der herrschenden ungünstigen klimatischen Verhältnisse und der dadurch bedingten in einzelnen Nährfrüchten mehr oder weniger ungünstigen Ernteergebnisse, ein plötzliches Anziehen der Preise der wichtigsten Lebensmittel mit sich brachte, hat in der Bevölkerung von neuem und mit besonderer Schärfe die Klagen über eine allgemeine Verteuerung des Lebens gezeitigt und die Frage der Preise akut werden lassen.

Bei der besonderen Bedeutung, welche den Preisen für die gesamte Führung des Haushaltes, für die Richtung und das Ausmaß der Konsumtion zukommt, ist das Bedenkliche, welches für den Konsumenten in einer allgemeinen und nachhaltigen Aufwärtsbewegung derselben liegt, nicht zu verkennen.

Tatsächlich erstreckt sich aber die nachhaltige Preissteigerung der letzten Jahre fast ausschließlich auf die wichtigsten Lebensmittel, und man schließt, wenn man von einer allgemeinen Steigerung der Preise spricht, von diesen generalisierend zu allgemein auf die übrigen Bedarfsobjekte. Betrachtet man die Preisbewegung einer größeren Zahl von Waren aller Art, wie das regelmäßig von Prof. Conrad in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik an der Hand der Hamburger- und Reichsstatistik geschieht, so zeigt sich, daß die Tendenz zu einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der Preise gar nicht oder in nur verschwindend geringem Maße vorgelegen hat. Ja geht man zurück bis auf die 80er Jahre, so läßt sich auch noch im letzten Jahrfünft im großen Durchschnitt der Waren deutlich

eine Preisreduktion, nicht aber eine allgemeine Steigerung des Preisniveaus erkennen[1].

Wie sich abweichend von dieser Bewegung des allgemeinen Preisniveaus die Preise der gewöhnlichsten Lebensmittel unter Berücksichtigung der hierbei hauptsächlich in Frage kommenden Ursachen in den letzten Jahrzehnten gestaltet haben, soll an der Hand lokalstatistischen Materials im folgenden Gegenstand der Betrachtung sein. Bevor wir aber in die Untersuchung selbst eintreten, erscheint es noch erforderlich, das dabei in Betracht kommende preisstatistische Material mit Beziehung auf die Art und Weise seiner Gewinnung zum wenigsten kritisch zu streifen.

Erster Abschnitt.

Kritik der Gewinnung des preisstatistischen Materials.

Wohl kaum ein anderes Gebiet wissenschaftlicher Untersuchung bietet in der gleichen Weise hinsichtlich der statistischen Unterlagen derartige Unvollkommenheiten und Schwierigkeiten, als das, welches wir betreten, wenn wir uns mit Fragen der Preisentwicklung befassen, wie es hier der Fall ist.

Man hat sich dabei zunächst stets darüber klar zu sein, daß es sich bei einer Statistik der Preise, einer Lebensmittelpreisstatistik, immer nur um eine jeweils mehr oder minder große Zahl von Preisnotierungen handelt, bei weitem aber nicht um die „Aufstellung einer Preisstatistik

---

[1] Nach den Berechnungen Prof. Conrads (Conrads Jahrb. f. Nationalökonomie u. Stat. 3. Folge Bd. 42 S. 56) ist die Bewegung des arithmetischen Mittels aus den Preisen einer größeren Zahl von Waren unter Zugrundelegung der Reichsstatistik im Verhältnis zu 1879—88 = 100, folgende gewesen:

1889—93	1894—98	1899—03	1904—08	1905	1906	1907	1908	1909	1910
101,26	84,35	95,63	101,77	100,72	110,84	104,21	96,49	94,88	97,67

Ferner war die Bewegung des arithmetischen Mittels berechnet aus 157 Hamburger Durchschnittspreisen, wenn der Durchschnitt der Jahre 1871—80 = 100 gesetzt wird, folgende:

1881—90	1891—1900	1901—05	1904	1905	1906	1907	1908	1909
85,18	78,47	71,1	70,30	75,19	74,87	83,19	76,51	74,74

Prof. Conrad sagt hierüber (S. 50 und 54): „Wir können daher Levasseur und anderen hervorragenden Autoren nicht beipflichten, wenn sie eine allgemeine Steigerung des Preisniveaus annehmen, und dies gern auf den Rückgang der Goldproduktion zurückführen wollen, der sicher zu gering war, um eine solche Wirkung auszuüben; es wird dabei zu ausschließlich von den gewöhnlichen Lebensmitteln, besonders den tierischen Produkten, generalisierend auf den großen Durchschnitt geschlossen."

auf Grund aller Preise und Preissummen, die bei jedem Kauf innerhalb eines bestimmten Zeitraumes an einem Orte gezahlt worden sind“ [1], so daß es wohl richtiger wäre, nur von einer Lebensmittelpreisnotierung oder dem Teile einer Preisstatistik, nicht aber von einer Lebensmittelpreisstatistik zu sprechen [2].

Der Umfang dieser Notierungen und die Art und Weise ihrer Durchführung ist naturgemäß entscheidend für ihren Wert. — Nach beiden Richtungen hin müssen aber insbesondere solche aus früheren Jahren zu wünschen übrig lassen. Leider — müssen wir im Interesse der Bevölkerung der Stadt Halle a. S. und dem unserer Untersuchung sagen — kann sich Halle erst seit etwa fünf Jahren der Tätigkeit eines Statistischen Amtes, und erst seit dem Jahre 1908 der Einrichtung einer planmäßig arbeitenden Preisstatistik (im oben angedeuteten Sinne) erfreuen. Wir sahen uns daher, was den Zeitraum der Darstellung vor dem Jahre 1908 angeht, gezwungen, die Preisnotierungen, wie sie von der Städtischen Marktpreiskommission vorgenommen und in den städtischen Verwaltungsberichten veröffentlicht, bzw. an das Königlich Preußische Statistische Landesamt weitergegeben und in der Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus (auch der Statistischen Korrespondenz) publiziert sind, zugrunde zu legen.

Der Umfang [3], in dem diese Notierungen der Marktpreiskommission, als deren ausführende Organe fast ausschließlich Polizeibeamte fungierten, stattgefunden haben, war früher kein allzu großer, wenn er im Laufe der Jahre sicherlich auch zugenommen hat. Was die Art und Weise der Erhebung anbelangt, so kamen dabei in der Hauptsache Preisnotierungen nach Angabe der Produzenten, Lebensmittelhändler in Frage; nicht aber, was besonders bedeutsam erscheinen muß, regelmäßig auch solche der Konsumenten. Es handelt sich ferner bei diesen Notierungen nur um sog. Durchschnittspreise, nicht aber um die „Ermittlung und Feststellung desjenigen Preises, der für ein bestimmtes Quantum der betreffenden Ware am häufigsten an dem betreffenden Orte gezahlt wird“ und der dem

[1] Wolff, „Zur Methode der Feststellung der Lebensmittelpreise“, Statistische Monatsberichte der Stadt Halle a. S. 3. Jahrg. 1909 Nr. 7, Juli, S. 25.

[2] Das Statistische Amt der Stadt Halle bringt die Preise der Lebensmittel daher auch mit Recht in seinen periodischen Veröffentlichungen unter der Rubrik „Lebensmittelpreise“, nicht aber unter der Bezeichnung „Lebensmittelpreisstatistik“.

[3] Die folgenden Ausführungen stützen sich zum Teil auf persönliche Anfragen und Erkundigungen beim Statistischen Amt der Stadt Halle a. S.

„ideellen, wirklichen Preis" am nächsten käme[1]. Erst mit dem Jahre 1908 ist die Lebensmittelpreisnotierung, was Umfang und Art und Weise der Erhebung angeht, wesentlich vollkommener geworden, worauf näher einzugehen hier nicht der Ort ist. Von größerer Wichtigkeit erscheint es vielmehr, zu entscheiden, ob jene Preisnotierungen, wie sie vor diesem Jahre stattgefunden haben, bei der vorliegenden Untersuchung Verwendung zu finden vermögen.

Wir glauben diese Frage bejahen zu können. —

Wenn schon die angedeuteten, den Notierungen anhaftenden Mängel sich nicht abstreiten lassen, so tragen jene doch bis zum Jahre 1908 einen durchaus einheitlichen Charakter, und ist die Art und Weise der Preisermittlung, der Gewichtserhebung und Notierung der Qualität dieselbe geblieben. Zudem haben wir etwaige sich in einzelnen Jahren ergebende Fehlnotierungen, die aber sicher nicht alle nach derselben Richtung hin wirken, auszugleichen und zu mildern versucht, indem wir jeweils die Preise längerer Perioden, von fünfjährigen Durchschnitten einem zehnjährigen Durchschnitte gegenüberstellten und erst seit der Mitte des letzten Jahrzehnts der Betrachtung auch Jahrespreise zugrunde legten.

Dann aber läßt noch ein besonderer Umstand erkennen, daß jene Preisnotierungen früherer Jahre immerhin einigen Anspruch auf Genauigkeit machen können. — Auf Grund einiger aus den 70er und 80er Jahren stammenden, von einem größeren Haushalte jeweils über ein Jahr geführter Wirtschaftsbücher[2] sind wir in der Lage, für einige Konsumartikel einen Preisvergleich der von diesem gezahlten Preise mit den amtlichen Notierungen anzustellen.

Für diesen Zweck eignen sich aber die einzelnen Konsumartikel zweifellos in ganz verschiedener Weise; zumal die bezeichneten Wirtschaftsbücher einem gut situierten Haushalte angehören, wo die Ernährungsweise naturgemäß eine qualitativ hohe ist, was wieder in den gezahlten Preisen hervortreten muß. — Der Versuch, einen Vergleich der Fleischpreise in dieser Weise anzustellen, was sicher von besonderem Interesse gewesen wäre, mußte schon bald aufgegeben werden. Ausschlaggebend war dafür einmal

---

[1] Mit v. Tyszka sehen wir in diesen Punkten das Ideal einer Preisstatistik. v. Tyszka, „Die Bewegung der Preise einiger wichtiger Lebensmittel, in Sonderheit der Fleischpreise in Deutschland und im Auslande unter besonderer Berücksichtigung Englands." Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 3. Folge Bd. 42 S. 632 ff.

[2] Diese Wirtschaftsbücher sind uns von Herrn Geheimrat Prof. Dr. Conrad freundlichst zur Verfügung gestellt.

und hauptsächlich der Umstand, daß die Wirtschaftsbücher, die für einen solchen Vergleich erforderlichen Unterlagen in nur unzureichender Weise boten. Andererseits muß es zweifelhaft erscheinen, ob — in Anbetracht des Umstandes, wie verschieden gerade der Fleischgenuß nach den Einkommens- und jeweils herrschenden Preisverhältnissen ist, und dementsprechend die von den einzelnen Haushaltungen gezahlten Preise voneinander abweichen — ein derartiger Preisvergleich zu brauchbaren Resultaten hätte führen können. In seiner Untersuchung über die „Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen in Halle a. S. und Umgebung 1909/10“ [1] ermittelte das Statistische Amt der Stadt Halle a. S., daß zwischen den, von der Einkommensgruppe von 900—1600 Mk. und derjenigen von 1600—3000 Mk. pro Kilogramm Fleisch gezahlten Preise, sich schon eine Differenz von 10 Pf. ergibt, welche die letztgenannte Einkommensstufe pro Kilogramm Fleisch im Durchschnitt mehr zahlte. Was den zweiten Punkt, die jeweils herrschenden Preisverhältnisse, d. h. ob hohe oder niedrige, steigende oder sinkende Preise, angeht, so spielen diese in einem gut situierten Haushalte, wie er in den Wirtschaftsbüchern vorlag, allerdings weniger eine Rolle. Qualitativ wie quantitativ erfährt der Konsum hier kaum eine Einschränkung oder Erweiterung. Um so mehr ist dies dagegen in weniger gut situierten Haushalten der Fall, wo der Fleischkonsum nach Quantität und Qualität durch die herrschenden Preisverhältnisse wesentlich bedingt ist.

Wie gesagt mußte aber auch der Versuch eines Preisvergleiches hinsichtlich des Fleisches schon infolge der Unzulänglichkeit des Materials unterbleiben.

Dagegen läßt sich für einige andere Nahrungsmittel nämlich für Butter, Eier und Speck, wo die in den einzelnen Haushalten qualitativ verschiedene Ernährungsweise, vor allem in früheren Jahren [2] weniger mitgespielt hat — jedenfalls nicht derart wie beim Fleisch —, einen Vergleich der in jenem Haushalte gezahlten Preise mit den amtlich notierten wohl anstellen.

Es wurde gezahlt für 1 kg bzw. 1 Schock [3]:

---

[1] „Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen in Halle a. S. und Umgebung 1909/10.“ Heft 13 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 52.

[2] Die Kunstbutterindustrie, die Einfuhr von billigen ausländischen Eiern und Speck hat in den 70er und 80er Jahren zweifellos nicht die Bedeutung gehabt, wie dies heute der Fall ist.

[3] Die amtlich notierten Preise sind berechnet nach den Preisnotierungen der Marktpreiskommission zu Halle a. S., veröffentlicht in den Berichten über den Stand

Im Jahre	Berechnet auf Grund der in den erwähnten Wirtschaftsbüchern notierten Preise			Nach den Notierungen der Marktpreis-Kommission		
	Butter	Eier	Speck	Butter	Eier	Speck
1879	2,67 Mk.	3,44 Mk.	1,52 Mk.	2,61 Mk.	3,28 Mk.	1,49 Mk.
1881	2,84 „	3,53 „	1,60 „	2,75 „	3,37 „	1,60 „
1888	2,48 „	3,40 „	1,43 „	2,43 „	3,06 „	1,40 „

Die auf Grund der erwähnten Wirtschaftsbücher berechneten Preise stehen demnach im Vergleich zu den amtlich notierten durchgehend etwas höher, was eben auf den qualitativ über dem Durchschnitt stehenden Nahrungsmitteln, die in jenem wohlsituierten Haushalte zum Konsum gekommen sind, beruht.

Nur unerheblich weichen die für Speck bezahlten Preise in den einzelnen Jahren voneinander ab; wofür wohl in der Hauptsache die an und für sich nicht allzu große Verschiedenheit in der Qualität des Speckes spricht. Etwas wesentlicher schon die für Butter, bei denen sich in den einzelnen Jahren schon eine Differenz von 5—9 Pf. pro Kilogramm ergibt. Vergleichen wir jedoch die Steigerung bzw. die Reduktion der amtlich notierten Butterpreise mit derjenigen der auf Grund der Wirtschaftsbücher berechneten, so kommen wir zu annähernd demselben Resultat. Die nach den Wirtschaftsbüchern berechneten Butterpreise sind gestiegen vom Jahre 1879 zum Jahre 1881 um 6 %; die amtlich notierten um 5,3 %. Vom Jahre 1881 zum Jahre 1888 sind erstere gesunken um 14,5 %, letztere um 13,2 %. Gegen das Jahr 1879 sind erstere im Jahre 1888 zurückgegangen um 7,6 %, letztere um 7,4 %. Erheblicher sind allerdings die Preisunterschiede hinsichtlich der Eier. Es scheint hier die Qualität des Konsums immerhin schon eine bedeutsame Rolle zu spielen. Aber es zeigt sich auch hier noch, daß vom Jahre 1879 bis zum Jahre 1881 die Preise nach beiden Berechnungen nahezu dieselbe Steigerung erfahren haben; nämlich eine solche von 2,6 und 2,7 %. Für das Sinken der Eierpreise von 1879 auf 1888 ergibt sich allerdings ein Mißverhältnis von 5,9 %, um welche die auf Grund der Wirtschaftsbücher berechneten Preise weniger gesunken sind, als die amtlich notierten. Diese Tatsache kann aber noch nicht unbedingt für eine amtliche Fehlnotierung und für eine Unzuläng-

---

und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Halle a. S. der betreffenden Jahre.

lichkeit des amtlichen Materials überhaupt sprechen. Das Mißverhältnis ist, zumal es bei einem Sinken der Preise in Erscheinung tritt, wohl weit eher auf besondere in dem Privathaushalt vorliegende Umstände zurückzuführen. Vielleicht, daß in jenem wohlsituierten Haushalte bei dem verhältnismäßig recht niedrigen Preise von 3,06 Mk. pro Schock Eier, wie ihn die amtlichen Notierungen für 1888 ergeben, das ganze Jahr hindurch qualitativ sehr gute Eier zum Konsum gelangt sind, woraus sich dann ein höherer jährlicher Durchschnittspreis ergibt, und wofür die benutzten Wirtschaftsbücher auch einige Anhalte bieten. Es zeigt sich aber jedenfalls, daß die amtlich notierten und die von uns berechneten Preise im Jahre 1888 noch insofern übereinstimmen, als beide noch unter den Preisen der Jahre 1881 und 1879 stehen. — Und sollte hier in den amtlichen Angaben tatsächlich ein Fehler vorliegen, so ergab doch der durchgeführte Preisvergleich im übrigen, daß dieselben Anspruch auf einige Genauigkeit machen können.

Es kann nach alledem als erwiesen gelten, daß die Notierungen der früheren Jahre zu unserm Unterfangen wohl als brauchbar anzusehen sind. Auch auf den Grad der in Erscheinung getretenen Preissteigerung werden wir einigen, wenn auch nicht immer den größten Wert legen können.

Was den Vergleich der Preise nach dem Jahre 1907 mit denen der Vorjahre angeht, so ist dieser, soweit insbesondere die Fleischpreise in Betracht kommen, allerdings ein bedingter.

Die Art und Weise der Preiserhebung ist seit dem Jahre 1908 insofern eine etwas andere geworden, als bei der Berechnung auch die Angaben von Konsumenten in ausgedehnterer Weise berücksichtigt werden, was früher nicht der Fall war. Die Preise müssen daher gegenüber denen früherer Jahre, wo nur die Angaben der Produzenten und Händler der Berechnung zugrunde gelegt wurden, als etwas zu hoch erscheinen, wobei wir annehmen, was den tatsächlichen Verhältnissen in der Hauptsache wohl auch entspricht, daß Produzenten und Händler geneigt sind, den Preis meist etwas zu niedrig, die Konsumenten dagegen diesen im allgemeinen etwas zu hoch anzugeben, was sich letztlich aus der Gegensätzlichkeit der Interessen von Produzent und Konsument erklärt.

Dann hat aber gerade beim Fleisch die Notierung nach den Qualitäten in den letzten Jahren eine große Differenzierung erfahren, und wir konnten zu einem Durchschnittspreise zweifellos nur auf die Art gelangen, daß wir das Mittel aus den „häufigsten Preisen" der verschiedenen Quali-

täten berechneten, nicht aber einen Durchschnittspreis aus dem Mittel der höchsten und niedrigsten Preise zogen.

Der Wechsel in der Erhebungsweise des preisstatistischen Materials kommt aber für unsere Untersuchung insofern nur wenig in Frage, als unsere letzte fünfjährige Periode bereits mit dem Jahre 1908 abschließt. Die Preise der letzten Jahre 1908—1911 sind natürlich, da hier wieder etwas vollkommen Gleichartiges vorliegt, miteinander einwandfrei zu vergleichen.

Noch sei im Anschluß hieran ein weiteres Wort zu den Fleischpreisnotierungen gesagt.

Gerade im letztverflossenen Jahre hat in Halle a. S. hinsichtlich der Fleischpreisnotierungen ein lebhafter Streit zwischen den Fleischern und den Fleischkonsumenten stattgefunden. Die Zwangsinnung der Fleischer[1] äußerte sich dabei dahin, daß die Notierung der Fleischpreise des Statistischen Amtes einseitig auf Angaben von seiten der Konsumenten beruhe; nur beste und bevorzugte Stücke betreffe, daher zu hoch erscheinen müßte, und wies dabei gleichzeitig auf die in den eigenen Büchern der Fleischer zu findenden niedrigeren Notierungen hin, welche vor allen Dingen auch zeigten, daß die Fleischpreise den Schlachtviehpreisen folgen.

Über diese Verhältnisse mit Sicherheit ein Urteil zu fällen, muß außerordentlich schwer fallen. Auf den Umstand, daß der Konsument im allgemeinen geneigt ist, seine Preisangabe etwas zu hoch zu machen, wurde schon hingewiesen. Auf der anderen Seite läßt sich aber auch nur zu oft die Beobachtung machen, daß die Preisangaben ein und desselben Fleischers mit den tatsächlich in seinem Laden gezahlten Preisen nicht übereinstimmen.

Gesetzt den Fall, die Hausfrau läßt durch einen Dienstboten Fleisch kaufen. — Am gleichen Tage erkundigt sich eine Person des Haushaltes, die natürlich dem Fleischer, bei dem gekauft wurde, nicht bekannt sein darf, nach dem Preise des Fleisches der gekauften Qualität, so wird sie vielfach einen geringeren als den tatsächlich gezahlten Preis zu hören bekommen, worauf, falls die Person um Aufklärung der Preisverhältnisse bittet, ihr vom Fleischer nicht selten die Antwort zuteil wird, es seien bevorzugte und beste Fleischstücke gewesen, die gekauft wurden.

Von der wechselseitigen Gestaltung der Schlachtvieh- und Fleischpreise wird später noch eingehender zu sprechen sein.

---

[1] Bericht über die Quartalsversammlung der Fleischerzwangsinnung zu Halle a. S. vom 10. Oktober 1911 in Nr. 178 der Saale-Zeitung vom 11. Oktober 1911.

Zweiter Abschnitt.

Die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel.

I. Vegetabilien.

a) Brotgetreide, Mehl, Brot.

Bekanntlich bildet das Getreide, soweit es als Rohprodukt für die Bereitung von Mehlspeisen, Brot und Backwaren in Betracht kommt, eines der Hauptnahrungsmittel des Menschen.

Als Beleg für diese Tatsache, insofern es sich dabei um den Konsum von Brot und Backwaren handelt, mögen einige Angaben dienen, die wir den Beiträgen zur Statistik der Stadt Halle entnehmen: Danach betrugen in Prozenten der Ausgaben für die gesamten Nahrungsmittel allein die Ausgaben für Brot und Backwaren in den Haushalten mit einem Einkommen von ca. 900—3000 Mk. im Durchschnitt 19,25 %, d. h. ungefähr ein Fünftel der Gesamtnahrungsausgaben, die ihrerseits wieder nahezu 56 % der Gesamthaushaltsausgaben ausmachten[1].

Für die höheren Einkommensstufen tritt naturgemäß in diesen Zahlen eine Reduzierung ein, weil mit steigenden Einkommens- und Wohlhabenheitsverhältnissen einerseits, besonders der Konsum von Fleisch und anderen animalischen Stoffen, dann aber auch an wertvolleren Nahrungs- und Genußmitteln gegenüber dem an Brot und Backwaren einen größeren Raum einnimmt; andererseits der Anteil der Nahrungsausgaben an den Gesamtausgaben ein prozentual geringerer ist.

Gemäß der Bedeutung, welche das Brotgetreide für die Ernährung des Menschen hat, muß aber auch der Konsum der Bevölkerung an den aus diesen bereiteten Nahrungsmitteln, die in ihrer Preisentwicklung der des Rohproduktes im allgemeinen folgen müssen, hinsichtlich der Quantität wie Qualität von der Gestaltung der Preise desselben zu den verschiedenen Zeiten wesentlich beeinflußt werden.

Es ist augenscheinlich, daß zu Zeiten einer nachhaltigen Teuerung des Brotgetreides der Konsum speziell in den minderbemittelten Bevölkerungsklassen nachlassen muß, und man dort in ausgiebigerer Weise billigere Nahrungsmittel, vor allem Kartoffeln, bei der Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses heranziehen wird. Dann aber werden sich auch Veränderungen in der Qualität des Brotes und der Backwaren, in denen

[1] Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen, a. a. O. S. 49 und 39.

das Getreide zur Konsumtion gelangt, bemerkbar machen. Man wird beim Verbacken des Mehles auch solches aus minderguten Getreidefrüchten, die man in besseren Zeiten ausschließlicher zur Verfütterung oder industriellen Verarbeitung bestimmte, neben den besseren Sorten bzw. gemischt mit diesen zur Verwendung bringen.

Die Bewegung der Getreidepreise in den letzten drei Jahrzehnten läßt eine steigende Tendenz derselben nicht verkennen.

Tabelle I. Getreidepreise[1] in Halle a. S. 1879—1910.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	pro 100 kg in Mk.			
1879—1888	18,12	15,78	16,50	14,56
1889—1893	18,18	17,71	17,18	16,51
1894—1898	14,98	13,00	15,16	13,93
1899—1903	15,12	14,22	15,30	14,05
1904—1908	18,20	16,69	16,93	16,17
1904	16,87	13,51	15,72	14,48
1905	17,06	15,16	14,13	15,49
1906	16,93	16,30	17,57	16,85
1907	20,88	19,98	18,39	18,15
1908	20,28	18,50	18,83	15,88
1909	22,90	17,30	18,99	17,95
1910	20,46	15,27	17,57	16,24
	Preissteigerung			
1879—1888	100	100	100	100
1889—1893	100,3	112,2	104,0	113,3
1894—1898	82,7	82,3	91,8	95,6
1899—1903	83,4	101,1	92,7	96,5
1904—1908	100,4	105,7	102,6	111,0
1904	93,1	85,6	95,2	99,4
1905	93,5	96,7	85,6	106,4
1906	93,3	103,3	106,5	113,0
1907	115,2	126,6	111,4	124,6
1908	111,9	117,2	114,0	109,0
1909	126,3	109,6	115,0	123,2
1910	112,9	96,4	106,5	111,5

Die Preissteigerung ist aber keine ununterbrochene. Im wesentlichen sind drei Perioden zu unterscheiden.

[1] Die Preise sind berechnet bis zum Jahre 1907 auf Grund der Notierungen der Marktpreiskommission zu Halle a. S. (Verwaltungsberichte der Stadt Halle a. S. 1879 ff.); nach dem Jahre 1907 auf Grund der periodischen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Halle a. S. Die Preise sind Durchschnittspreise bzw. häufigste Preise einer mittleren Qualität. Vergleichsweise sind die für Gerste und Hafer mit angeführt.

Zu Beginn der 90er Jahre hohe Preise, die diejenigen der 80er Jahre noch übertreffen, bei Weizen allerdings nur um ein Geringes; Mitte und Ende der 90er Jahre, beim Weizen noch bis in das letzte Jahrzehnt hinein anhaltend eine ziemlich starke Depression. In den letzten fünf Jahren beim Roggen schon seit Beginn des letzten Jahrzehnts; stärker aber ebenfalls erst im letzten Jahrfünft hervortretend wieder hohe Preise, besonders für Weizen unvergleichbar höher als die der 80er und die zu Beginn der 90er Jahre. Beispielsweise steht der Durchschnittspreis der vierjährigen Periode 1907—1910, wo sich die Steigerung der Weizenpreise besonders nachhaltig geltend gemacht hat, mit einem Preise von 21,13 Mk. pro Doppelzentner um mehr als 3 Mk. über dem des Jahrzehnts 1879—1888. Im Jahre 1909 erreichte Weizen mit dem nie zuvor gesehenen Preise von ca. 23 Mk. pro Doppelzentner einen Höhepunkt[1]. Die Bewegung der Weizenpreise ist seit dem Jahre 1906 im Vergleich zum Jahrzehnt 1879/88 = 100 im Verhältnis der Zahlen 93,3 : 115,2 : 111,9 : 126,3 : 112,9 vor sich gegangen. Merkwürdig erscheint demgegenüber das ständige und nachhaltige Zurückgehen der Roggenpreise seit dem Jahre 1907 im Verhältnis von 126,6 : 117,2 : 109,6 : 96,4 gegen 1879/88 = 100.

Bevor wir auf die ursächliche Verknüpfung der Entwicklung der Brotgetreidepreise etwas näher eingehen, sollen noch die Preisverhältnisse, wie sie sich im Staate bzw. in Deutschland gestaltet haben, kurz gestreift mit denen in Halle a. S. verglichen werden. (S. Tab. II S. 15.)

Der Vergleich ergibt, daß zwar die Gesamtentwicklung der Brotgetreidepreise in den drei Gebieten vollkommen miteinander in Einklang steht.

Dasselbe ist jedoch nicht mit Beziehung auf die Höhe der Preise zu sagen.

Die Regelmäßigkeit, mit welcher, abgesehen von wenigen Ausnahmen, für Halle die Weizenpreise gegenüber den Staatsmittel- bzw. Durchschnittspreisen in Deutschland etwas niedriger, die Roggenpreise etwas höher stehen, ist offenbar keine zufällige, wenn die sich ergebenden Differenzen auch als verhältnismäßig gering zu bezeichnen sind. Sie kann u. E. als ein Beweis dafür angesehen werden, daß auch heute, trotz der zunehmenden

[1] Das Jahr 1891, welches ebenfalls exhorbitant hohe Getreidepreise aufzuweisen hatte, zeigte für Weizen einen solchen von 21,68 Mk. pro dz. Dieses Jahr ist übrigens für die Höhe der Getreidepreise für das Jahrfünft 1889—1893 von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Mit Ausnahme desselben waren diese zu Beginn der 90er Jahre kaum höher als die der 80er Jahre.

Tabelle II. Preise für Brotgetreide in Halle[1], im Staate und Deutschland, pro Tonne à 1000 kg in Mk.

	Halle a. S.		Staat		Deutschland	
	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen
1879–1888	181,2	157,8	185,8	153,1	190,8	151,7
1889—1893	181,8	177,1	187,6	169,4	190,9	168,3
1894—1898	149,8	130,0	155,8	126,4	144,3	120,0
1899—1903	151,2	142,2	157,2	140,4	165,7	142,8
1904—1908	182,0	166,9	183,8	164,8	191,3	162,1
1904	168,7	135,1	169,0	134,0	176,2	137,1
1905	170,6	151,6	171,0	147,0	173,8	146,2
1906	169,3	163,0	174,0	157,0	180,9	155,0
1907	208,8	199,8	201,0	186,0	210,6	188,3
1908	202,8	185,0	204,0	180,0	215,1	183,8
1909	229,0	173,0	227,0	172,0	236,7	172,5
1910	204,6	152,7	205,0	150,0	212,5	150,5

interlokalen Gestaltung des Getreidemarktes und einer hinsichtlich der Preise herrschenden ausgleichenden Tendenz, die Ernteverhältnisse im Inlande in den einzelnen Landesteilen immer noch einen ungleichen Einfluß auf den Getreidepreis ausüben.

Allgemeiner läßt sich ja die Beobachtung machen, daß im Osten von Deutschland infolge der im Verhältnis zur Nachfrage örtlich höheren Getreideproduktion die Preise etwas niedriger stehen als im dicht bevölkerten Westen, wo die örtliche Produktion im Verhältnis zum Bedarf geringer ist.

Nun gehört die Provinz Sachsen zu den Gebieten Deutschlands, in denen gerade Weizen in hervorragendem Maße angebaut wird. Mit ihrem Flächeninhalt von 25 259 qkm in der Reihe der preußischen Provinzen an viertletzter Stelle stehend, folgt sie mit ihrer Weizenernte fläche von 187 447 ha nach der Statistik des Deutschen Reiches im Jahre 1910 sofort an zweiter Stelle hinter Schlesien, der größten preußischen Provinz.

Demgemäß muß hier auch das örtliche Angebot an Weizen etwas größer sein als in anderen Gegenden, wofür der durchgehend etwas niedrigere Weizenpreis in Halle spricht.

[1] Die Preise für Halle und die Staatsmittelpreise sind den laufenden Zeitschrift-Veröffentlichungen des Königl. Preuß. Statist. Bureaus entnommen; die Durchschnittspreise für Deutschland J. Conrads Grundriß z. Studium d. politischen Ökonomie I. T. 7. Aufl. S. 158; für das Jahr 1910 sind letztere berechnet auf Grund der monatlichen Nachweise des auswärtigen Handels Deutschlands. Die Staatsmittelpreise stellen dar den Durchschnitt aus 165 Städten der Preußischen Monarchie; den Durchschnittspreisen liegen zugrunde f. Weizen 15, für Roggen 14 Notierungen.

Leider fehlen fortlaufende Angaben darüber, inwiefern die Provinz Sachsen als Weizenlieferant der Stadt Halle in Betracht kommt. Einen gewissen Anhalt vermögen die Berechnungen Grabenstaedts[1] zu geben. Danach stammten im Jahre 1901/02 von dem gesamten Import an Inlandsweizen[2] von 133 550 dz (das sind reichlich 61 % des Gesamtimportes, Inland- und Auslandweizen) allein 115 085 dz aus der Provinz Sachsen, d. h. ca. 86 %.

Hinsichtlich ihrer Roggenproduktion nimmt dagegen die Provinz Sachsen eine bevorzugte Stellung nicht ein. Mit einer Anbaufläche von 330 859 ha im Jahre 1910 folgt sie in den Provinzen Preußens an siebenter Stelle, und nimmt damit einen ihrer Bodenfläche, nach der sie an achter Stelle steht, ungefähr entsprechenden Platz ein. Daher wird Halle zu seiner Roggenversorgung auch entferntere Gebiete des Inlands heranziehen müssen, was sich in einer infolge erhöhter Frachtkosten geringen Erhöhung der Roggenpreise, wie sie tatsächlich vorliegt, bemerkbar machen muß. Grabenstaedt[3] ermittelte, daß im Jahre 1901/02 von 95 975 dz eingeführten inländischen Roggens (das sind über 79 % der Gesamteinfuhr) 53 685 dz oder 56 % aus der Provinz Sachsen kamen; ein im Vergleich zum Weizen ungleich niedrigerer Prozentsatz.

Aus alledem ergibt sich, daß auch noch heute trotz der zunehmenden interlokalen Preisgestaltung des Getreides die von Thünensche Theorie zu Recht besteht, die lokale Produktion für den lokalen Bedarf noch nicht gänzlich bedeutungslos geworden ist. Es muß der Preis des Getreides steigen, im vorliegenden Falle durchschnittlich höher sein, je größer die Entfernungen sind, aus denen das Getreide geholt werden muß, um den Bedarf der Stadt zu decken. Halle a. S. steht damit hinsichtlich seines Weizenkonsums zweifellos verhältnismäßig etwas günstiger da.

Fragen wir nunmehr nach der ursächlichen Verknüpfung der Getreidepreisentwicklung:

Hinsichtlich der Getreidepreise spielt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, wie es sich in einem einzelnen Lande stellt, eine nur untergeordnete Rolle. Einige Bedeutung hat dieses nur noch für die im Inlande von einem Jahr zum andern eintretenden Preisschwankungen. Den

[1] Carl Grabenstaedt, „Woher bezieht die Stadt Halle a. S. ihre wichtigsten Lebensmittel?" Eine statistisch-volkswirtschaftliche Studie. Jena 1904. Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. S. Herausgegeben von Dr. J. Conrad Bd. 18.

[2] Grabenstaedt a. a. O. S. 176, 177.

[3] Grabenstaedt a. a. O. S. 180, 181.

ausschlaggebenden Einfluß auf die Getreidepreise übt heute vielmehr auf der einen Seite das „Verhältnis von Angebot und Nachfrage" aus, „wie es auf den großen Zentralmärkten festgestellt wird, unter Berücksichtigung des Ernteausfalles der verschiedenen Länder, der Taxe der disponiblen Vorräte und demgegenüber des erfahrungsgemäßen Bedarfs" [1]. Zu diesem treten auf der anderen Seite „die Produktionskosten und Transportkosten der unter den ungünstigsten Verhältnissen produzierenden oder entlegensten Gegenden, welche noch zur Versorgung des Weltmarktes herangezogen werden müssen" [1]. Ein Land wie Deutschland, das zum Weltmarkt die Stellung eines näheren Thünenschen Kreises einnimmt, hat daher die Getreidepreise hinzunehmen, wie sie sich aus dem internationalen Handel ergeben. Die Schwankungen in der Produktion eines einzelnen Landes verschwinden gegenüber der Gesamtproduktion vollkommen.

Eine Beeinflussung des Inlandpreises des Getreides vermag dagegen durch die diesem aufgelegten Zölle stattzufinden.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in Deutschland Weizen und Roggen augenblicklich die höchsten Zollsätze seit Einführung derselben überhaupt tragen.

Tabelle III. Zollsätze für Brotgetreide im Deutschen Reich pro Tonne in Mark [2].

Zollperiode	Weizen	Roggen
1879—1885	10	10
1885—1887	30	30
1887—1892	50	50
1892—1903	35	35
1906—1917	55	50

Seit dem Jahre 1879 sind die Zölle mit einer Unterbrechung in den Jahren 1892—1905, wo sie vorübergehend eine Herabsetzung erfuhren, für Weizen von 10 auf 55, für Roggen von 10 auf 50 Mk. pro Tonne gestiegen; was natürlich im Preise des Getreides im großen ganzen zum Ausdruck kommen muß, da der Zweck der Zölle anerkanntermaßen darin besteht, den Getreidepreis des Inlandes künstlich zu erhöhen. Je mehr letzteres zur Deckung seines Bedarfs der Einfuhr bedarf, um so vollständiger wird es den Zoll selbst tragen müssen, d. h. die Inland-

[1] J. Conrad, Grundriß z. Studium d. politischen Ökonomie. I. Teil. Jena 1907. 6. Aufl. S. 144.

[2] Zusammengestellt nach J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. II. Teil. 5. Aufl. 1908. § 70. „Preußens und Deutschlands Zollpolitik" S. 380 ff.

preise werden dem Zoll entsprechend steigen. Für Deutschland ist — auf Grund einer fortdauernden Vergleichung der Inland- und Auslandpreise, der Preise für verzolltes und für unverzolltes Getreide, der von Professor Conrad verfolgten einzig richtigen Methode — nachgewiesen, daß es in den meisten Fällen den Getreidezoll wirklich getragen hat[1].

Stellen wir die Bewegung der Zollsätze, den in den einzelnen Zollperioden gezahlten Durchschnittspreisen gegenüber, so ergibt sich folgendes:

Tabelle IIIa. Durchschnittspreise für die einzelnen Zollperioden 1880—1910
(Hallenser Preise).

Zollperiode	Zollsatz pro 100 kg	Durchschnittspreise pro 100 kg in Mark	
		Weizen	Roggen
1880—1885	1,00 Mk.	18,99	16,70
1886—1887	3,00 „	16,31	12,95
1888—1891	5,00 „	19,18	16,96
1892—1905	3,50 „	15,55	14,04
1906—1917	5,50 „ Weizen	20,29[2]	—
	5,00 „ Roggen	—	17,27[2]

In der die Jahre 1886/87 umfassenden Drei-Mark-Zollperiode ist demnach die Zollerhöhung gegenüber der Eine-Mark-Zollperiode in den Getreidepreisen nicht zum Ausdruck gekommen. Es sind letztere vielmehr trotz des erhöhten Zolles noch erheblich gesunken. Die Fünf-Mark-Zollperiode 1888—1891 zeigt gegenüber der Drei-Mark-Zollperiode wesentlich höhere Preise, die aber nur zu einem Teil auf den Zoll, zum andern offenbar auf die, infolge der ungünstigen Getreideernten außerordentlich hohen Preise des Jahres 1891 zurückzuführen sind. In der 3,50 Mk.-Zollperiode fielen mit der Herabsetzung der Zölle die Weizen- und Roggenpreise beträchtlich; um dann nach der wieder erfolgten Erhöhung für Weizen auf 5,50 Mk., für Roggen auf 5 Mk. im Jahre 1906 in der neusten Zollperiode auf 20,29 Mk. bzw. 17,27 Mk. zu steigen. Für letzteres kommen aber neben der Zollerhöhung insbesondere für Weizen

[1] J. Conrad, Die Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schließenden Handelsverträgen Deutschlands. Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands. Herausgegeben vom Verein für Socialpolitik, Bd. 90. Leipzig 1900. S. 108, 109. Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. II. Teil. 5. Aufl. Jena 1908. S. 398, 399.

[2] Preise für 1906—1910

auch die hohen und steigenden Weltmarktpreise der letzten Jahre in Frage[1].

Welche Bedeutung dabei den Zöllen für den Konsum zukommt, zeigen folgende Angaben: Nach der neusten Zollerhöhung ist das Brotgetreide für die städtische Bevölkerung künstlich jährlich um über 300 Millionen Mark verteuert[2]. Da ferner in Deutschland im Durchschnitt pro Jahr 2 dz Getreide bzw. Mehl auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet werden, das Mittel zwischen Weizen- und Roggenzoll zurzeit aber 5,25 Mk. pro Doppelzentner ist, so stellt sich die infolge der Getreidezölle eintretende Belastung für eine Familie von fünf Köpfen auf jährlich ca. 50 Mk. Bei Annahme eines jährlichen Einkommens von 900 Mk. und Existenzminimums von 600 Mk., entfallen 5,3 % des Gesamteinkommens resp. 15,8 des freien Einkommens auf den Mehraufwand durch die Zollbelastung, welcher sonst erspart und zu einer günstigeren Gestaltung und Verbesserung der gesamten Lebenshaltung dienen könnte.

Wenn Roggen nach dem Jahre 1907 eine nachhaltige Preisreduktion

[1] Es betrugen die Weizen- und Roggenpreise pro Tonne in Mark:

In	Roggen				Weizen			
	1906	1907	1908	1909	1906	1907	1908	1909
Wien	120	157	182	178	152	190	222	264
Budapest	109	145	170	169	133	171	204	246
Odessa	101	132	144	132	120	148	174	173
Riga	118	152	152	134	127	157	171	171
Antwerpen	—	—	—	—	130	154	175	191
Amsterdam	124	151	158	138	143	160	159	183
London	—	—	—	—	133	144	150	174
Liverpool	—	—	—	—	143	164	176	196
Chikago	—	—	—	—	121	137	150	173
Neuyork	—	—	—	—	131	150	163	184
Buenos Aires	—	—	—	—	122	141	150	169

Nach Roncador, „Wesen und Wirkung der Agrarzölle". Sammlung nationalökonom. und statistisch. Abhandlgn. d. Staatswissenschaftl. Seminars zu Halle a. S. Herausg. v. Prof. Dr. Conrad, Bd. 63, S. 54.

[2] Conrad, Studium der politischen Ökonomie. II. Teil, 5. Aufl. Jena 1908. S. 397.

erfahren hat, so zeigten auch die Roggenpreise auf dem Weltmarkte seit den Jahren 1907 und 1908 eine stark fallende Tendenz [1].

Der Bedarf an Roggen auf dem Weltmarkte, für den in der Hauptsache Deutschland gegenüber dem Angebot Rußlands bestimmend ist, war in den Jahren 1906—1910 offenbar ein geringerer als in den Vorjahren. Soweit die Zahlen der Ernteststatistik maßgebend sind, hat der Ernteertrag an Roggen in Deutschland eine Steigerung erfahren, die in den Jahren 1908, 1909 und 1910 zunehmend eine Mehrausfuhr an diesem Getreide ermöglicht hat [2]. Zudem ist die Konsumrichtung im Brotgetreide in Deutschland allmählich wachsend eine andere geworden; liegt an sich die Tendenz des Zurückgehens unseres Bedarfs an Roggen vor. Die Gestaltung der Weizen- und Roggenpreise in den Jahren 1906, 1907 und 1908 scheint aber diesen Umschwung im Konsum besonders stark gefördert zu haben:

Steigerung der Weizenpreise in Halle im Verhältnis zum Roggen = 100 [3].

Jahr	Weizen	Roggen
1904	125	100
1905	112	100
1906	103,9	100
1907	101,5	100
1908	109,8	100
1909	132,3	100
1910	133,9	100

[1] Es betrug der Preis pro Tonne Roggen in Mark im Jahre:

	in Wien	in Paris	in Amsterdam
1906	120,00	132,00	124,00
1907	157,00	151,00	151,00
1908	182,00	140,00	158,00
1909	178,32	137,43	141,10
1910	148,08	138,06	125,90

Nach J. Conrad, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 42 S. 64. III. Folge.

[2] Die Ernteerträge an Roggen betrugen im Durchschnitt der Jahre: 1901—05 = 9545000 t, 1906—10 = 10396009 t, die Mehreinfuhr (+) bzw. Mehrausfuhr (—) betrug in Tonnen: 1907 + 375300, 1908 — 247300, 1909 — 381000, 1910 — 421896. Nach d. Stat. Jahrb. f. d. D. Reich, Jahrg. 1907—1911.

[3] Nach Tabelle II berechnet.

In diesen Jahren ergab sich eine auffallend starke Annäherung der Weizen- und Roggenpreise. Erstere standen im Verhältnis zum Roggen nur um 3,9, 1,5 bzw. 9,8 höher. Im Jahre 1907 standen sogar zeitweise (eine wohl seltene Erscheinung) die Roggenpreise höher als die Weizenpreise[1]. Es ist augenscheinlich, daß besonders bei derartig annähernd gleichen Preisen sich der Konsum dem Weizen als dem Rohprodukt der weißen, feineren Brotsorten in erhöhtem Maße zuwenden muß; um so mehr, wenn eben damit eine verfeinerte Geschmacksrichtung Hand in Hand geht, wie sie sich heute speziell in den unteren Bevölkerungsklassen beobachten läßt.

Hat sich aber die Bevölkerung an den Weizenkonsum gewöhnt, so wird sie im allgemeinen nur bei erheblich und ständig niedrigeren Preisen des Roggens als des Weizens zu ersterem zurückkehren.

Diese Erscheinung der Konsumveränderung muß naturgemäß infolge des wachsenden Bedarfs an Weizen auf dem Weltmarkte zu einer Steigerung der Weizenpreise zugunsten der Roggenpreise wesentlich beitragen. Letzten Endes wird aber entschieden werden müssen, ob der hohe Weizenpreis oder aber die Geschmacksrichtung der Bevölkerung für die Gestaltung der Verhältnisse ausschlaggebend sein wird. Bei der heute rastlos fortschreitenden Kultur der zunehmenden Verfeinerung aller Bedürfnisse und Steigerung der Ansprüche möchten wir eher dem letzteren als dem ersteren das Wort reden.

Zunächst bleibt aber noch abzuwarten, ob die Steigerung der Weizenpreise, wie sie die letzten Jahre gezeigt haben, eine anhaltende ist, wie überhaupt die Frage einer allgemeinen Verteuerung des Brotgetreides in Ansehung der Tatsache, daß noch in ausgedehnter Weise die Möglichkeit der Erhöhung der Getreideproduktion und der Heranziehung von Neuland zu derselben besteht, zurzeit zweifelsohne noch der ferneren Zukunft angehört[2].

Werfen wir im Anschluß hieran einen Blick auf die Preisentwicklung des aus dem Brotgetreide gewonnenen Mehles im Verhältnis zu der des Kornes, so ergibt sich, daß beide im großen ganzen miteinander in Einklang stehen[3]. (S. Tab. IV S. 22.)

Hinsichtlich der Intensität der Preisschwankungen zeigt sich allerdings, daß die des Rohproduktes in denen des Mehles zumeist nicht vollkommen

---

[1] Bericht der Handelskammer zu Halle a. S. für das Jahr 1907, S. 5.
[2] H. Roncador a. a. O. S. 56.
[3] S. Anm. 2 S. 22.

Tabelle IV. Preise für Brotgetreide[1] und Mehl in Halle a. S. 1889—1910, pro 100 kg in Mark:

	Weizen	Weizenmehl W 00	Roggen	Roggenmehl R 0/I
1889—1893	18,18	27,94	17,71	25,02
1894—1898	14,98	23,88	13,00	19,45
1899—1903	15,12	24,36	14,22	20,60
1904—1908	18,20	27,23	16,69	23,69
1904	16,87	24,94	13,51	19,38
1905	17,06	25,25	15,16	20,73
1906	16,93	25,21	16,30	22,96
1907	20,88	30,54	19,98	28,30
1908	20,28	30,22	18,50	27,06
1909	22,90	32,10	17,30	24,29
1910	20,46	29,99	15,27	21,53
	Preissteigerung			
1889—1893	100	100	100	100
1894—1898	82,4	85,4	73,4	77,7
1899—1903	83,2	86,6	80,3	82,3
1904—1908	101,0	97,4	94,2	94,7
1904	92,8	89,2	76,2	77,4
1905	93,8	90,4	85,6	82,8
1906	93,1	90,2	92,0	91,7
1907	114,8	109,3	112,6	113,1
1908	111,5	108,2	104,4	108,1
1909	125,9	114,9	97,7	97,1
1910	112,5	107,3	86,2	86,0

zum Ausdruck gekommen sind, was sich daraus erklärt, daß neben dem Getreidepreis noch andere Faktoren auf den Mehlpreis einwirken, wie Konjunkturgewinne und -Verluste, Vermahlungskosten, Unternehmergewinn usw. und daher letzterer von ersterem nicht unmittelbar abhängig ist[2].

Getreide und Mehl kommen aber für den Konsum in der Hauptsache in Gestalt des Brotes und anderweiter Backwaren in Betracht. Eigentliche Mehlspeisen oder Speisen, bei denen Mehl als Zusatz eine Rolle spielt, sind demgegenüber im Haushalte von nur untergeordneter Bedeutung. Leider fehlen uns aber zahlenmäßige Unterlagen für die Brotpreise in Halle über einen längeren Zeitraum vollkommen.

[1] Preise f. Weizen u. Roggen nach Tab. I. Die Mehlpreise beziehen sich auf 100 kg netto frei ab Bahn Halle; sie sind uns von Herrn Georg Leister, Dir. d. Hildebrandschen Mühlenwerke, A.-G., Böllberg b. Halle, freundlichst z. Verfügung gestellt.

[2] Die gleiche Erscheinung tritt auch noch in den Kleinhandelspreisen des Mehles zutage. Nur sind die Preisschwankungen hier vielfach erheblicher als in

Ohnedem wäre es an sich außerordentlich schwierig, im einzelnen den Zusammenhang zwischen den Brotpreisen einerseits und den Mehl- und Getreidepreisen andererseits nachzuweisen, da bekanntlich die verschiedenen Qualitäten hier eine große Rolle spielen. Der Konsument wird sich, da Brot fast durchgängig nicht nach Gewicht, sondern nach Preis als sogenanntes 50- oder 75 Pf.-Brot gekauft wird, der im Brotpreise in Erscheinung getretenen Veränderungen meist überhaupt nicht bewußt, es sei denn er beobachtet ständig das Gewicht der Brote.

Bei der etwas erschwerten statistischen Feststellung der Brotpreise, wo es sich also nicht allein darum handelt, den gezahlten Preis lediglich zur Notierung zu bringen, sondern diesen nach Gewicht besonders festzustellen, erscheint es erklärlich, wenn sie trotz der Wichtigkeit dieses Konsumartikels häufig gänzlich fehlen. Erscheint diese Tatsache auch bedauerlich, so kann sie kaum allzusehr ins Gewicht fallen.

Es ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß die Brotpreise den Mehlpreisen wie die Mehlpreise den Getreidepreisen im allgemeinen gefolgt sind, sie eine von jenen wesentlich verschiedene Gestaltung nicht gehabt haben können. Ist, wie der Getreidepreis für den Mehlpreis auch letzterer für den Brotpreis nicht der allein entscheidende Faktor, sondern kommt dabei noch manches andere, wie Konkurrenz der Bäcker, Zahlungsfähigkeit der Konsumenten usw. in Betracht, so ist er doch jedenfalls der wichtigste Preisfaktor.

---

den Großhandels- und Brotgetreidepreisen. Preise in Halle für Mehl in Pfennigen pro kg (W. Nr. 1 und R. Nr. 1 zur Speisebereitung):

	absolut		Preissteigerung	
	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen
1879—1888	34	26	100	100
1889—1893	33	31	97	119
1894—1898	25	23	73,5	88
1899—1903	30	25	88	96
1904—1908	32	29	95	111,5
1904	30	26	88	100
1905	29	27	85	104
1906	31	28	91	107,6
1907	36	34	106	130
1908	36	33	106	126
1909	39	30	113	115
1910	36	26	106	100

Nach den laufenden Veröffentlichungen des Kgl. Pr. Statist. Bureaus bis z. Jahre 1907; dann Stat. Monatsber. d. Statist. Amts d. Stadt Halle a. S.

Eine Verschiebung im Preise des Brotes im Vergleich zu demjenigen der Rohmaterialien hat aber im Laufe der Zeit zweifellos insofern stattgefunden, als die Differenz zwischen Brot- und Mehl- bzw. Getreidepreis, mit den wachsenden Unkosten der Müller und Bäcker als Folge der Steigerung der Kosten des Backens, der Löhne, der Ladenmieten usw. zunehmend eine größere geworden ist.

Aus dem Gleichbleiben dieser Unkosten bei hohen oder niedrigen Getreide- oder Mehlpreisen erklärt es sich auch, daß die Brotpreise den Rohmaterialpreisen immer nur in erheblich abgeschwächter Weise zu folgen vermögen.

Im übrigen sei hier noch auf die Untersuchungen Roncadors[1] hingewiesen, wo unter Zugrundelegung von Berliner Material — das zuerst von Professor Conrad verwendet worden ist — der Beweis dafür erbracht wird, daß einerseits die Mehlpreise den Getreidepreisen gefolgt sind, andererseits mit der Steigerung bzw. der Reduktion der Getreide- und Mehlpreise eine Gewichtsabnahme bzw. -zunahme des Brotes stattgefunden hat.

b) Hülsenfrüchte, Kartoffeln.

Nächst der Preisentwicklung des Brotgetreides erfordert von den vegetabilischen Nahrungsstoffen die der Hülsenfrüchte und Kartoffeln, welche beide ein viel konsumiertes Nahrungsmittel speziell der mittleren und unteren Bevölkerungsklassen darstellen, besonderes Interesse.

Dem Konsum an Kartoffeln gegenüber ist der an Hülsenfrüchten freilich nur gering, wofür einerseits die an sich hohen Preise derselben sprechen, andererseits der Umstand ausschlaggebend ist, daß infolge ihrer schweren Verdaulichkeit diese Früchte sich für einen ausgedehnteren Konsum überhaupt weniger eignen; wenn in Anbetracht ihrer hohen Nährkraft eine Zunahme des Konsums auch wünschenswert erscheint und von ärztlicher Seite lebhaft befürwortet wird.

Immerhin sind die konsumierten Mengen an Hülsenfrüchten aber noch recht bedeutende. Nach den Berechnungen Grabenstaedts[2] kamen in Halle im Jahre 1901/02, wenn die Zahl der Haushaltungen zu 35 432 und die Bevölkerung zu 160 000 Seelen gerechnet wird, in Kilogramm an:

---

[1] H. Roncador a. a. O. S. 19, 20.

[2] Grabenstaedt a. a. O. S. 147 ff.

	Speisebohnen	Kocherbsen	Linsen
Auf den Haushalt	5,2	4,6	20,7
Auf den Kopf der Bevölkerung . . .	2,6	1,7	7,7

Auch die Preise der Hülsenfrüchte sind in den letzten Jahrzehnten, und zwar im Vergleich zu denen des Brotgetreides weit erheblicher gestiegen.

Tabelle V. Preise[1] und Preissteigerung der Hülsenfrüchte in Halle 1879—1910, pro 100 kg in Mark.

Jahre	Kocherbsen	Speisebohnen	Linsen
1879—1888	19,59	21,18	31,64
1889—1893	19,53	18,02	32,20
1894—1898	16,28	21,18	27,34
1899—1903	19,58	21,19	27,88
1904—1908	20,05	26,33	40,69
1904	18,31	26,20	33,23
1905	19,41	29,22	35,48
1906	20,43	26,34	46,37
1907	20,20	25,10	55,40
1908	21,90	24,30	33,00
1909	25,48	29,56	31,66
1910	26,18	28,11	26,68
	Preissteigerung		
1879—1888	100	100	100
1889—1893	99,7	85,0	101,7
1894—1898	83,1	100,0	86,4
1899—1903	100,0	100,0	88,1
1904—1908	102,3	123,8	128,6
1904	93,4	123,7	105,5
1905	99,0	137,9	112,1
1906	104,3	124,3	146,5
1907	103,1	118,5	175,0
1908	111,8	114,7	107,4
1909	130,0	139,9	100,0
1910	133,7	132,7	84,3

Eine besondere Regelmäßigkeit in der Entwicklung läßt sich jedoch nicht erkennen, nur zeigt sich auch hier wie beim Brotgetreide im allgemeinen eine Depression zu Beginn oder Mitte der 90er Jahre. Eine stärkere Erhöhung haben die Preise, besonders der Bohnen und Linsen, erst im letzten Jahrzehnt erfahren. Merkwürdig erscheint bei letzteren das

[1] Berichte d. Marktpreisnotierungskomm. d. Stadt Halle 1879 ff. Statistische Monatsber. d. Statist. Amtes d. Stadt Halle 1907 ff.

plötzliche Zurückgehen der Preise seit dem Jahre 1907, was geradezu einen Preissturz darstellt. Es erklärt sich diese Erscheinung aus einer Veränderung in den Einfuhrverhältnissen, einem stark zunehmenden Angebot an Linsen in den letzten Jahren. Die Einfuhr an Linsen[1] in Deutschland hatte sich im Jahre 1908 im Vergleich zum Jahre 1906 mehr als verdoppelt, stieg von 12200 t auf 24857 t und erreichte in den Jahren 1909 und 1910 mit ca. 62- bzw. 65000 t schon mehr als das Zehnfache der Einfuhr des Jahres 1906.

Da wir in unserem Konsum an Hülsenfrüchten, speziell an Bohnen und Linsen, fast ausschließlich auf die Produktion des Auslandes[2], im besonderen Österreich-Ungarns und Rußlands angewiesen sind, so spielen hier das Angebot des Auslandes und die Weltmarktpreise bei der Preisbestimmung natürlich die ausschlaggebende Rolle.

In Anbetracht dessen kann auch von einer Zweckmäßigkeit des Zolles von 4 Mk. pro Doppelzentner, den die Hülsenfrüchte im letzten Zolltarif tragen[3], nicht die Rede sein, um so mehr als die an sich geringe Anbaufläche an Hülsenfrüchten in Deutschland schon seit geraumer Zeit und erheblich im Zurückgehen begriffen gewesen ist[4], eine Vermehrung derselben unter dem Schutze des Zolles auch wohl kaum zu erwarten steht. In der Hauptsache kann dadurch nur eine Verteuerung eines besonders in den minderbemittelten Kreisen beliebten Nahrungsmittels stattgefunden haben.

Werfen wir noch einen Blick auf die Preisentwicklung der Kartoffel

---

[1] Nach den Statist. Jahrb. für das Deutsche Reich 1907—1911.

[2] Halle bezog nach den Berechnungen Grabenstaedts (a. a. O. S. 223, 224, 225) im Jahre 1901/02 von insgesamt 462547 kg Bohnen allein 390047 kg, das sind ca. 84%, und von insgesamt 294509 kg Linsen, 285009 kg, das sind ca. 97%, vom Auslande. Für Erbsen, wo die Verhältnisse der inländischen Produktion etwas günstiger liegen, stellte sich das Verhältnis von Gesamtimport und Auslandimport wie 733795 kg : 237295 kg, d. h. es war immerhin noch ein Drittel der Einfuhr ausländischer Herkunft.

[3] Reichsgesetzblatt 1906.

[4] Nach den Ermittlungen der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung betrug die Anbaufläche an Hülsenfrüchten in Deutschland in ha:

Jahr	Erbsen	Linsen	Speisebohnen
1878	468878	39865	18099
1883	407102	29989	12906
1893	328011	23798	9772
1900	236172	18995	7984

Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich.

als dem neben dem Brotgetreide weitaus wichtigsten vegetabilischen Nahrungsmittel, so läßt sich auch hier eine Preissteigerung, die besonders im letzten Jahrzehnt stärker hervortritt, konstatieren. Niedrige Preise traten Mitte und Ende der 90er Jahre bis in den Beginn des letzten Jahrzehnts in Erscheinung.

Tabelle VI. Preise[1] und Preissteigerung der Kartoffeln in Halle pro dz in Mark (Speisekartoffeln, Marktpreise).

1879—1888	5,19	100
1889—1893	5,79	111,5
1894—1898	4,78	92,1
1899—1903	4,67	90,0
1904—1908	6,11	117,7
1904	6,31	121,5
1905	6,12	117,7
1906	4,85	93,8
1907	6,50	125,4
1908	6,80	131,0[2]
1909	6,34	122,1
1910	5,57	107,3

Bei der Stellung, welche die Kartoffel hinsichtlich ihres Konsums im Haushalte einnimmt, ist eine Preissteigerung von ca. 18 % im Durchschnitt der Jahre 1904/08 gegenüber den 80er Jahren naturgemäß besonders zu bedauern. Ihre relative Billigkeit macht sie zu einem Hauptnahrungsmittel der unteren Klassen, wo sie eben nicht, wie es in den bessersituierten Kreisen der Fall ist, täglich nur einmal bei der Hauptmahlzeit, sondern daneben meist noch ein zweites Mal des abends und zwar in ausgedehnter Weise zur Verwendung kommt. In den ärmsten Teilen der Bevölkerung wird der Konsum an Kartoffeln den an Brot vielfach noch übersteigen.

Erfreulicherweise machte sich seit dem Jahre 1907 ein langsames Zurückgehen der Kartoffelpreise bemerkbar. Im Jahre 1910 hatten sie gegenüber den 80er Jahren nur noch eine Steigerung von ca. 7 % aufzuweisen, haben im Jahre 1911 infolge des schlechten Ernteausfalles allerdings wieder eine beträchtliche Erhöhung erfahren.

Für die Preisgestaltung der Kartoffeln kommt bei dem allgemein verbreiteten Kartoffelbau in Deutschland in erster Linie das von Jahr zu Jahr nach dem Ausfall der Ernten schwankende lokale Angebot in Frage,

[1] Notierungen der Marktpreiskommission zu Halle a. S. 1879 ff. Statistische Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Halle a. S. 1907 ff.

[2] Berechnet nach dem Ladenpreise pro kg. Der Preis für 1908 muß daher im Verhältnis zu den anderen Jahren als zu hoch erscheinen.

wie es die nächste und nähere Umgebung der Stadt stellt, das sich aber im einzelnen der Betrachtung entzieht. Die auf weitere Entfernungen oder vom Auslande bezogenen Kartoffeln sind demgegenüber nur von geringer Bedeutung, wenn Deutschland im letzten Jahrzehnt auch eine nicht unerhebliche Zunahme der Mehreinfuhr an Kartoffeln zu verzeichnen hatte[1]. Nur zu Zeiten schlechter Kartoffelernten, wie im letztverflossenen Jahre, werden Kartoffeln in größerem Umfange von weiterher oder vom Auslande bezogen.

Wir haben damit die Preisentwicklung der wichtigsten vegetabilischen Nahrungsmittel verfolgt. Für die noch fehlenden, wie vor allem Obst, Gemüse und dergl., deren Konsum im Haushalt aber im Verhältnis zu jenen nur unbedeutend ist[2], ist anzunehmen, daß diese den behandelten insofern entsprachen, als auch bei ihnen eine Preissteigerung in den letzten Jahrzehnten eingetreten ist. Im einzelnen wäre dies allerdings erst wieder zu beweisen.

Daß dabei Ausnahmen bestehen, braucht kaum besonders betont zu werden. So ergibt sich beispielsweise für Reis und Kaffee, daß diese im letzten Jahrzehnt im Vergleich zu den 80er und 90er Jahren im Preise zurückgegangen sind. Es kostete in Halle pro Kilogramm im Durchschnitt der Jahre[3]:

	Reis	Kaffee (Java, mittlerer, roh)	Kaffee (Java, gelber, gebrannt)
1889—1893	60 Pf.	2,67 Mk.	3,57 Mk.
1894—1898	60 „	2,70 „	3,60 „
1899—1903	47 „	2,27 „	2,75 „
1904—1908	54 „	2,35 „	2,86 „

Reis und Kaffee nehmen aber als Kolonialwaren eine Ausnahmestellung ein. Für ihren Preisrückgang ist in erster Linie die in der neueren

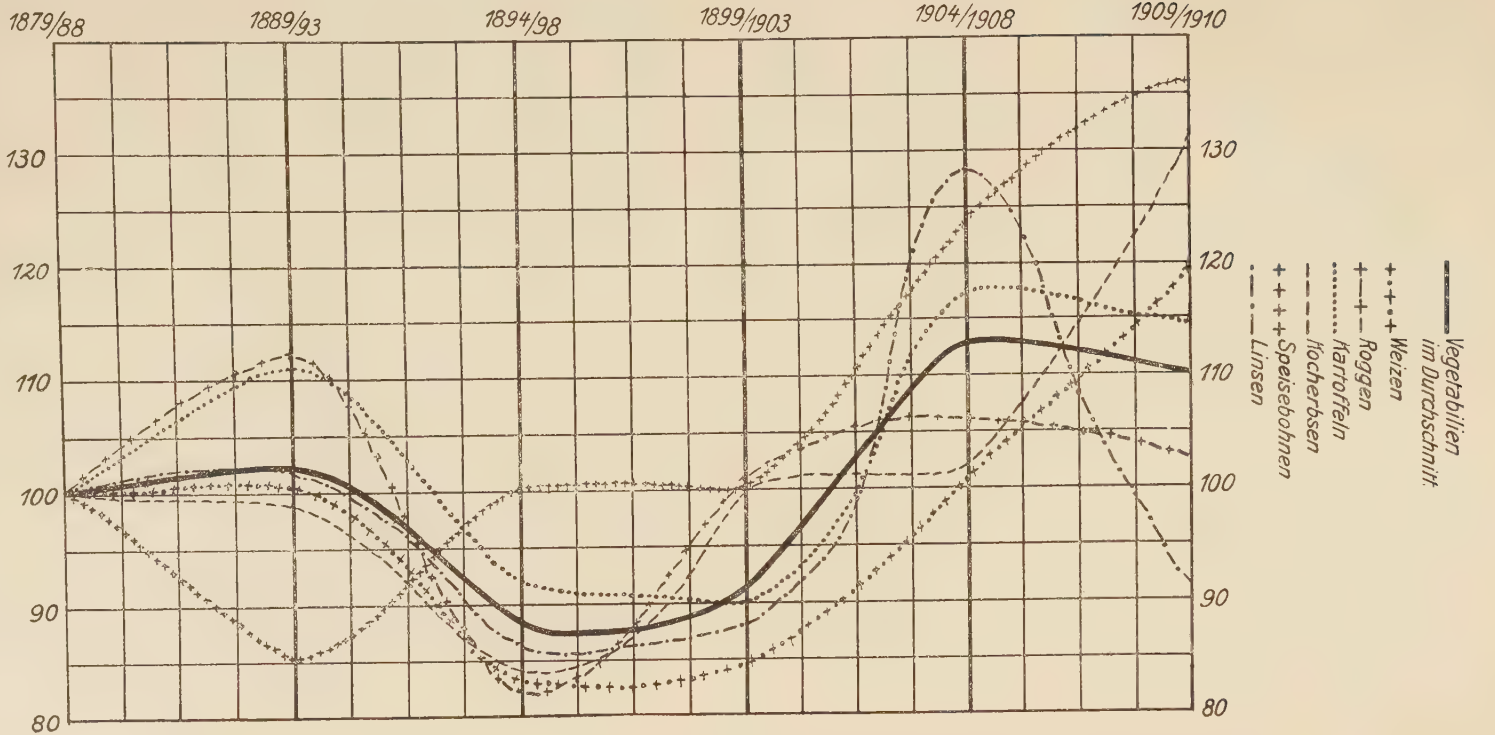
---

[1] Die Mehreinfuhr von Kartoffeln im Deutschen Reiche betrug nach den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich im Jahre 1904, wo die Einfuhr die Ausfuhr zum ersten Male überstieg, 675061 dz, im Jahre 1909 dagegen schon 2221751 dz.

[2] In Prozenten der Gesamtnahrungsausgaben betrugen in Halle bei einem Einkommen von 900—3000 Mk. die Ausgaben für Grünwaren im Durchschnitt 2,41 %. „Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen" a. a. O. S. 48.

[3] Nach den laufenden Zeitschriftveröffentlichungen des Königl. Preuß. Statist. Bureaus. 1890 ff.

Die Bewegung der Preise der vegetabilischen Nahrungsmittel zu Halle a.S. in den letzten Jahrzehnten (1879/88 = 100)



Zeit mehr und mehr zunehmende Verbilligung und Erleichterung des überseeischen Transportes anzuführen.

Zum Schluß sei noch eine graphische Darstellung der Preisbewegung der Vegetabilien in den letzten Jahrzehnten gegeben (s. Graphische Darstellung Seite 29).

Daraus ist zu entnehmen, wie im allgemeinen die Preise zu Beginn der 90er Jahre etwas anziehen. Darauf folgt eine ziemlich starke Depression Mitte und Ende der 90er Jahre, die im letzten Jahrzehnt einer stärkeren Aufwärtsbewegung der Preise Platz macht.

II. Animalien.

Von den animalischen Nahrungsmitteln stehen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben für Nahrung im Haushalt die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an erster Stelle. Bei einem Einkommen von 900—3000 Mk. kamen in Halle allein auf Fleisch durchschnittlich 18,90 % der Gesamtnahrungsausgaben. Zählt man hierzu noch die Ausgaben für Wurst, so nehmen beide mit nahezu 29 % die Hauptausgabe für Nahrungsmittel überhaupt ein[1].

a) Schlachtvieh.

Die Preise des Fleisches und der Fleischwaren müssen im allgemeinen naturgemäß denen des Schlachtviehes folgen, wenn auch nicht immer sofort oder mit der gleichen Intensität; vielmehr geht die Bewegung der Fleischpreise im Verhältnis zu der der Schlachtviehpreise meist etwas langsamer und schwerfälliger vor sich. Hohe Viehpreise bedingen hohe Fleischpreise, denn irgendwelche Preisdifferenzen werden die Fleischer selbstverständlich, wenn vielleicht auch vorübergehend, für kürzere Zeit, so doch dauernd nie auf sich nehmen und auf sich nehmen können, sondern sobald als angängig durch ein entsprechendes Heraufsetzen der Fleischpreise ausgleichen. Ob sie im umgekehrten Falle beim Sinken der Viehpreise dem durch eine Herabsetzung der Fleischpreise nachkommen, wird, wie überhaupt die Gestaltung des Verhältnisses von Fleisch- und Schlachtviehpreis, noch besonders erörtert werden müssen.

Das letzte Jahrzehnt hat eine besonders nachhaltige Aufwärtsbewegung der Schlachtviehpreise gebracht.

[1] „Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen" a. a. O. S. 48.

Tabelle VII. Schlachtviehpreise[1] in Halle a. S. nach den Notierungen des städtischen Schlacht- und Viehhofes in den Jahren 1898—1910, pro 50 kg Gewicht in Mark:

	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Kälber	Hammel	Schweine
1898	33,17	25,75	28,00	28,00	39,66	25,58	56,41
1899	31,25	29,92	27,92	30,64	40,00	27,25	48,83
1900	31,91	30,17	28,00	30,33	40,42	27,58	53,58
1901	31,50	29,92	27,29	30,00	40,29	27,92	61,04
1902	32,00	30,50	28,00	30,50	43,00	27,00	60,00
1903	33,50	31,50	30,00	31,50	43,50	30,00	52,00
1904	34,00	32,50	30,00	32,00	40,50	30,00	56,50
1905	36,00	35,00	32,00	35,00	43,00	31,00	74,50
1906	40,00	38,00	33,00	38,00	45,00	33,00	70,00
1907	39,50	38,30	35,00	38,50	48,00	36,50	59,00
1908	35,00	35,00	32,50	34,00	43,00	33,00	65,00
1909	35,00	34,00	32,00	34,00	42,00	32,00	72,00
1910	38,00	38,00	35,00	36,00	47,00	33,00	65,50
1901—1905	33,66	31,90	27,46	31,80	42,04	29,18	60,80
1906—1910	37,50	36,66	33,50	36,10	45,00	33,50	66,30
	Preissteigerung (1901—05 = 100).						
1901—1905	100	100	100	100	100	100	100
1906—1910	111,4	115	122	113,5	107	115	109
1906	119	119	120	119,5	107	114	115
1907	117	120	127	120	114	125	97
1908	104	110	118	107	102	114	107
1909	104	106,5	116	107	100	110	118
1910	113	119	127	113	112	114	107

Im Durchschnitt des Jahrfünfts 1906/10 ergibt sich gegenüber dem von 1901—1905 bei den einzelnen Viehgattungen eine Steigerung von 7—22 %.

Als Krisenjahre sind insbesondere die Jahre 1905, 1906 und 1907 anzusehen. In diesen wurden für alle Viehgattungen die höchsten Preise gezahlt. Es traten Preiserhöhungen auf gegenüber dem fünfjährigen Durchschnitt 1901—1905 bis zu 25 % bei Hammeln, bei Kühen sogar bis 27 %. Charakteristisch war besonders das Jahr 1905/06 mit seiner Fleischnot, wo auf dem hiesigen Schlachthofe[2] ein Zurückgehen der Schlachtungen gegen das Vorjahr um rund 3000 eintrat. An diesem

[1] Die Preise beziehen sich auf Lebendgewicht; für Schweine auf Schlachtgewicht. Beim Schlachtgewicht wird der sogenannte Kram — Geschlinge, Darm, Mittel und Blut — mitgewogen. Berücksichtigung erfuhr lediglich eine mittlere, die sogenannte zweite Qualität, die den Hauptanteil an dem zur Schlachtung kommenden Vieh hat.

[2] Verwaltungsbericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. 1905/06.

Zurückgehen waren jedoch fast ausschließlich die Schweine beteiligt, von denen ca. 4½ Tausend Stück weniger geschlachtet wurden und wo sich infolge des mangelnden Angebots[1] allein gegen das Vorjahr eine Preiserhöhung von 24 % ergab. Der Preis pro 50 kg Schlachtgewicht stieg vom Jahre 1904 zum Jahre 1905 von 56 auf 74 Mk. und hielt sich auch noch im folgenden Jahre mit 70 Mk. nahezu auf dieser Höhe. Der Mangel an Schweinen ist durch eine erhöhte Abschlachtung anderer Viehgattungen, bei denen die Preise im Vergleich zum Vorjahre nur eine Steigerung von 5—10 % aufzuweisen hatten, nur zu einem verschwindend geringen Teile ausgeglichen worden.

Erst in den Jahren 1908 und 1909 hat in den Schlachtviehpreisen wieder eine Reduktion stattgefunden; mit Ausnahme der Schweinepreise, wo nach einem starken Sinken im Jahre 1907 in den beiden folgenden Jahren wieder ein nachhaltiges Anziehen zutage getreten ist. Im Jahre 1910 sind die Preise — ausgenommen die der Schweine, welche gesunken sind — durchweg und zwar überall wieder ziemlich erheblich gestiegen.

Hinsichtlich der Viehpreise und der Preise der tierischen Produkte üben die Weltmarktpreise bei weitem nicht einen derart bestimmenden Einfluß aus, wie dieses vor allen Dingen bei den Getreidepreisen der Fall ist. Es kommt hier vielmehr den Produktionsverhältnissen und -Kosten des einzelnen Landes eine größere Bedeutung zu.

Der tiefere Grund für die Aufwärtsbewegung der Viehpreise in den letzten Jahrzehnten ist offenbar darin zu suchen, daß die deutsche Landwirtschaft nur unter erhöhten Kosten für die wachsende Nachfrage Vieh und Fleisch hat produzieren können. Die Bedingungen für Aufzucht und Haltung des Viehes haben sich mit der stetig fortschreitenden Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes, mit den steigenden Futterkosten zunehmend ungünstiger gestaltet; Aufzucht und Haltung sind gegen früher erheblich kostspieliger geworden.

Die Viehhaltung im Deutschen Reiche hat mit Ausnahme der an Schafen in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Steigerung aufzuweisen. (S. Tab. VIII S. 33.)

Die Haltung an Rindvieh hat mit der Bevölkerungsvermehrung annähernd Schritt gehalten. Für Schweine ist sie über diese weit hinausgegangen. Letzteres darf wohl nicht zuletzt als Kennzeichen und Folge des, infolge der schnell fortgeschrittenen Industrialisierung und des wachsenden

[1] In der Hauptsache wohl eine Folge der schlechten Futterernte des Jahres 1904.

Tabelle VIII. Viehstand im Deutschen Reiche[1].

Jahr	Rindvieh		Schweine		Schafe	
	Stückzahl absolut	auf je 100 Einwohner	Stückzahl absolut	auf je 100 Einwohner	Stückzahl absolut	auf je 100 Einwohner
1873	14 999 194	38,1	6 462 572	17,4	28 016 769	60,9
1883	15 786 764	34,4	9 206 195	20,1	19 189 715	41,9
1892	17 555 834	34,8	12 174 442	24,6	13 589 662	27,5
1897	18 490 772	35,4	14 274 557	27,3	10 866 772	20,8
1900	18 939 692	33,6	16 807 014	29,8	9 692 501	17,2
1904	19 331 568	32,3	18 920 666	31,6	7 907 173	13,2
1907	20 630 544	33,0	22 146 532	35,4	7 703 710	12,3

Wohlstandes, Zunehmens des Fleischkonsums in den unteren Bevölkerungsklassen angesehen werden. Unser Bedarf an Hammelfleisch ist ein verhältnismäßig geringer. Trotz des Zurückgehens des Schafbestandes zeigen die Zahlen der Ein- und Ausfuhr an dieser Viehgattung bis in die neuste Zeit einen Überschuß zugunsten der letzteren. Allerdings ist dieser Überschuß mit dem Sinken der Schafviehhaltung — das aber im letzten Jahrzehnt erfreulicherweise nur sehr langsam vor sich gegangen ist — ebenfalls im Zurückgehen begriffen[2].

Ein ungefähres Bild über die verschiedene Marktlage hinsichtlich der einzelnen Viehgattungen kann die Bewegung der Zahl der an diesen vorgenommenen Schlachtungen geben. Wird jeweils die Zahl der Schlachtungen an den einzelnen Viehgattungen, die im Durchschnitt der Jahre 1894/98 auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof in Halle stattfanden, gleich 100 gesetzt, so ergeben sich folgende Entwicklungsreihen:

(Siehe Tabelle IX S. 34.)

Danach zeigen die Schlachtziffern der Kälber, Schafe, Kühe und Jungrinder die durchschnittlich geringste Zunahme; wesentlich höher war diese

[1] Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911.

[2] Die Ein- und Ausfuhr bzw. Mehrausfuhr an Schafvieh im Deutschen Reiche betrug im Durchschnitt der Jahre:

	Einfuhr	Ausfuhr	Mehrausfuhr
1885—1889	5509	1 095 386	1 089 877
1890—1894	4704	349 588	344 884
1895—1899	1755	206 429	204 674
1900–1904	1207	147 919	146 712
1905—1909	8556	55 588	47 032

Nach H. Roncador a. a. O. S. 150.

Tabelle IX. Die Bewegung der Schlachtziffer insgesamt und an den einzelnen Viehgattungen auf dem Schlacht- und Viehhof zu Halle 1894—1910[1].

Jahr	Insgesamt	Ochsen und Bullen	Kühe u. Jungrinder	Kälber	Schafe und Ziegen	Schweine	Pferde
1894—1898	100	100	100	100	100	100	100
1899—1903	118,0	128,2	121,8	114,2	110,3	119,6	160,2
1904—1908	127,7	162,0	120,1	105,5	103,6	144,9	172,2
1909	134,3	185,9	113,9	122,4	99,9	152,6	175,1
1910	135,0	186,0	114,0	115,2	100,4	158,3	151,2

dagegen bei Schweinen und bei Ochsen und Bullen. — Ist die überaus große Zunahme der Schlachtziffer für Ochsen, Bullen und Schweine zum Teil auch mit auf das starke Anwachsen der Arbeiterbevölkerung Halles in den letzten Jahrzehnten und die sich damit erhöhende Nachfrage nach Rind-, besonders aber nach Schweinefleisch zurückzuführen, so ist der Unterschied gegenüber den anderen Viehgattungen doch ein zu großer, die Steigerung der Schlachtziffer bei diesen eine durchschnittlich zu geringe, als daß dabei nicht ein Mangel im Angebot an letzteren, vor allem an Kälbern und Schafen in Frage käme.

Auf die Beziehungen, welche sich zwischen den Fleischpreisen und der verschiedenen Zunahme der Schlachtziffer der einzelnen Viehgattungen ergeben, soll bei der Betrachtung der Fleischpreise im Detailhandel zurückgekommen werden. Die nur für 10 Jahre vorliegenden Schlachtviehpreise erstrecken sich auf einen zu kurzen Zeitraum, um nach dieser Richtung zu sicheren Ergebnissen zu führen.

Noch sei jedoch auf ein Moment aufmerksam gemacht, das in der neueren Zeit mehr und mehr zu einer Verteuerung des Schlachtviehes wesentlich beigetragen hat. Wir meinen den an Ausdehnung immer mehr gewinnenden Zwischenhandel mit Vieh.

Der Fleischer kauft heute Schlachtvieh nicht mehr in der Weise direkt vom Produzenten, wie solches früher der Fall war. Der Vorgang, daß er selbst mit Pferd und Wagen über Land fährt, um nach Bedarf die einzelnen Viehstücke bei den Landwirten der Umgebung zu holen, ist immer seltener geworden, vor allem dort, wo das Ladengeschäft eine größere Ausdehnung gewonnen hat, der Meister nur schwer auf längere Zeit abkömmlich ist, er aus diesem Grunde in der neusten Zeit mehr und mehr

[1] Verwaltungsberichte des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. 1894—1910.

das Selbstschlachten unterläßt, das Schlachten der Tiere entweder vom Lohnschlächter ausführen läßt oder aber die einzelnen Fleischstücke vom Engrosfleischer kauft und sich lediglich auf die Weiterverarbeitung derselben beschränkt. Letztere gibt ihm bei der allgemeinen Verfeinerung des Geschmackes des Publikums — man denke nur an die Zahl der Wurstsorten und Fleischwaren, die heute hergestellt werden und die vor 20 oder 30 Jahren hergestellt wurden — vollauf zu tun.

Zwischen den Mastviehproduzenten und Fleischer hat sich als Mittelglied das Geschäft des Viehhändlers, der vielfach auch gleichzeitig Engrosschlächter ist, geschoben und ist heute in den größeren Städten schon zur Notwendigkeit geworden, da deren Nachfrage nach Fleisch nicht mehr durch die Viehbestände der näheren Umgebung befriedigt werden kann, das zur Versorgung in Anspruch zu nehmende Hinterland immer größer wird, das Schlachtvieh ständig aus größeren Entfernungen herbeigeschafft werden muß. Der Viehhändler bewerkstelligt in zunehmender Weise an Stelle des Fleischers den Einkauf des Viehes auf dem Lande, läßt die gekauften Stücke nach der nächsten Bahnstation treiben und sie im großen nach der Stadt transportieren, um sie hier unter der Hand oder auf dem Viehhofe zum Verkauf zu bringen.

Zweifellos muß durch einen derartigen Zwischenhandel, der — wenn er in großen Städten zurzeit auch schon unentbehrlich erscheint — immerhin doch ein weiteres Glied in der Kette vom Produzenten zum Konsumenten darstellt, eine wesentliche Erhöhung der Schlachtviehpreise stattfinden, auch ohne daß man dem Zwischenhandel, wie es oft geschieht, den Vorwurf einer künstlich hervorgerufenen Steigerung der Preise macht.

Hinzu kommt, daß wohl auch der Viehhändler oder Schlächter Vieh nicht mehr so billig einzukaufen vermag, als das früher der Fall gewesen ist. Die Preisbildung des Schlachtviehes geht heute vielfach auf ganz andere Weise vor sich als vordem. Auch der Viehproduzent kennt zumeist die offiziellen Preisnotierungen des Schlachtviehhofes und sucht natürlich seine Preise diesen nach Möglichkeit anzupassen, d. h. er wird nur unter zwingenden Verhältnissen sein Vieh unter dem Preise der letzten Notierungen abgeben. Auch in den Kreisen der Viehproduzenten macht sich das Streben bemerkbar, einen einmal gezahlten Preis solange als angängig beizubehalten.

Für Halle scheint bis zum Jahre 1906 der Zwischenhandel mit Vieh eine übermäßig große Bedeutung allerdings noch nicht gehabt zu haben.

Noch in diesem Jahre heißt es in dem Verwaltungsberichte des

städtischen Schlacht- und Viehhofes, wo über eine schwache Benutzung des Viehhofes geklagt wird: „Die schwache Benutzung des Viehhofes liegt in erster Linie daran, daß die Fleischer zum größten Teile an der alten Gewohnheit festhalten, ihr Vieh von den Landleuten an Ort und Stelle aufzukaufen und mit eigenem Geschirr entweder direkt auf den Schlachthof zu bringen oder mittels Eisenbahn nach dem Viehhofe zu befördern und nach dem Schlachthofe abzutreiben; andererseits daran, daß auch der Viehhandel auf der sogenannten Tränk- oder Raststation des hiesigen Güterbahnhofes gestattet ist". Dann heißt es weiter, und daraus geht die Bedeutung des stattfindenden Zwischenhandels hervor: „Dort findet täglich, insbesondere aber an bestimmten Wochentagen, ein ganz bedeutender Umsatz sowohl an Schlachtvieh, als auch an Zug-, Zucht- und Milchvieh statt" [1].

Kommen wir zum Ende der Betrachtung der Schlachtviehpreise, so ergibt sich, daß im wesentlichen drei Faktoren die nachhaltige Steigerung derselben hervorgerufen haben: einmal und hauptsächlich das Wachsen der Produktionskosten des Mastviehes, ein in einzelnen Viehgattungen herrschender Mangel im Angebot, der wohl auch bei den übrigen die Preise in steigender Richtung beeinflußt hat, und der an Bedeutung ständig zunehmende Zwischenhandel.

b) Fleisch.

Im allgemeinen weit nachhaltiger als die Schlachtviehpreise haben die Fleischpreise im Detailhandel eine Steigerung erfahren. (S. Tabelle X S. 37.)

Am meisten ist Kalbfleisch mit nahezu 69 % im Jahrfünft 1904/08 gegenüber dem Jahrzehnt 1879/88 im Preise gestiegen. Hierauf folgt Hammelfleisch im ziemlich weiten Abstande mit 44 %, Schweinefleisch mit 36 % und Rindfleisch, fast dem Schweinefleisch entsprechend, mit 35,6 %. Es ist zweifellos, daß insbesondere hinsichtlich des Kalbfleisches, wie schon erwähnt wurde, die Nachfrage, die von einem besonders kaufkräftigen und zahlungsfähigen Publikum ausgeht, durch ein entsprechendes Angebot dauernd nicht hat ausreichend befriedigt werden können und zu derartig hohen Preisen geführt hat. An sich kann ja schon die Abschlachtung an Kälbern und Jungtieren, wenn nicht eine stärkere Dezimierung der für die Zucht- und Milchwirtschaft erforderlichen Bestände des Nachwuchses

[1] Die zunehmende Bedeutung des Zwischenhandels tritt besonders deutlich in der stark steigenden Zahl der halleschen Viehhändler zutage; vgl. die Ausführungen auf S. 38.

Tabelle X. Die Fleischpreise im Detailhandel zu Halle a. S. 1879—1910[1], pro kg in Mark.

	Rindfleisch im Durchschnitt	Rindfleisch Keule	Rindfleisch Bauch	Schweinefleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck, inländisch	Schweineschmalz, inländisch
1879—1888	1,18	1,18[2]	1,18[2]	1,19	1,06	1,15	1,45	1,50
1889—1893	1,29	1,36	1,21	1,32	1,30	1,20	1,76	1,65
1894—1898	1,35	1,40	1,29	1,34	1,28	1,28	1,58	1,43
1899—1903	1,32	1,42	1,22	1,52	1,49	1,32	1,43	1,53
1904—1908	1,60	1,73	1,47	1,62	1,79	1,66	1,51	1,64
1904	1,48	1,65	1,40	1,39	1,75	1,50	1,32	1,55
1905	1,56	1,69	1,43	1,68	1,79	1,61	1,56	1,76
1906	1,42	1,51	1,32	1,62	1,61	1,58	1,59	1,69
1907	1,75	1,89	1,61	1,68	1,89	1,81	1,60	1,64
1908	1,75	1,90	1,60	1,75	1,90	1,80	1,48	1,56
1909	1,79	1,90	1,68	1,90	1,90	1,85	1,90	1,70
1910	1,85	2,00	1,70	1,90	1,95	1,90	1,90	1,80
	Preissteigerung							
1879—1888	100	—	—	100	100	100	100	100
1889—1893	109,3	—	—	110,9	122,6	104,3	121,3	110,0
1894—1898	114,4	—	—	112,6	120,7	111,2	108,8	96,0
1899—1903	111,8	—	—	127,7	140,5	114,8	98,5	102,0
1904—1908	135,6	—	—	136,1	168,8	144,3	104,1	109,3
1904	125,4	—	—	116,8	165,0	130,4	91,0	103,3
1905	132,2	—	—	141,1	168,8	140,0	107,6	117,3
1906	120,3	—	—	136,1	151,9	137,5	109,6	112,6
1907	148,3	—	—	141,1	178,3	157,4	110,3	109,3
1908	148,3	—	—	147,0	179,2	156,5	102,0	104,0
1909	151,7	—	—	159,6	179,2	160,8	131,0	113,3
1910	156,8	—	—	159,6	187,7	165,2	131,0	120,0

stattfinden soll, nur in beschränktem Umfange stattfinden. Es ergibt sich also in Ansehung des oben Gesagten, daß diejenigen Fleischqualitäten, bei denen die Schlachtziffer die durchschnittlich geringste Steigerung zeigte, nämlich Kalb- und Hammelfleisch, im Preise am meisten gestiegen sind. Weniger erhöhte sich der Preis für Rind- und Schweinefleisch; die Schlachtziffer der entsprechenden Viehgattungen ergab die größten Steigerungen.

Ein Vergleich der Steigerung der Fleischpreise im Detailhandel mit der der Schlachtviehpreise, der aber im einzelnen nur für das letzte Jahr-

[1] Berichte der Marktpreisnotierungskommission zu Halle a. S. 1879—1907. Statistische Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Halle a. S. 1908 ff.

[2] Für Rindfleisch im Durchschnitt.

zehnt durchgeführt werden kann, lehrt, um wieviel erstere über letztere hinausgegangen ist.

Tabelle XI. Steigerung der Schlachtvieh- und Fleischpreise in Halle a. S.[1]
(1899—1903 = 100.)

	Schlachtviehpreis pro 50 kg				Preis d. Rindfleisches pro kg		Kalb		Hammel		Schwein	
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Keule	Bauch	Viehpreis pro 50 kg	Fleischpreis pro kg	Viehpreis pro 50 kg	Fleischpreis pro kg	Viehpreis pro 50 kg	Fleischpreis pro kg
1899—1903	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1904—1908	115	117,8	115,0	106,0	121,4	120	106,0	120	116,0	126	118	107
1909—1910	115	118,0	118,4	114,5	137,0	138	105,6	130	116,9	141	124	132

Auffallend erscheint dabei hinsichtlich des Schweinefleisches, daß der Detailfleischpreis im Durchschnitt der Jahre 1904/08 in der Steigerung hinter dem Schlachtviehpreis zurückgeblieben ist. In den folgenden Jahren ist er dann allerdings erheblicher als der Schlachtviehpreis gestiegen.

Die Tatsache eines stärkeren Steigens der Detailfleisch- als der Viehpreise in den letzten Jahrzehnten findet ihre Begründung offenbar in zahlreichen Momenten, die vorwiegend mit Veränderungen, wie sie in der Art der Durchführung des Fleischereibetriebes in der neueren Zeit eingetreten sind, in Zusammenhang zu bringen sind.

Wie einerseits der direkte Viehkauf vom Produzenten aus der Hand des Fleischers immer mehr in die des Viehhändlers übergegangen ist, so hat andererseits das Selbstschlachten des Detail- und Ladenfleischers aus schon erwähnten Gründen immer mehr abgenommen und ist zunehmend vom Engrosfleischer übernommen worden. Besonders deutlich ist dieser Vorgang in Halle in der jüngsten Vergangenheit hervorgetreten. Die Zahl der Engrosfleischer und Viehhändler auf dem Schlachthofe hat sich vermehrt von 38 im Jahre 1906 auf 63 im Jahre 1910[2]. Leider lassen sich die Angaben für Engrosfleischer und Viehhändler getrennt nicht machen. Es ist wohl anzunehmen, daß beide etwa in der gleichen Weise an der Steigerung beteiligt sind. Daß tatsächlich die Ausführung der Schlachtungen mehr und mehr dem Engrosfleischer überlassen werden, er-

[1] Zusammengestellt auf Grund der Tabellen VII und X, Viehpreise nach Lebendgewicht, bei Schweinen nach Schlachtgewicht.

[2] Verwaltungsberichte des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. 1906 und 1910.

hellt aus dem rapiden Zurückgehen der Zahl der selbstschlachtenden Ladenfleischer von 188 im Jahre 1906 auf 155 im Jahre 1910, d. h. innerhalb fünf Jahren um reichlich 21 %[1].

Der Engrosfleischer schlachtet aber wieder nur in den wenigsten Fällen selbst, sondern läßt dieses durch die Lohnschlächter, deren Gewerbe sich in den letzten Jahren besonders blühend entwickelt hat, bewerkstelligen. Die Zahl der Lohnschlächter[1] einschließlich der von ihnen beschäftigten Gesellen betrug auf dem Schlachthofe im Jahre 1906 29, im Jahre 1910 dagegen schon 48. Wie die Löhne im Fleischergewerbe überhaupt[2], sind auch die von den Lohnschlächtern erhobenen Schlachtgebühren gestiegen. Es erhoben diese an Gebühren im Jahre:[1]

	1906		1910	
	ohne	mit	ohne	mit
	Reinigung der Eingeweide		Reinigung der Eingeweide	
für ein Rind	1,75 Mk.	2,00 Mk.	2,00 Mk.	2,50 Mk.
„ „ Schwein	0,75 „	1,00 „	0,90 „	1,00 „
„ „ Kalb oder Schaf . .	0,40 „	0,50 „	0,50 „	0,50 „

Diese Gebühren hat natürlich der Detailfleischer, wenn er Fleisch in Hälften und Vierteln vom Engrosschlächter kauft, oder sein Vieh vom Lohnschlächter direkt schlachten läßt, zu tragen, da selbstverständlich auch der Engrosfleischer diese Gebühren bzw. eine Erhöhung derselben auf das Fleisch schlägt.

Vermag der Meister auch die Zeit, die früher das Selbstschlachten beanspruchte, jetzt durch entsprechende Beschäftigung im Ladengeschäft vielleicht weit besser auszunutzen, so brachte er diesen Zeitverlust, weil dabei eigene Arbeit geleistet wurde, früher doch nicht allzu hoch in Anrechnung. Ganz anders, wenn das Schlachten durch fremde Hände geschieht und dafür besondere Ausgaben zu machen sind oder diese mittelbar in Form höherer Engrospreise gezahlt werden müssen. Letzten Endes ist diese, infolge der im Schlachtprozeß eingeschobenen Zwischenglieder hervorgerufene Preiserhöhung des Fleisches aber vom Konsumenten zu tragen.

Nicht selten findet man auch die Ansicht vertreten, daß die Schlacht-

[1] Verwaltungsberichte des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. 1906 und 1910.

[2] Vgl. S. 79.

und Untersuchungsgebühren für das Vieh, wie sie auf den Schlachthöfen erhoben werden, eine wesentliche Verteuerung des Fleisches herbeiführen müßten. Es zeigt sich aber, daß diese Gebühren im Laufe der Zeit nur wenig gestiegen, zum Teil sogar herabgesetzt worden sind, und die durch sie hervorgerufene Belastung an sich eine außerordentlich geringe ist.

Es wurden erhoben in Halle:

(Siehe Tabelle XII S. 41.)

Für die Belastung des Fleisches, wie sie durch diese Gebühren stattfindet, möge folgendes Beispiel dienen:

Am Schlachthof in Halle betragen für ein Schwein die Untersuchungsgebühren 0,90 Mk., die Schlachtgebühren 2,25 Mk., die Trichinenschaugebühren 0,75 Mk., die Wiegegebühren 0,10 Mk. Das ergäbe eine Gesamtbelastung von 4 Mk. pro Schwein. Da ein Schwein im Durchschnitt ca. 100 kg wiegt (Fleischgewicht), so bedeutet dies eine Belastung von 2 Pf. pro Pfund Schweinefleisch.

In Anbetracht des dafür zu erwartenden, nach jeder Richtung hin einwandfreien Schlachtprozesses und für den Genuß des Konsumenten einwandfreien Fleisches, offenbar ein außerordentlich minimaler Betrag. Dabei ist zu bedenken, daß beim Schweinefleisch, wo neben den übrigen Gebühren auch noch die Trichinenschaugebühren zu entrichten sind, die Gesamtbelastung im Vergleich zu den anderen Fleischarten eine verhältnismäßig hohe ist.

Noch ist aber einiger preisverteuernder Umstände Erwähnung zu tun, die das Ladengeschäft im engeren Sinne im Fleischergewerbe in neuerer Zeit mit sich gebracht hat.

Der Fleischer muß zunächst — abgesehen von der meist auf dem Schlachthofe befindlichen Kühlzelle — auch im Laden dafür sorgen, daß die Aufbewahrung und Behandlung des Fleisches beispielsweise auch schon beim Transport vom und zum Schlachthofe in jeder Hinsicht eine hygienisch einwandfreie ist, worauf gerade im Vergleich zu früheren Jahren in der neueren Zeit vom Konsumenten mit Recht der größte Wert gelegt wird und mit Beziehung hierauf überall verschärfte polizeiliche Vorschriften bestehen. Die Kosten für die Ausstattung des Ladens sind dementsprechend im Verlaufe der Zeit gestiegen. Häufig mag diese Ausstattung, wie man das beobachten kann, und was u. E. für ein besonderes Blühen und Gedeihen des Fleischergewerbes spricht, eine übertriebene sein. Aber auch wo sie nur als eine einfache, den heutigen Verhältnissen angemessene zu bezeichnen ist, ist sie gegen früher zweifellos erheblich kostspieliger geworden. Nur ein Belag der Wände mit Fliesen, Kacheln, der Tische und

Tabelle XII.

	nach der Gebührenordnung vom Jahre 1895	nach der Gebührenordnung vom Jahre 1908
I. Auf dem Schlachthof.		
a) Untersuchungsgebühren.		
für ein Rind	1,50 Mk.	1,00 Mk.
„ „ Kalb	0,40 „	0,40 „
„ „ Schaf oder Ziege	0,30 „	0,30 „
„ „ Schwein	0,75 „	0,90 „
b) Schlachtgebühren.		
für einen Ochsen oder Bullen	4,00 „	4,50 „
„ eine Kuh oder Färse	3,50 „	4,00 „
„ ein Kalb (bis 140 kg Lebend- oder 85 kg Schlachtgewicht)	1,00 „	1,00 „
„ „ Schaf oder eine Ziege	0,75 „	0,80 „
„ „ Schwein	2,25 „	2,25 „
„ „ Spanferkel (bis 4 Wochen alt)	0,25 „	0,25 „
„ „ Pferd	4,00 „	3,60 „
„ einen Hund	0,50 „	0,50 „
c) Schaugebühren für eingeführtes frisches Fleisch.		
für ein Rinderviertel	0,80 „	1,00 „
„ „ halbes Kalb	0,45 „	0,50 „
„ „ „ Schaf oder Ziege	0,35 „	0,40 „
„ „ „ Schwein	1,00 „	1,15 „
„ eine Schweins- oder Kalbsleber	0,05 „	0,05 „
„ ein Spanferkel (bis 4 Wochen alt)	0,20 „	0,25 „
„ „ Pferdeviertel	0,80 „	0,90 „
„ einen Hund	0,45 „	0,50 „
d) Trichinenschaugebühren.		
für Untersuchung eines ganzen Schweines oder eines Teiles	0,75 „	0,75 „
e) Wiegegebühren.		
für jede angefangene 50 kg	0,05 „	0,05 „
mindestens für jede Wägung	0,10 „	0,10 „
für ein lebendes Tier, jedoch nicht mehr als	0,50 „	0,50 „
II. Auf dem Viehhof.		
a) Marktgebühren.		
für ein Rind	1,50 „	1,00 „
„ „ Kalb	0,40 „	0,40 „
„ „ Schaf oder Ziege	0,30 „	0,30 „
„ „ Schwein	0,75 „	0,50 „
b) Wiegegebühren.		
(Wie oben unter I. e.)		

Wagen mit Marmorplatten kann für die zu fordernde peinlichste Sauberkeit Gewähr leisten. Aus dem gleichen Grunde erfordert die Verpackung des Fleisches, die Kleidung des Fleischers und seiner Angestellten heute weit größere Ausgaben als in früheren Jahren, wo eben gerade hiergegen vielfach erheblich gesündigt wurde.

Das kaufende Publikum und die moderne Hygiene haben nach dieser Richtung hin ihre Forderungen im Laufe der Zeit erhöht, was aber zweifellos nicht hat geschehen können, ohne gleichzeitig zu einer Steigerung der Fleischpreise beizutragen.

Ein anderer, nicht ganz unbedeutender preisverteuernder Umstand liegt ferner darin, daß gerade im Fleischergewerbe die Frau anerkanntermaßen von jeher eine wesentliche Hilfskraft gewesen ist. Sobald aber das Ladengeschäft eine etwas größere Ausdehnung erfährt, ist der Fleischer gemeinsam mit seiner Frau nicht mehr imstande, den Verkauf im Laden allein durchzuführen. Bezahlte Kräfte haben daher in den letzten Jahrzehnten hier vielfach herangezogen werden müssen. Da auch hier eigene Arbeit nicht so hoch geschätzt wird als fremde, so ist darin ebenfalls ein verteuerndes Moment zu sehen.

Hinzu kommt weiter, daß die Ladengeschäfte der Fleischer mehr und mehr aus den Nebenstraßen heraus nach den verkehrsreicheren Straßen der Stadt verlegt worden sind, wo naturgemäß besonders hohe Ladenmieten gezahlt werden, die nur durch einen Preisaufschlag auf die Ware wieder eingebracht werden können. Daß diese Stadtlage des Ladens für die Höhe der gezahlten Preise eine nicht unbedeutende Rolle spielt, ist hinreichend bekannt und kann diese Tatsache jederzeit durch einfache Nachfrage in den Geschäften der verschiedenen Stadtgegenden durch jedermann leicht geprüft werden.

Die Tatsachen sprechen also deutlich für eine den Schlachtviehpreisen nicht nur entsprechende, sondern über diese hinausgehende Steigerung der Fleischpreise im Detailhandel. Ob letztere unter Berücksichtigung der erörterten Momente in den letzten Jahrzehnten eine den Viehpreisen angemessene gewesen ist, wird sich aber lediglich auf Grund des preisstatistischen Materials nicht entscheiden lassen. Wollte man sich ein Urteil hierüber bilden, so müßte neben die Preisstatistik eine eingehende Untersuchung der Einkommensverhältnisse und der gesamten Wirtschaftsführung der Fleischer treten [1].

---

[1] v. Tyszka a. a. O. S. 643: „Ein abschließendes Urteil über Verdienst und Preisaufschläge im Metzgergewerbe gestattet diese Untersuchung (d. h. eine statistische

Auffallend muß es allerdings erscheinen, wenn trotz eines länger anhaltenden Zurückgehens der Schlachtviehpreise die Fleischpreise diese Bewegung nicht mit machen, sondern sich auf derselben Höhe halten oder gar noch steigen.

Häufig hört man den Konsumenten darüber klagen — in Halle ist solches im Jahre 1911 zu Zeiten wieder mit Beziehung auf die Schweinepreise der Fall gewesen—, daß die Fleischpreise sich nicht entsprechend den Preisen des Schlachtviehes bewegen.

Allgemeiner läßt sich ja überhaupt die Beobachtung machen, daß die Detailpreise den Engrospreisen nur langsam und schwerfälliger folgen und es entbehrt dies auch häufig nicht der Berechtigung. So kann der Detailist beispielsweise noch einen größeren Warenvorrat zu höheren Preisen eingekauft haben und ist bei einem Herabgehen der Engrospreise, wenn er nicht mit Verlust arbeiten will, nicht in der Lage, diesem zu folgen. Einem momentanen Preisrückgang vermag er so überhaupt nicht Rechnung zu tragen.

Diese Möglichkeit liegt aber an sich beim Fleisch kaum vor. Der Detailfleischer kann seinen Bedarf an Fleisch, da Fleisch keine Dauerware ist, nur für kurze Zeit im voraus decken, und wäre daher im allgemeinen in der Lage, schon nach einer kürzeren Spanne Zeit den Preisen des Schlachtviehes zu folgen. Ein längeres Hochhalten der Preise wäre demnach nur berechtigt bei geräucherten Waren, wie Wurst, Speck, Schinken usw., wo auch größere Vorräte längere Zeit aufbewahrt werden können.

Es hat daher für den Konsumenten zweifellos etwas Bestechendes und er glaubt seine Interessen durch den Fleischer ohne weiteres geschmälert, wenn er sieht, wie die Preise des Schlachtviehes und des Fleisches in ihrem Gange voneinander abweichen.

Ein derartiger Zustand hat aber in den Preisverhältnissen in Halle in den letzten Jahren bestanden. In den Jahren 1908 und 1909 sind (vgl. Tabellen VII S. 31 und X S. 37) die Schlachtviehpreise, und zum Teil ziemlich erheblich, zurückgegangen, abgesehen von den Schweinepreisen, wo eine Steigerung erfolgt ist, die eine solche der Fleischpreise rechtfertigt. Im übrigen sind aber die Fleischpreise den Viehpreisen nicht gefolgt, auch nicht bei dem Preise des Jahres 1907 stehen geblieben, sondern haben sich in den Jahren 1908 und 1909 noch erhöht. Nun ist hier zu-

Erhebung der Preisverhältnisse) nicht. Ein diesbezügliches Urteil kann auch niemals durch die statistische Erhebung der Preisverhältnisse gewonnen werden. Um hier zu einem einwandfreien Resultat zu kommen, bedürfte es Untersuchungen ganz anderer Art, nämlich der Einkommensverhältnisse und der Wirtschaftsführung der Metzger."

nächst allerdings mit voller Berechtigung der Einwand zu erheben, daß die Fleischpreise seit dem Jahre 1908, wie früher dargelegt wurde, sich mit denen der Vorjahre nicht einwandfrei vergleichen lassen und verhältnismäßig zu hoch erscheinen müssen. Es zeigt sich aber, daß auch im Jahre 1909 die Schlachtviehpreise sich auf der Höhe des Jahres 1908 gehalten haben[1] bzw., wenn auch nur wenig, gesunken sind, während die Fleischpreise, mit Ausnahme des Kalbfleisches, noch gestiegen sind. Ferner hat sich der Schweinefleischpreis im Jahre 1910 auf der Höhe des Vorjahres gehalten, obgleich die Schweinepreise im Jahre 1910 erheblich zurückgingen. —

Liegen aber mit Beziehung auf das Fleisch die Preisverhältnisse doch nicht etwas komplizierter, als daß lediglich auf Grund eines Vergleiches der Bewegung der Schlachtvieh- und Fleischpreise dem Fleischer mit Berechtigung vom Konsumenten der Vorwurf gemacht werden darf, er halte die Preise künstlich hoch oder führe gar eine künstliche Steigerung derselben herbei. Wir sahen auf der anderen Seite schon, daß, wie bei den Schweinefleischpreisen in den Jahren 1904—1908[2], auch der umgekehrte Fall eintreten kann und die Fleischpreise hinter den Schlachtviehpreisen zurückbleiben.

Recht einleuchtend scheinen uns mit Beziehung hierauf die Ausführungen v. Tyszkas in seiner Untersuchung über die „Bewegung der Preise einiger wichtiger Lebensmittel, in Sonderheit der Fleischpreise, in Deutschland und im Auslande unter besonderer Berücksichtigung Englands". Er führt dort etwa folgendes aus[3]: Die Gründe für die Verschiedenheit in der Bewegung der Schlachtvieh- bzw. Großhandelspreise und der Detailpreise liegen in der Verschiedenheit ihrer Bestimmungsgründe. Auf seiten der Nachfrage steht bei den Schlachtviehpreisen eine zahlungsfähige und in scharfer Konkurrenz stehende Käuferschicht, die Fleischer, die auch zu Zeiten geforderte hohe Preise willig zahlen und zahlen können. Bei den Kleinhandelspreisen dagegen — und zwar besonders bei Schweinefleisch — vielfach ein nur wenig kaufkräftiges Publikum, das bei einem kräftigen Anziehen der Fleischpreise seinen Fleischkonsum nur zu leicht einschränkt, und auf diese Weise den Verdienst des Fleischers mindert. — Auf seiten des Angebots steht bei den Schlachtviehpreisen eine verhältnismäßig kleine Zahl von Viehhändlern, die durchaus nicht gezwungen ist, zu jedem Preise zu verkaufen. Bei den Kleinhandelspreisen der Fleischer, der

[1] Wieder mit Ausnahme der Schweinepreise.
[2] Vgl. Tabelle XI S. 34.
[3] v. Tyszka a. a. O. S. 642, 643.

infolge der leichten Verderblichkeit des Fleisches und der herrschenden Konkurrenz gehalten ist, seine Ware möglichst schnell auf den Markt zu bringen.

Diese Momente sind es wohl, die den Metzger veranlassen, einerseits mit dem Heraufsetzen der Preise so lange als möglich zu warten. Haben sie aber andererseits einmal die Preise heraufgesetzt, so sind sie selbst bei einem erheblichen Rückgang der Schlachtviehpreise nicht sogleich genötigt, auch ihrerseits mit den Preisen wieder herabzugehen. Und hierin werden sie durch die Marktunkundigkeit des kaufenden Publikums unterstützt.

Nach diesem läßt sich also eine voneinander abweichende Bewegung der Schlachtvieh- und Fleischpreise, insbesondere beim Schweinefleisch, wohl rechtfertigen. Es muß daher unzulässig erscheinen, allein auf Grund des preisstatistischen Materials ein endgültiges Urteil über die Verhältnisse, wie sie in Halle in den letzten Jahren zutage getreten sind, zu fällen. Auch hier könnte nur eine eingehende Untersuchung der Wirtschaftsführung und Einkommensverhältnisse der Fleischer zu einwandfreien Resultaten führen, feststellen, in welchem Verhältnis tatsächlich jeweils Verdienst und Preisaufschläge des Detailfleischers zu den Schlachtvieh- bzw. Großhandelspreisen stehen.

Noch ist ein weiteres zu bedenken. —

Man mißt vielfach die Schuld an einem Mißverhältnis zwischen Schlachtvieh- und Detailfleischpreis auch dem Engrosfleischer bei und sagt, er erhöhe künstlich die zwischen Schlachtviehpreis und Fleischpreis im Großhandel bestehende Spannung und der Detailfleischer, welcher das Fleisch in Stücken vom Engrosfleischer kauft, sehe sich gezwungen, mit den erhöhten Engrosfleischpreisen auch die Detailfleischpreise zu erhöhen.

In den letzten Jahren[1] hat eine derartige Erhöhung der Spannung aber zweifellos nicht stattgefunden.

[1] Es wurden gezahlt für 50 kg Fleisch in Mark auf dem städtischen Schlachtviehhof in Halle:

im Jahre	Ochsen	Bullen	Kühe	Saugkälber	Lämmer u. Masthammel	Schafe	Schweine
1907	64,12	63,46	57,83	69,07	72,17	65,90	60,73
1908	60,96	60,43	45,15	70,90	70,17	62,28	62,46
1909	58,33	56,89	—	66,93	—	59,51	71,55
1910	64,19	62,91	56,73	73,71	73,26	64,38	68,36

Nach den Notierungen der Fleischpreisnotierungskommission des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle. Für Schweine Schlachtgewicht, sonst Fleisch-

Tabelle XIII. Die Spannung zwischen Schlachtvieh- und Fleischpreisen in Halle (1907—1910)[1], pro 50 kg Gewicht in Mark:

im Jahre	Ochsen	Bullen	Kühe	Kälber	Hammel
1907	24,62	25,16	22,83	21,07	29,40
1908	25,96	25,43	12,65	27,90	29,28
1909	23,33	21,89	—	24,93	27,51
1910	26,19	24,93	21,73	26,71	31,38

Schwankt auch die Spannung zwischen dem Schlachtvieh- und Fleischpreis bei den Viehgattungen in den einzelnen Jahren etwas, so läßt sich doch daraus eine wesentliche Steigerung nicht erkennen.

Es wäre vielleicht zum Schluß noch von besonderem Interesse gewesen, gerade hinsichtlich der Fleischpreise einen Vergleich zwischen Halle und anderen Plätzen zu ziehen. Ein solcher, wie er häufig angestellt wird[2], ist aber, wenigstens was die Höhe der gezahlten Preise angeht, entschieden abzulehnen. Bei der beim Fleisch örtlich wesentlich voneinander verschiedenen Art und Weise der Erhebung des preisstatistischen Materials kann ein derartiger Preisvergleich zu einwandfreien Ergebnissen offenbar nicht führen.

c) Speck, Schmalz (inländisch).

Bei weitem nicht so erheblich wie das Fleisch sind Schweinespeck und Schmalz in den letzten Jahrzehnten im Preise gestiegen (s. Tabelle X S. 37). Das in der neueren Zeit ständig zunehmende Angebot an billigerer Ware des Auslandes scheint hier eine nachhaltige Steigerung der Preise hintangehalten, einen preisdrückenden Einfluß ausgeübt zu haben. Im letzten Jahrzehnt betrug unsere Mehreinfuhr im Durchschnitt der Jahre[3] in Doppelzentner an:

	Speck	Schmalz
1900—1904	6800	1 111 076
1905—1909	4130	1 315 578

gewicht, d. h. es werden nur die beiden Körperhälften einschließlich des Schmers gewogen; der Kram gilt als Zugabe.

Nur für die Jahre 1907—10 läßt sich der in Tabelle XIII durchgeführte Vergleich anstellen.

[1] Berechnet nach Tabelle VII S. 31 und Tabelle Anm. 1 S. 45.

[2] Wobei man zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Halle im Vergleich zu seinen Nachbarstädten, beispielsweise Magdeburg und Erfurt, unverhältnismäßig hohe Fleischpreise habe.

[3] Nach den Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1901 ff.; bei Schmalz auch Oleo-Margarine und andere schmalzartige Fette.

Für Halle berechnete Grabenstaedt[1], daß im Jahre 1901/02 etwa sechsmal so viel ausländisches als inländisches Schmalz verzehrt wurde. Beim Speck ergab sich, daß von den eingeführten Mengen, die etwa die Hälfte des Gesamtkonsums ausmachten, wiederum die Hälfte aus dem Auslande stammte.

Erst in den letzten Jahren hat der inländische Schweinespeck eine größere Preissteigerung erfahren, was sicherlich zu einem Teile mit auf das Zurückgehen der Einfuhr, als Folge der Erhöhung des Zolles auf 36 Mk.[2] (früher 20 Mk.) pro Doppelzentner zurückgeführt werden muß, und wodurch ein allgemein beliebtes Nahrungsmittel gerade der ärmeren Bevölkerung erheblich verteuert worden ist.

Beim Schmalz, welches demgegenüber nur einen Zoll von 12½ Mk. pro Doppelzentner trägt und wo die Einfuhr noch gestiegen ist, war eine derart nachhaltige Steigerung der Preise in den letzten Jahren nicht zu beobachten.

Im Durchschnitt der Jahre 1904/08 zeigen Speck und Schmalz gegenüber den 80er Jahren nur eine Preiserhöhung von 4 bzw. 9 %.

d) Eier, Milch, Butter.

Ungefähr in der gleichen Weise wie Rind- und Schweinefleisch sind die Eier in den letzten Jahrzehnten im Preise gestiegen (s. Tabelle XIV S. 48).

In dieser Preissteigerung findet wohl in erster Linie der Umstand Ausdruck, daß in den Großstädten das Angebot an inländischen frischen Eiern der wachsenden Nachfrage ständig nicht hat folgen können, die Geflügelhaltung in den Städten, wo zum Gedeihen derselben die Vorbedingungen fehlen, mehr und mehr zurückgegangen und heute fast bedeutungslos geworden ist. Auf der anderen Seite haben aber an der Peripherie und in der näheren Umgebung der Städte, wie auf dem Lande, insbesondere die kleinen Leute allgemein noch nicht genügend erkannt, welche nicht unbedeutende Nebeneinnahmequelle sich ihnen hier eröffnen kann. Gerade als Nebenbeschäftigung, wo der Aufwand an Arbeit nicht besonders ins Gewicht fällt, vermag die Geflügelhaltung mit besonderem Vorteil betrieben zu werden, während sie in Form des Großbetriebes sich als wenig rentabel erwiesen hat. Das starke Angebot an ausländischen Eiern hat auf die Preise der frischen inländischen einen größeren Einfluß

[1] Grabenstaedt a. a. O. S. 145.

[2] Reichsgesetzblatt 1906.

schwerlich ausüben können, da jene diese nur in beschränktem Maße zu ersetzen vermögen, sich besonders für den Rohgenuß nur wenig eignen.

Tabelle XIV. Preise für Eier, Milch und Butter[1] in Halle a. S. 1879—1910, pro kg bzw. Liter bzw. Schock in Mark.

	absolut			Preissteigerung		
	Eßbutter	Eier, frische inländische	Milch	Eßbutter	Eier, frische inländische	Milch
1879—1888	2,58	3,31	0,16	100	100	100
1889—1893	2,52	3,49	0,16	97,6	105,4	100
1894—1898	2,43	3,47	0,16	94,1	104,8	100
1899—1903	2,51	3,91	0,18	97,3	118,0	112
1904—1908	2,68	4,42	0,19	103,8	133,5	118
1904	2,63	4,29	0,18	102,0	129,0	112
1905	2,67	4,55	0,18	103,4	137,0	112
1906	2,67	4,66	0,18	103,4	140,8	112
1907	2,62	3,99	0,20	101,5	120,5	125
1908	2,80	4,60	0,20	108,5	139,0	125
1909	2,80	4,80	0,20	108,5	145,0	125
1910	3,00	4,80	0,20	116,5	145,0	125

Den Milchpreisen ist bekanntlich eine besonders feste und einheitliche Gestaltung eigentümlich, die ihre Begründung einerseits in der Organisation des Milchhandels, andererseits in dem tagtäglich mit größerer Regelmäßigkeit als bei irgendeinem anderen Nahrungsmittel stattfindenden Konsum findet. Preisschwankungen der Milch ergeben sich äußerst selten. Erhöhungen treten meist erst nach einer Reihe von Jahren auf. In den letzten 30 Jahren hat nur dreimal eine Erhöhung der Milchpreise stattgefunden und zwar jeweils um 2 Pf. pro Liter, im Jahre 1898 von 16 auf 18 Pf., im Mai 1907 auf 20 Pf. und im September 1910 auf 22 Pf.; eine weitere im Herbste 1911 angestrebte Erhöhung um 2 Pf. ist nicht zustande gekommen. Eine rückläufige Bewegung zeigten die Milchpreise nur einmal vorübergehend im Jahre 1898, wo sie nach der Erhöhung auf 18 Pf. für kurze Zeit auf 17 Pf. pro Liter sanken.

[1] Die Preise für Eier und Butter sind berechnet nach den Notierungen der Marktpreiskommission zu Halle 1879 ff., nach dem Jahre 1907 nach den Statistischen Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Halle a. S. Die Angaben über die Milchpreise verdanken wir der Direktion der Halleschen Molkerei Zimmermann & Co. Sie stimmen mit den vom Statistischen Amt in der Untersuchung der Milchversorgung der Stadt Halle (vgl. Anm. 1 auf S. 49) veröffentlichten Angaben, die sich auf die Akten der Polizei stützen, überein.

Zurzeit zeigen die Milchpreise gegenüber den 80er Jahren eine Steigerung von 25 %.

Von welcher Bedeutung dabei auch nur eine Erhöhung der Preise um 2 Pf. pro Liter für den Milchkonsum ist, zeigen folgende Zahlen:

Die Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Halle über die Milchversorgung[1] letzterer berechnete den Milchkonsum, d. h. nur den an Vollmilch (Trink- und Kochmilch) am Tage der Erhebung auf insgesamt 29 661,5 Liter oder 0,17 Liter pro Kopf der Bevölkerung. Bei einem Preise von 20 Pf. pro Liter würde diese Literzahl einen Wert von 5932,30 Mk. repräsentieren, bei einem Preise von 22 Pf. dagegen einen solchen von 6525,50 Mk., d. h. ein Mehr von täglich ca. 600 Mk., wöchentlich 2400 Mk. und jährlich 218 400 Mk.

Weit weniger nachhaltig als Milch und Eier ist dagegen die Butter im Preise gestiegen. Ausschlaggebend war dabei wohl in der Hauptsache ein preisdrückender Einfluß infolge der stark steigenden Einfuhr[2] an billigerer ausländischer Butter und das Aufkommen und die stark zunehmende Ausbreitung der Kunstbutterindustrie mit ihren zahlreichen Buttererſatzmitteln. Im Durchschnitt der Jahre 1904—1908 beträgt die Preissteigerung der Butter gegenüber dem Jahrzehnt 1879/88 nur ca. 4 %.

Am Ende der Betrachtung der Preisbewegung der Animalien lassen wir eine graphische Darstellung derselben folgen, aus der ebenfalls, wie schon bei den Vegetabilien beobachtet werden konnte, eine geringe Aufwärtsbewegung der Preise zu Beginn der 90er Jahre eine hier allerdings nur wenig hervortretende Depression Mitte der 90er Jahre, dann aber eine außerordentlich starke und anhaltende Steigerung im letzten Jahrzehnt zu ersehen ist (s. Graphische Darstellung Seite 50).

Eine weitere graphische Darstellung, die die Preisbewegung aller Nahrungsmittel wiedergibt, zeigt, wie die Animalien unvergleichbar nachhaltiger als die Vegetabilien im Preise gestiegen sind. Die Kurve für den Durchschnitt sämtlicher Nahrungsmittel schließt sich enger an die der Animalien als an die der Vegetabilien an (s. Graphische Darstellung Seite 51).

---

[1] „Die Milchversorgung der Stadt Halle a. S." Heft 16 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, S. 58.

[2] Die Mehreinfuhr an Butter nach Deutschland stieg vom Jahre 1896, wo die Einfuhr die Ausfuhr zum ersten Male übertraf, bis zum Jahre 1910 von 0,73 Millionen Tonnen auf nahezu 42 Millionen Tonnen. (Nach den Statistischen Jahrbüchern f. d. Deutsche Reich 1897—1910.)

Da aber der Konsum an Animalien im Verhältnis zu dem an Vegetabilien im Haushalt je nach den Einkommensverhältnissen ein voneinander verschiedener ist, so muß dieser Umstand für die Bedeutung, welche die Preisentwicklung der Nahrungsmittel für die Bevölkerung gehabt hat, besonders wichtig erscheinen, worauf an dieser Stelle schon hingewiesen sein soll.

Im Durchschnitt aller Nahrungsmittel ergibt sich für die Jahre 1909/10 gegenüber dem Jahrzehnt 1879/88 eine Preissteigerung von ca. 29 %, im Durchschnitt der Jahre 1904/08 eine solche von ca. 21 %.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. —

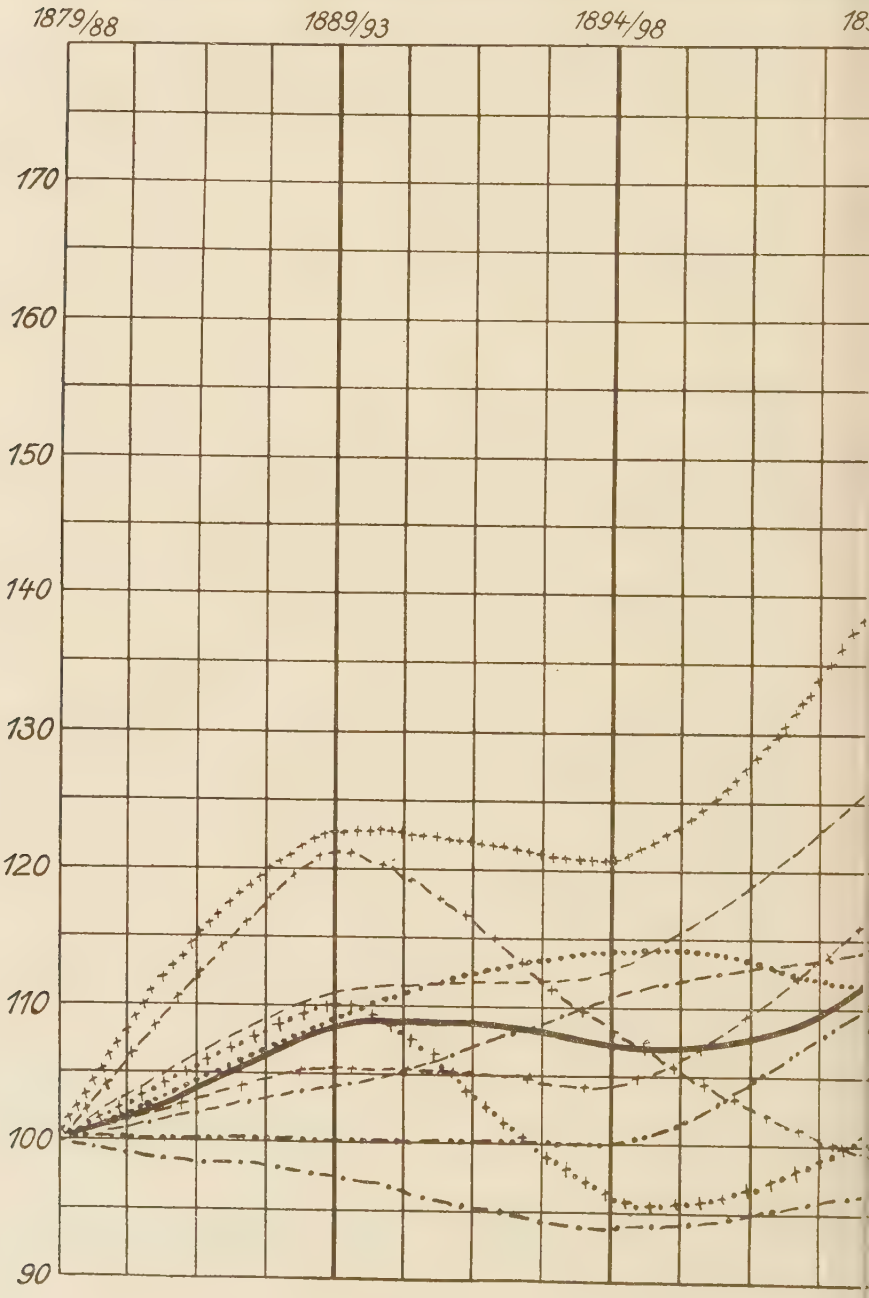
Die landwirtschaftlichen Produkte, in deren Hervorbringung der Mensch durch die natürlichen Produktionsbedingungen gegenüber der mit wachsender Bevölkerung sich erhöhenden Nachfrage beschränkt ist, bzw. letzterer bis zu gewissen Grenzen nur durch einen Mehraufwand an Kapital und Arbeit zu folgen vermag, haben aus diesem Grunde an sich die Tendenz, im Verlaufe längerer Perioden im Preise ständig zu steigen. Dabei bleibt wohl zu beachten, daß in dieser Erscheinung besondere Fortschritte in der Kultur, wenn auch nur vorübergehend, Ausnahmen schaffen und Rückschläge in den Preisen eintreten können [1].

Der tiefere Grund für die Preissteigerung der letzten Jahrzehnte, insbesondere für die der tierischen Produkte, ist in der Hauptsache, wie aus den vorstehenden Erörterungen hervorging, in einem gegenüber und infolge der wachsenden Nachfrage, Zunehmen der Produktionskosten und einer Verteuerung des Produktionsprozesses im weitesten Sinne zu suchen.

War aber bei den animalischen Produkten eine allmähliche, mit Ausnahme einer geringen Depression Mitte der 90er Jahre stete Aufwärtsbewegung der Preise schon seit den 80er Jahren, bei den vegetabilischen ein Anziehen mit dem Beginne des letzten Jahrzehnts nach dem Preisrückschlag in den 90er Jahren zu beobachten, so hat die aufwärtsstrebende Preiswelle doch hauptsächlich erst im letzten Jahrfünft, einsetzend etwa mit dem Jahre 1906, einen ausgeprägt scharfen Charakter erhalten. Letztere Erscheinung legt es nahe, die in der Preisentwicklung der jüngsten Vergangenheit obwaltenden Verhältnisse mit der zurzeit in Deutschland herrschenden zoll- und handelspolitischen Richtung in Zusammenhang zu

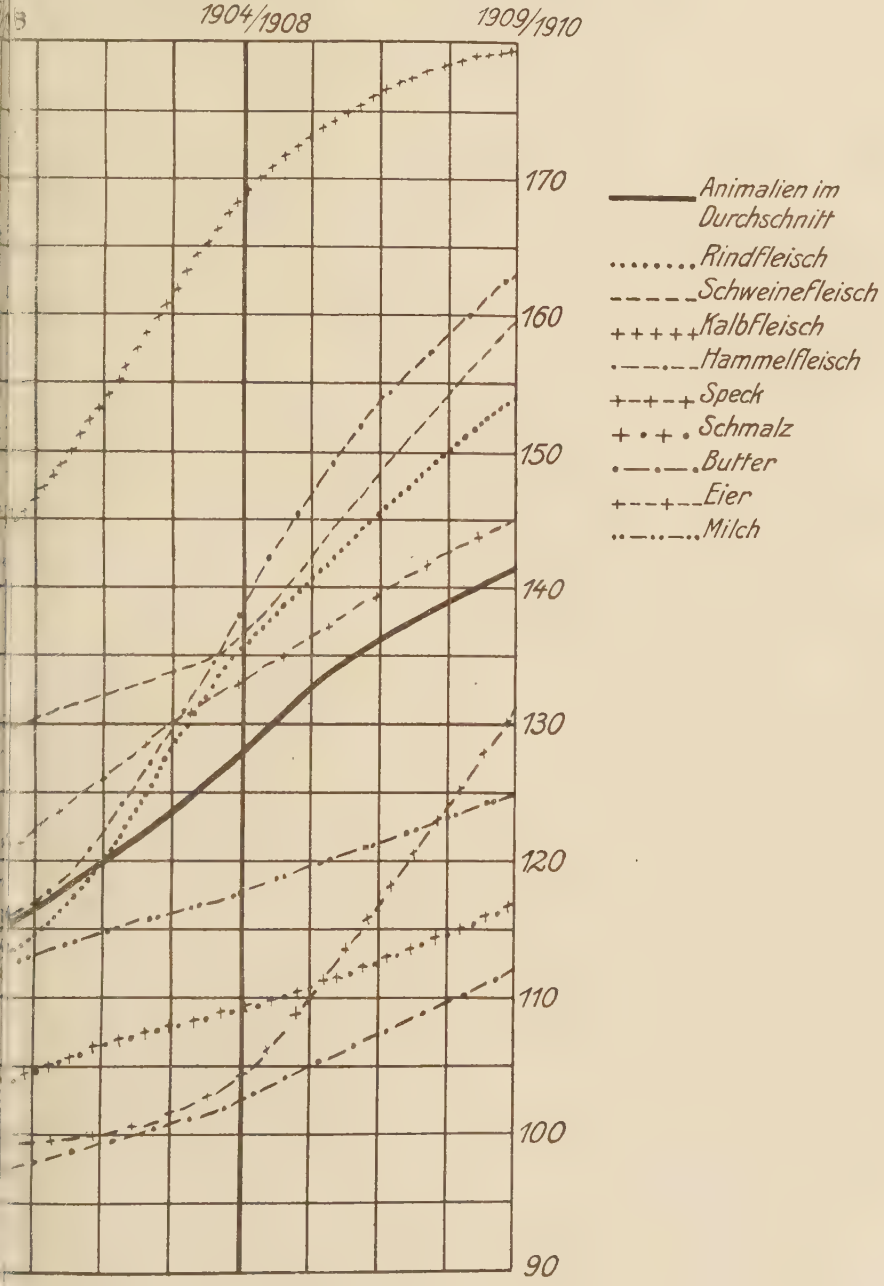
[1] Wie es beim Getreide in der neuesten Zeit zweifellos der Fall gewesen ist. Prof. J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. I. Teil 7. Aufl. S. 151.

Die Bewegung der Preise der animalischen Nahrungsmittel zu

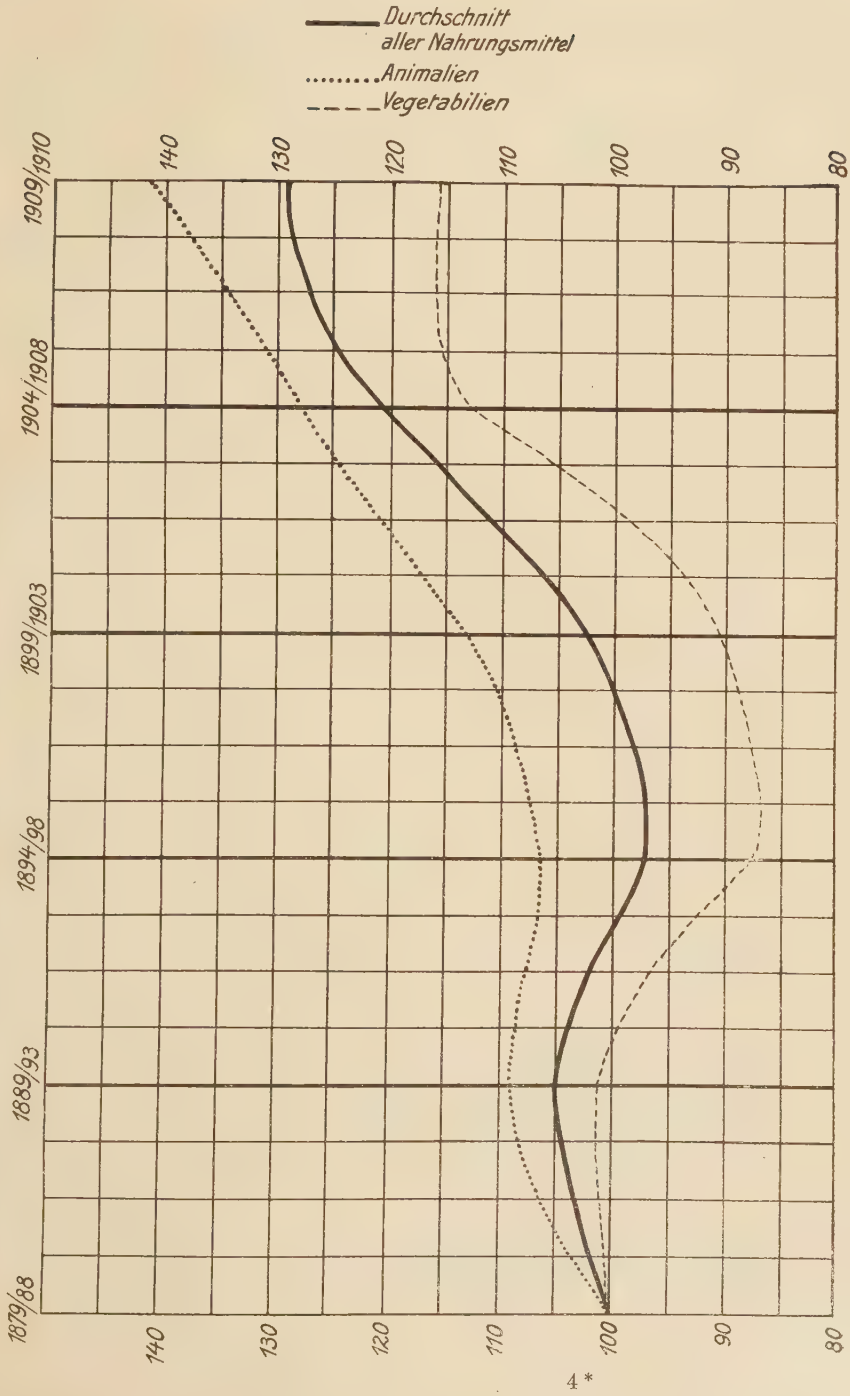


Thieme, Die Entwicklung der Preise.

e a. S. in den letzten Jahrzehnten (1879/88 = 100).



(Zu Seite 50.)



Die Bewegung der Ernährungsmittelpreise (Animalien u. Vegetabilien) zu Halle a.S. in den letzten Jahrzehnten (1879–88 = 100)

bringen, und man dürfte bei den derzeit herrschenden Preisverhältnissen mit einer Beibehaltung letzterer in der gleichen Weise wie heute für längere Zeit kaum noch zu rechnen haben. In Anbetracht der in den nächsten Jahren zu erneuernden Handelsverträge steht vielmehr eine Herabsetzung der Zölle mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Dabei wird aber ein extremes und generelles Vorgehen in dieser Frage vermieden werden müssen, wenn dadurch nicht schwere wirtschaftliche Störungen und Schädigungen der heimischen Produktion stattfinden sollen. Man wird im allgemeinen nur schrittweise vorgehen können, um letzterer Zeit zu lassen, sich nach und nach veränderten Verhältnissen anzupassen. — Bei den außerordentlich hohen Brotgetreidepreisen, insbesondere den Weizenpreisen der letzten Jahre, die für die Zukunft einen sicheren Schluß auf die Weiterentwicklung nicht zulassen, kann es nur empfehlenswert sein, ganz allmählich, mit größter Vorsicht unter steter Beobachtung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt mit einer Herabsetzung der Zölle zu beginnen.

Eine extremere Behandlung würden dagegen die Zölle auf einige andere Nahrungsmittel vertragen, so zunächst die auf Hülsenfrüchte, bei denen wir hinsichtlich der Deckung unseres Bedarfes in der Hauptsache auf das Ausland angewiesen sind und der Zoll nur eine erhebliche Belastung speziell der ärmeren Bevölkerung darstellt. Dasselbe ist von dem Zoll auf Speck und Schmalz zu sagen, wo die Preise ohnehin schon sehr hohe sind und jede weitere künstliche Erhöhung im Interesse der unteren Klassen abgelehnt werden muß; ferner von dem Zoll auf Eier, da hier trotz der erheblich gestiegenen Preise zweifellos eine Vernachlässigung der heimischen Produktion stattgefunden hat und jährlich große Summen an das Ausland gezahlt werden[1], die ebensogut der deutschen Landwirtschaft zufließen könnten. Bei dem hier offenbar fehlenden nötigen Erwerbstrieb kann ein Zollschutz auf den Produktionszweig einen Einfluß kaum ausüben.

Bei diesen Produkten muß also eine Beseitigung der bestehenden Zölle nur als wünschenswert erscheinen und vermag dadurch eine Schädigung der heimischen Produktion kaum stattzufinden. Es wäre dieses in Ansehung der außerordentlich hohen Fleischpreise, in der gleichen Weise aber vor allem anzustreben hinsichtlich des Futtergetreides und sonstiger Futter-

[1] Im Jahre 1909 belief sich der Wert der gesamten Einfuhr an Eiern nach Deutschland auf ca. 156 Millionen Mark, im Jahre 1910 auf 163 Millionen Mark. (Statist. Jahrb. f. d. D. R. 1910/11.)

mittel und hier von einer künstlichen Verteuerung nach jeder Richtung hin Abstand zu nehmen.

Durch letztere Maßregel könnte die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzt werden, ihre Viehproduktion wesentlich billiger zu gestalten; wo solches der Fall ist, von einem ausgedehnteren bei hohen Preisen besonders lohnenden Verkauf der Futtermittel zurückgehalten und zur Verwendung derselben in der eigenen Wirtschaft und Erweiterung der Viehproduktion geführt werden. Letztere müßte insbesondere in den Großbetrieben eine Förderung erfahren, da, wie die Statistik zeigt, die Viehhaltung besonders an Rindvieh und Schweinen beim Kleinbetrieb eine wesentlich größere ist als beim Großbetrieb[1].

In Anbetracht der Vermehrung des Viehstandes in den letzten Jahrzehnten erscheint die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die deutsche Landwirtschaft in der Zukunft fähig wäre, den Inlandbedarf an Vieh zu decken, was natürlich land- wie volkswirtschaftlich, bei dem zweifellos stärker zunehmenden Konsum der Bevölkerung an tierischen als an vegetabilischen Produkten und dem höheren Preisstande der ersteren im Verhältnis zu letzteren, nur von großem Vorteile sein kann. Daher wird, solange der Viehstand sich entsprechend den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung vermehrt, auch ein Schutzzoll für Schlachtvieh nur befürwortet werden, eine Öffnung der Grenzen für fremdes Vieh als vorteilhaft nicht erscheinen können.

Wir vermögen uns damit in diesen zoll- und handelspolitischen Fragen — an denen wir hier nicht gänzlich glaubten vorübergehen zu dürfen — im wesentlichen nur den von H. Roncador in seiner Untersuchung über das „Wesen und die Wirkung der Agrarzölle" geäußerten Anschauungen anzuschließen, welch letztere die besonders vorbildliche und vorsichtige Behandlung dieser Frage durch Professor Conrad zur Basis haben.

Bevor wir im zweiten Teil der Untersuchung zu einer Würdigung der Bedeutung, welche die Preisentwicklung der wichtigsten Nahrungsmittel in den letzten Jahrzehnten für die Bevölkerung gehabt hat, übergehen, soll zunächst im folgenden ergänzend noch ein Blick auf die Entwicklung der Mietpreise der Wohnungen und die Preisgestaltung der Kleidung geworfen werden. Es kann sich dabei aber vor allem mit Beziehung auf letztere offenbar weniger um eine Verfolgung der Preisentwicklung im einzelnen, als um Betrachtungen nur mehr allgemeiner Natur handeln.

---

[1] J. Conrads Grundriß z. Studium der politischen Ökonomie, Teil II. 7. Aufl. Jena 1908, S. 70.

Dritter Abschnitt.

Die Mietpreise der Wohnungen.

Neben der Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses ist für das Wohlergehen des Menschen, in den unteren Klassen insbesondere für das Familienleben, die des Wohnungsbedürfnisses von ausschlaggebender Bedeutung[1]. Schlechte, unzureichende Wohnungen lassen ein Gefühl der Behaglichkeit und des Zuhauseseins nicht aufkommen, verleiten den Mann nur zu häufig zum Wirtshausleben und führen zu einer Lockerung der in den unteren sozialen Schichten der städtischen Bevölkerung ohnehin heute schon nicht mehr allzu festen Bande, welche die Familienmitglieder zusammenhalten.

Die günstige oder ungünstige Gestaltung der Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung ist naturgemäß wesentlich abhängig von der Höhe und dem Steigen der zu zahlenden Mietpreise. Es ist bekannt, wie diese in den letzten Jahrzehnten eine nachhaltige Erhöhung erfahren haben.

Das Steigen des durchschnittlichen Mietpreises einer Wohnung oder eines heizbaren Zimmers, wie ihn die statistischen Erhebungen meist ermitteln, kann aber immer nur ein sehr allgemeines Bild von der Preissteigerung der Wohnungen geben. Letztere ist je nach Lage der örtlichen Verhältnisse, wobei vor allem Angebot und Nachfrage eine Rolle spielen, bei den verschiedenen Wohnungsgrößen und Kategorien eine dem Grade nach voneinander abweichende. Da aber die Zusammensetzung des Gesamtwohnungsbestandes nach der Größe der Wohnungen bekannt ist, so vermag auch ein Durchschnittsmaterial der Mietpreise[2] immerhin einen

[1] Die Ausgaben für dieses Bedürfnis (Wohnung und Haushalt) betrugen in Halle bei einem Einkommen von 900—3000 Mk. im Durchschnitt 14,55% der Gesamthaushaltsausgaben. Von diesen 14,55% entfielen wieder 83% auf Miete, auf Umzugskosten, Wassergeld; das übrige auf Einrichtung und Instandhaltung sowie Reinigung von Wohnung und Haus; Ziergarten, Zimmerpflanzen. („Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen in Halle a. S. und Umgebung, 1909/10", Heft 13 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 40 und S. 65 ff.)

[2] Leider steht uns für die früheren Jahre nur ein Durchschnittsmaterial zur Verfügung. Erst durch die Erhebung über die Wohnungsverhältnisse in Halle vom Jahre 1908 („Ergebnisse der Wohnungszählung vom 11. Mai 1908 in Halle a. S." Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S.) sind zum ersten Male auch Mietpreise, differenziert nach der Größe der Wohnungen festgestellt worden. Dabei ergab sich ein durchschnittlicher Mietwert der kleinen Wohnungen (1—2 Zimmer) von 184 Mk., der mittleren (3—6 Zimmer) von 462 Mk., der großen (mehr als 6 Zimmer) 1183 Mk. (heizbares Zimmer). Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 30.

Einblick, wenn auch nicht im einzelnen in die Gestaltung der Mietpreisverhältnisse zu geben.

Der durchschnittliche Mietpreis einer Wohnung in Halle zeigte in den beiden letzten Jahrzehnten eine Steigerung von etwa 24 %, gegen 1895 bzw. 1900 im Jahre 1908 eine solche von nahezu 18 %; der für ein heizbares Zimmer im Durchschnitt gegen 1890 eine solche von ca. 14 %.

Tabelle XV. Die durchschnittlichen Mietpreise[1] in Halle für eine Wohnung[2] überhaupt und für ein heizbares Zimmer nach der Höhen- oder Stockwerkslage.

Im Jahre	Der durchschnittliche Mietpreis betrug in Mark für									
	eine Wohnung überhaupt	prozentuale Zunahme gegen 1890 = 100	ein heizbares Zimmer im							
			im Durchschnitt	prozentuale Zunahme gegen 1900 = 100	Keller	Erdgeschoß	I. Stock	II. Stock	III. Stock	IV. Stock
1890	251	100	120	100	92	130	141	131	112	113
1895	265	105,6	119	99,1	100	133	135	128	114	106
1900	265	105,6	119	99,1	98	127	132	128	117	115
1908	312	124,3	137	114,1	97	134	144	137	126	122

Die Preiszahlen der Jahre 1895 und 1900 für eine Wohnung bzw. ein heizbares Zimmer im Durchschnitt stimmen überein, was auf die im Jahre 1900 vorgenommene Eingemeindung der Vororte Trotha, Kröllwitz und Giebichenstein zurückzuführen ist, die eine große Zahl von kleinen und billigen Wohnungen mit sich brachte. Der Rückgang des Preises für ein heizbares Zimmer im Keller, Erdgeschoß und ersten Stock im Jahre 1900 gegen 1895 ist ebenfalls als eine Folge dieser Eingemeindung anzusehen.

Den größten Anteil an dem Gesamtwohnungsbestande haben die kleinen Wohnungen. In Halle sind annähernd 70 % des Wohnungsbestandes Wohnungen mit 1—3 Zimmern[3]. Ihnen muß daher auch bei

[1] Verwaltungsberichte der Stadt Halle a. S. vom Jahre 1890/91, 1895/96, 1900/01; Ergebnisse der Wohnungszählung vom 11. Mai 1908 in Halle a. S. Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 32.

[2] Wohnung ohne Geschäftslokal oder gewerbliche Nebennutzung.

[3] Nach d. Zählung v. 31. Dez. waren von insgesamt 44107 Wohnungen in Halle 30019 solche mit 1—3 Zimmern. Heft 15 d. Beiträge z. Statistik d. Stadt Halle. Tabelle 65 S. 38.

der Ermittlung des durchschnittlichen Mietpreises einer Wohnung der ausschlaggebende Einfluß zukommen. In Anbetracht dessen kann die Steigerung des Mietpreises der Kleinwohnungen über den hier angeführten Prozentsatz kaum wesentlich hinausgegangen sein, wenn auch die anhaltenden Klagen über einen Mangel an diesen, wie er auch heute noch vorliegt, nachdem die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte in Halle für große und mittlere Wohnungen normale geworden sind[1], für ein stärkeres Steigen ihrer Mietpreise sprechen. Letzteres ist auch in den letzten drei Jahren in der Preisbewegung der kleinen Leerwohnungen, insbesondere der zwei Zimmerwohnungen, die den größten Prozentsatz[2] der Kleinwohnungen darstellen, deutlich zum Ausdruck gekommen[3].

Nach dem oben Gesagten wird man aber auch bei den Kleinwohnungen mit einer mehr als 30prozentigen Mietpreissteigerung in den letzten beiden Jahrzehnten kaum zu rechnen haben, eine solche von 25—30 % ungefähr als eine dem Durchschnitt entsprechende anzusehen sein.

Ergänzend hinsichtlich der Mietpreise kann nur noch auf die beiden folgenden Übersichten verwiesen werden, die veranschaulichen, wie sich in den letzten 20 Jahren das Verhältnis zwischen großen, kleinen und mittleren Wohnungen und das der gewissen Mietstufen angehörenden Wohnungen verschoben hat.

---

[1] Leerwohnungen in Halle a. S. 1909—1911, Heft 17 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 54.

[2] Am 31. Dezember 1910 waren von 30019 Wohnungen mit 1—3 Zimmern 16607 solche mit 2 Zimmern. Heft 15 der Beiträge z. Statistik d. Stadt Halle. Tabelle 65 S. 38.

[3] Es betrug der Mietpreis einer Leerwohnung in Halle mit:

am	1	2	3	4	5	6
	Zimmer					
1. Nov. 09	106 (23)	168 (110)	362 (58)	526 (91)	734 (51)	1027 (33)
1. Mai 10	87 (13)	173 (77)	329 (87)	544 (78)	696 (70)	946 (34)
1. Nov. 10	100 (23)	179 (118)	344 (124)	530 (112)	657 (46)	927 (28)
1. Mai 11	89 (19)	166 (96)	360 (101)	558 (137)	718 (57)	952 (30)
1. Nov. 11	107 (19)	186 (129)	367 (173)	542 (144)	737 (116)	1047 (53)

Leerwohnungen in Halle a. S. 1909—1911 Heft 17 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 51 und 52. Die eingeklammerten Zahlen geben die Zahl der dabei jeweils in Betracht kommenden Leerwohnungen an.

Tabelle XVI. Die Zunahme an kleinen, mittleren und großen bewohnten Wohnungen in Halle betrug im Vergleich zum Jahre 1890 = 100[1]

Jahr	kleine Wohnungen	mittlere Wohnungen	große Wohnungen
1890	100	100	100
1895	112,4	127,8	116,2
1900	153,4	179,7	159,2
1908	163,7	260,7	188,2

Die Zunahme an Wohnungen getrennt nach Mietstufen gegen 1895 = 100

Jahr	Es gehörten an der Mietstufe: (bewohnte Wohnungen ohne Geschäftslokal)							
	0 bis 150 Mk.	150 bis 250 Mk.	250 bis 500 Mk.	500 bis 1000 Mk.	1000 bis 1500 Mk.	1500 bis 2000 Mk.	2000 bis 3000 Mk.	über 3000 Mk.
1895	100	100	100	100	100	100	100	100
1900	89,4	114,7	106,1	91,9	92,6	125,0	107,7	50
1908	58,8	129,6	131,0	120,5	122,7	214,3	146,1	100

Das Steigen der Mietpreise der Wohnungen ist zu einem Teil eine durchaus natürliche Erscheinung, nämlich insofern es vor allem mit der Bodenfrage in Zusammenhang steht, es eine Folgeerscheinung des Steigens der städtischen Grundrente darstellt. Bei der besonders in den Städten rapide zunehmenden Bevölkerung und demgegenüber der Eigenschaft der Unvermehrbarkeit des Grund und Bodens nimmt dieser in ersteren mehr denn anderswo eine Monopolstellung ein, muß die auf ein gewisses Gebiet angewiesene, aber stark steigende Nachfrage nach Wohnungen ein Steigen der Preise des Grund und Bodens, der Häuser- und Mietpreise als eine „natürliche wirtschaftliche Erscheinung“ [2] hervorrufen.

Über den Grad der Steigerung des städtischen Grund und Bodens aber in ausreichender Weise unterrichtet zu sein, erscheint unmöglich. Der Verkauf eines Grundstückes als Bauplatz — denn darum kann es sich allein handeln — geht verhältnismäßig selten, immer erst nach Verlauf mehrerer Jahrzehnte vor sich. Die Beobachtung der Preise einer größeren Zahl von zum Abbruch verkauften Häusern, wo also in der Hauptsache nur der Grund und Boden bezahlt wird, vermöchte, wenn sie regelmäßig erfolgte, wohl einen Anhalt für die Preissteigerung desselben zu geben.

[1] Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 16 bzw. S. 33 (kleine Wohnungen 1—4 Wohnräume, mittlere Wohnungen 5—7 Wohnräume, große Wohnungen 8 und mehr Räume.

[2] Fuchs, im Artikel „Wohnungsfrage“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. Jena 1911.

Für die letzten Jahrzehnte liegen derartige Beobachtungen nicht vor. Professor Steinbrück[1] stellte für sechs in Halle in den 80er Jahren zum Abbruch verkaufte Häuser gegen 1830—1839 eine durchschnittliche Steigerung von 100 : 1597, für 11 Häuser in den 90er Jahren ein Steigerungsverhältnis von 100 : 1336 fest; weist jedoch auf die nur geringe Zahl der Beobachtungen ausdrücklich hin. Daß aber in den letzten Jahrzehnten das Steigen der Preise des städtischen Grund und Bodens nicht nur den zahlenmäßigen Ausdruck des natürlichen Zurückbleibens des Angebotes hinter der Nachfrage darstellt, vielmehr hier in ausgedehnter Weise eine künstliche Steigerung des Bodenwertes durch Spekulation und einen umfangreichen Zwischenhandel mit Grund und Boden eine große Rolle gespielt hat, unterliegt keinem Zweifel.

Neben diese letzte Ursache, die Bodenfrage, sind anderseits zahlreiche, die Preise der Wohnungen und Häuser steigernde Faktoren getreten.

Neubauten erfordern heute — ganz abgesehen von dem gegen früher verteuerten Ausbau der Straßen, Trottoirs, Anlagen der Kanalisation, Wasser-, Gasleitungen usw. zur Errichtung weit höhere Kosten. Die Baukosten, Materialien und Löhne sind nachhaltig gestiegen. Die Löhne der Maurer und Zimmerer seit dem Jahre 1890 allein um ca. 50, die der ungelernten Bauarbeiter sogar um ca. 70 %[2].

Verteuernd hat vielfach auch die Art und Weise der Beschaffung der Hypotheken und Baugelder gewirkt. Der Bauunternehmer — nicht selten eine fragwürdige Existenz — erwirbt einen Bauplatz mit Eintragung einer Hypothek; nach Fertigstellung eines jeden Stockwerks wird eine neue Hypothek zu immer höheren Zinsen aufgenommen — häufig auch von Bodenspekulanten — und die Mieten müssen nun alle diese hohen Zinsen einbringen und außerdem einen Überschuß für den Bauunternehmer, welchen dieser möglichst schnell durch Verkauf des Hauses zu kapitalisieren sucht[3].

Weiter kommen hier alle diejenigen Faktoren in Frage, die eine Belastung des bebauten und unbebauten Grund und Bodens herbeiführen und die mehr und mehr gewachsen sind. So ist in Halle die Grundsteuer

---

[1] Carl Steinbrück, „Die Entwicklung der Preise des städtischen und ländlichen Immobiliarbesitzes zu Halle (Saale) und im Saalkreise." Jena 1900. Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen d. staatswissensch. Seminars zu Halle a. S. Herausg. v. Dr. J. Conrad. Bd. 10 S. 24.

[2] Vgl. die Ausführungen auf S. 78.

[3] Fuchs, Artikel „Wohnungsfrage" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften a. a. O.

nach dem Nutzertrag, die zunächst hierher gehört, in den letzten 15 Jahren von 2,5 % auf nahezu 6 % gestiegen[1]. Zur Grundsteuer nach dem Nutzertrag trat im Jahre 1900 die sogenannte Umsatzsteuer, die bis zum Jahre 1905 die unbebauten und bebauten Grundstücke mit 1 %, vom Jahre 1905 an die unbebauten mit 1, die bebauten mit 2 % des Verkehrswertes belastet, wozu jeweils noch der staatliche Kaufstempel von 1 % kommt. Ferner besteht seit dem Jahre 1905 eine besondere Kanalbenutzungsgebühr und seit dem Jahre 1908 die Wertzuwachssteuer.

Die Frage, wer alle diese Lasten zu tragen hat, ob Mieter oder Grundstück- bzw. Hausbesitzer, ist naturgemäß letzten Endes eine Machtfrage. In erster Linie muß dabei das Verhältnis von Angebot und Nachfrage an Wohnungen ausschlaggebend sein. Je größer das Angebot an Wohnungen, um so eher werden die Wohnungsvermieter geneigt bzw. gezwungen sein, diese Lasten auf sich zu nehmen, wie an sich mit dem Mietzins herabzugehen. Umgekehrt werden sie bei einem herrschenden Wohnungsmangel diese Abgaben auf den Mietzins schlagen, wie überhaupt diesen so hoch als möglich zu stellen suchen. Bei den häufigen Klagen über einen Mangel an Wohnungen, insbesondere an kleinen Wohnungen in Halle ist anzunehmen, daß zum wenigsten die Zinssummen dieser Lasten vom Mieter in Form höherer Mietpreise zu tragen gewesen sind[2].

Auch die Qualität der Wohnungen spielt bei der Mietpreisbestimmung naturgemäß eine Rolle, und man wird nicht leugnen können, daß diese entsprechend dem Steigen der an das Wohnungsbedürfnis gestellten Ansprüche ständig eine bessere geworden ist. Gegenüber den zuvor erwähnten mietpreissteigernden Faktoren tritt aber dieses Moment offenbar sehr zurück.

---

[1] Die Grundsteuer nach dem Nutzungswerte betrug: 1895: 2,5 %, 1900: 4,83 %, 1905: 5,08 %, 1909: 5,85 %. Verwaltungsberichte der Stadt Halle für die betreffenden Jahre.

[2] Leider gestattet der Charakter der älteren Erhebungen über die Leerwohnungsverhältnisse in Halle nicht, auf die Gestaltung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage an Wohnungen näher einzugehen. Für die Jahre 1909—11 haben die eingehenden Untersuchungen des Statistischen Amtes der Stadt Halle ergeben, daß sich die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte zunehmend günstiger gestaltet haben, so daß mit Ausnahme eines herrschenden Mangels an Ein- und Zweizimmerwohnungen, im Jahre 1911 der Vorrat an Leerwohnungen vollkommen ausreichte. (Leerwohnungen in Halle a. S. 1909—11 Heft 17 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 50 und 51.)

Was die neben der Miete im Haushalt für das Wohnungsbedürfnis weiterhin zu machenden Aufwendungen anbelangt, wie: die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, für Einrichtung der Wohnungen, Beschaffung von Mobiliar oder sonstigen Haushaltungsgeräten und Instandhaltung und Reinigung derselben, so haben sich diese, wenn es auch unmöglich erscheint, im einzelnen hierüber ausreichende Angaben zu machen, in den letzten Jahrzehnten doch kaum in der Weise, wie die Mietpreise der Wohnungen selbst erhöht. Etwas stärker im Preise gestiegen sind zum Teil noch die Heizungsmaterialien. So kosteten in Halle:

Rohkohle pro hl[1]	1888 = 17,— Pf.,	1906 = 20,41 Pf.,
Naßpreßsteine (1000 Stück)[1]	1888 = 7,50 Mk.,	1906 = 8,51 Mk.
Briketts (1 Ztr. Hausbrand, Edderitzer im Durchschnitt der Jahre)[2]	1891—1895 —,67 Mk.,	1896—1900 —,68 Mk.
	1901—1905 —,72 „	1906—1910 —,76 „

Vielfach sind die genannten Bedürfnisse teurer geworden infolge der von der Bevölkerung mit Beziehung auf dieselben gestellten höheren Ansprüche oder infolge der gestiegenen Arbeitslöhne, erhöhten Preise der Rohmaterialien usw. Auf der anderen Seite hat aber gerade hinsichtlich der gewöhnlichen Haushaltungs-, Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände, wie sie vor allem für die unteren Klassen und den Massenkonsum in Frage kommen, in den letzten Jahrzehnten zunehmend billiger produziert werden können und sind die Beschaffungskosten vieler Dinge erheblich erniedrigt worden. Infolge letzteren Umstandes haben zahlreiche Gegenstände zum Teil überhaupt erst im Haushalt der Arbeiterbevölkerung und der Minderbemittelten Eingang gefunden oder doch im Gebrauch eine größere Ausdehnung erfahren.

---

[1] Nach Schrader, „Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Braunkohlenbergbaues im Oberbergamtsbezirk Halle". Dissertation Halle 1911, S. 36 (Preise bei den Riebeckschen Montanwerken).

[2] Die Angaben hierüber verdanken wir der Firma Eulner & Lorenz, Halle a. S.

Vierter Abschnitt.

Die Preisgestaltung der Kleidung[1].

Wenn wir neben Nahrung und Wohnung an dritter Stelle auch noch der Kleidung einige Zeilen widmen, so kann es sich dabei nur mehr um Ausführungen allgemeiner Natur als um die tatsächliche Preisgestaltung derselben handeln.

Die Kleidung beider Geschlechter ist wohl gerade in den letzten Jahrzehnten mehr denn je zur Modesache geworden und die an sie gestellten Ansprüche sind insbesondere in den mittleren und unteren Bevölkerungsschichten und zwar wieder vorwiegend beim weiblichen Geschlechte nachhaltig gestiegen. Stoff und Schnitt der Kleidung sind heute einem enorm schnellen Wechsel unterworfen, wie man ihn früher nicht gekannt hat. Die Zeiten, wo ein Anzug eine ganze Reihe von Jahren getragen wurde, was eben möglich war, weil er im Stoff wie in der Arbeit unvergleichbar größere Dauerhaftigkeit besaß, als man sie heute gewöhnlich findet, wo sich dieser eventuell noch vom Vater auf den Sohn vererbte, sind natürlich längst vorüber. Ein zwei- bis dreijähriges Kleidungsstück ist heute in der Mehrzahl der Fälle schon zur Seltenheit geworden, es sei denn, es handelt sich um nur bei gewissen Gelegenheiten getragene Kleidungsstücke.

Der häufigere Wechsel in der Kleidung ist in der Hauptsache schon eingetreten in den 70er Jahren, zu welcher Zeit in ausgedehnter Weise billige, aber entsprechend minderwertige, an Haltbarkeit den deutschen weit nachstehende englische Stoffe den deutschen Markt überschwemmten. Die billigen englischen Stoffe waren natürlich sehr begehrt und auch in Deutschland begann man daher derartig geringere Stoffe herzustellen, was bei der in der Textilindustrie rastlos fortschreitenden technischen Vervollkommnung und der ständigen Emanzipierung von der manuellen Arbeit nicht allzu schwer fiel und im Laufe der Zeit immer mehr stattgefunden hat. Auf diese Weise sind die guten, teuren und haltbaren Stoffe mehr und mehr verschwunden, womit notwendig ein immer häufigerer Wechsel der Kleidung eintreten mußte. Eine Verbilligung des Kleidungsbedürfnisses hat aber durch jene zunehmende Verwendung billiger Stoffe kaum stattgefunden. Ihre geringe Haltbarkeit erforderte eben eine größere Zahl von Kleidungs-

[1] Die folgenden Ausführungen stützen sich in der Hauptsache auf persönliche Erkundigungen und Anfragen; für die früheren Jahre zum Teil auf Hampke, „Das Ausgabenbudget der Privatwirtschaften", Jena 1888. Bd. 4 der Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. S., S. 122 ff.

stücken, die, wenn sich der Stoff über diese insgesamt im Preise auch nicht höher stellte, als für ein einziges aus dem guten teueren Stoffe, sich infolge des mehrmals zu zahlenden Arbeitslohnes, der zudem im Laufe der Zeit stieg, verteuern mußten.

Aber auch die heute im Vergleich zu früher in der Qualität geringeren Kleidungsstoffe sind in der neueren Zeit im Preise gestiegen. Eine Steigerung in den letzten zwei Jahrzehnten von 20—25 %, wie uns verschiedentlich von den Tuchhändlern, Konfektionsschneidern und Schneidern gesagt wurde, scheint aber offenbar als zu hoch gegriffen.

Die beiden hauptsächlich in der Textilindustrie zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe, Wolle und Baumwolle, sind in den letzten drei Jahrzehnten nur um etwa 10—15 % im Preise gestiegen. Rohseide ist um ca. 8—9 % zurückgegangen. Von den Fertigfabrikaten ist beispielsweise der Kattun, der als Kleiderstoff in den unteren Bevölkerungsschichten, vorwiegend von den Frauen getragen wird, und im Verhältnis zu anderen Kleidungsstoffen in nur geringem Maße in der Qualität variiert, sich im Preise annähernd gleich geblieben[1]. An sich zeigen ja diese Manufakte im Gegensatz zu den Naturprodukten, hauptsächlich infolge der mit der Ausdehnung der maschinellen und Befreiung von der menschlichen Arbeit zunehmenden Verbilligung des Produktionsprozesses im allgemeinen in den Preisen immer eine mehr fallende als steigende Tendenz.

Der Hauptanteil an einer Verteuerung der Kleidung in den letzten Jahrzehnten muß in erster Linie wohl der starken Erhöhung der Arbeitslöhne der Schneider zugeschrieben werden. Es stellen sich diese heute um ca. 50 % und mehr höher als vor ca. 20 Jahren[2].

[1] Nach den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich 1881 ff. kosteten im Durchschnitt der Jahre in Mark:

Jahre	Wolle 1 dz		Baumwolle 1 dz	Rohseide 1 kg	Kattun 1 m	
	norddeutsche Schäferei Mittel Berlin	gewaschene Buenos Aires Bremen	Middling Upland	italienische Organsin 18/20 5 Monate Ziel od. bar 5 % Abzug Krefeld	90 cm breit Mühlhausen im Elsaß	München-Gladbach
1881—88	294,1	387,8	111,4	55,8	0,24	0,24
1889—93	264,1	359,7	96,6	51,8	0,22	0,21
1894—98	225,8	292,9	73,0	41,5	0,20	0,22
1899—03	274,0	362,7	92,9	47,3	0,20	0,18
1904—10	336,6	413,9	128,0	47,8	0,24	—

[2] Vgl. die Ausführungen auf S. 79.

Dann ist hier jedoch eines Umstandes zu gedenken, der im allgemeinen wieder zu einer Verbilligung, gleichzeitig aber auch zur Verschlechterung der Kleidung geführt hat. Gemeint ist das zweifellos im Zurückgehen begriffen gewesene Arbeiten der Kleidung nach Maß und auf der anderen Seite das Zunehmen der Arbeit auf Lager, wie es sich in den Konfektionsgeschäften, die an Ausdehnung ständig gewonnen haben, findet.

Ein Kleidungsstück nach Maß auf Bestellung steht im Preise naturgemäß höher als ein fertiges, im Laden gekauftes, weil hier eben mit besserem Sitzen, besserer Arbeit, dementsprechend höheren Löhnen, besseren Zutaten usw. zu rechnen ist. Wer auf Qualitätsware und -arbeit Wert legt, wird daher, soweit es seine Verhältnisse gestatten, einen dem angemessenen Preis zu zahlen, stets die Maßarbeit vorziehen. Ausgeschlossen ist solches natürlich in der minderbemittelten Bevölkerung. Und aus diesen Kreisen setzt sich auch in der Hauptsache (bis zu 75 %) das kaufende Publikum der Konfektionsgeschäfte zusammen, die fast ausschließlich fertige Kleidungsstücke, in beschränktem Umfange vielfach allerdings auch auf Bestellung liefern.

Die fertige Ware der Konfektionsgeschäfte vermag aus verschiedenen Gründen billiger hergestellt zu werden als solche nach Maß. Einmal werden hier schon billige und minderwertige Stoffe, eben sogenannte „Konfektionsstoffe" in ausgedehnter Weise mit verarbeitet. Die Herstellung dieser über den Leisten gearbeitete Kleidungsstücken geht ferner auf erheblich billigere Weise vor sich. So beziehen die halleschen Konfektionen ihre fertigen Sachen in der Hauptsache aus großen Kleiderfabriken in Berlin und Stettin, wo der Stoff zu einer größeren Zahl von Kleidungsstücken mit der Maschine gleichzeitig zugeschnitten wird und die weitere Bearbeitung zum Teil auf billigerem maschinellen Wege, zum Teil mit der Hand vor sich geht. Falls die Konfektionsschneider am Orte arbeiten lassen, verstehen sie mit Beziehung auf die Arbeitslöhne natürlich auch die sogenannten stillen Zeiten im Schneidergewerbe, wo die Arbeitnehmer froh sind, auch zu einem geringen Lohne Arbeit zu erhalten, auszunutzen. In der neusten Zeit hat man jedoch dem in den Tarifverträgen mehr und mehr einen Riegel vorgeschoben.

Das bisher Gesagte bezog sich in der Hauptsache auf die männliche Kleidung. Über die des weiblichen Geschlechtes im einzelnen Angaben zu machen, muß natürlich noch weit schwerer fallen. In erster Linie ist auch hier die Erhöhung der Arbeitslöhne zu erwähnen; dann spielt aber vor allem der rasche Wechsel in der Kleidung, im Stoff und in der Mode, eine noch größere Rolle als dort. Auf der anderen Seite ist aber gerade

hinsichtlich der weiblichen Kleidung in zunehmender Weise auch billige Ware für den Massenkonsum hergestellt worden.

Von Interesse dürften vielleicht noch einige Angaben über die Fußbekleidung sein. In den letzten zwei Jahrzehnten sind hier die Materialien um ca. 20 %, die Löhne bis zu 30 % gestiegen. Ein Pfund Bodenleder bester Qualität kostete Ende der 80er Jahre etwa 2,25 Mk., heute 2,75 Mk. Für 1 qm Rinds- bzw. Kalbsleder wurde gezahlt zu den gleichen Zeiten 1,65 bzw. 3,75 und 2,50 bzw. 5 Mk. Die rohen Tierhäute, die früher von den Fleischern an die Gerber zu einem Preis von 25 Pf. verkauft wurden, erzielen heute einen solchen von 60 Pf. und darüber. Die Arbeitslöhne für ein Paar Stiefeln im angegebenen Zeitraum stiegen von ca. 3,75 auf 5 Mk.; für ein Paar genagelte Sohlen von 80 Pf. auf 1 Mk.; für ein Paar genähte von 85 Pf. auf 1,25 Mk. Aus Lokalinteresse erscheint es erwähnenswert, daß in Halle, wo früher die Lohgerberei in Blüte stand, dieses Handwerk nach und nach gänzlich ausgestorben ist. Soweit Gerberei noch betrieben wird, erstreckt sie sich auf die Bereitung feinerer Ledersorten, wie sie vorwiegend für die Herstellung von Handschuhen in Frage kommen.

Die Schuhmacher können daher nicht mehr wie früher ihr Leder direkt von den Gerbern am Orte beziehen, sondern sind auf die Schnitt- und Lederwarengeschäfte angewiesen, auf welche Weise naturgemäß das Rohmaterial eine Verteuerung erfahren mußte.

Besonders hinsichtlich der Fußbekleidung hat sich in der neueren Zeit immer mehr der Übergang des Konsumenten von der Maßarbeit zur fertigen Arbeit geltend gemacht. Der beste Beweis dafür ist das ständige Zurückgehen der Zahl der selbständigen Schuhmacher, deren Tätigkeit sich zudem heute schon zu 70—80 % und darüber auf die Ausführung von Reparaturen erstreckt. Der Konsum hat sich zunehmend der Fabrikware zugewendet, wie sie in den Schuhwarengeschäften zu finden ist, die auch ohne daß sich dabei eine Minderung in der Qualität des verarbeiteten Rohmaterials ergibt, weit billiger zu liefern vermögen als der kleine Schuhmacher. Es handelt sich eben einmal um billige Fabrikarbeit. Hinzu kommt, daß jene Geschäfte vielfach von Schuhfabriken selbst unterhalten werden und jeder verteuernde Zwischenhandel ausgeschlossen wird. Wenn der nach Maß handgearbeitete Schuh auch den Vorzug größerer Haltbarkeit besitzt, so ist ihm doch, was die Form angeht, worauf man heute allenthalben größeren Wert legt, der fabrikmäßig hergestellte meist überlegen. Nur zu häufig kann man unschöne plumpe Formen handgearbeiteter Stiefeln sehen. Zudem halten die Schuhwarengeschäfte zahlreiche Façons,

Größen und Weiten für gesunde, zum Teil auch schon für kranke Füße immer bereit, so daß man des Maßnehmens überhoben, in jenen Geschäften das Passende zumeist findet. Der zunehmende Übergang von der Maßarbeit zum fertigen Schuh hat unsers Erachtens eher zu einer Verbilligung als einer Verteuerung des Schuhwerkes geführt. Auf der anderen Seite ist allerdings nicht zu übersehen, daß von gewissen Schuhgeschäften stets aus schlechtem Rohmaterial verfertigte Waren zu billigen Preisen auf den Markt geworfen werden, die besonders in den minderbemittelten Kreisen einen großen Absatz finden, wodurch infolge der geringen Haltbarkeit wieder eine Verteuerung des Schuhwerks eintreten muß.

Ist es nach alledem auch schwer, sich ein abschließendes Urteil über die Preisgestaltung der Kleidung zu bilden, so ist unsers Erachtens die Verteuerung derselben in den letzten Jahrzehnten unter Berücksichtigung der erwähnten Momente doch sicherlich keine derartige, wie etwa die der Wohnungen oder des Nahrungsbedürfnisses gewesen.

Wie Nahrung, Wohnung und Kleidung haben in den letzten Jahrzehnten noch mancherlei andere Dinge im Haushalte eine Verteuerung erfahren, sich die Ausgaben für manches Bedürfnis erhöht. Man denke etwa nur an die Ausgaben für Gesundheit und Körperpflege, für die Erziehung der Kinder, Schule und Unterricht, für die zahlreichen geistigen und geselligen Bedürfnisse, für Versicherung, Verkehrsmittel, für persönliche Dienstleistungen usw., an die an Staat, Gemeinde und Kirche zu entrichtenden Abgaben und dergl. mehr. Hier in die Einzelheiten einzugehen, dürfte aber zum Teil außerordentlich schwer fallen; ebenso wie — mit Beziehung auf den zweiten Teil unserer Untersuchung —, eine Berechnung der Verteuerung aller dieser Dinge für die verschiedenen Bevölkerungsklassen als undurchführbar erscheinen muß. Wir sahen eingangs schon, daß für eine derartig detaillierte Berechnung allein das Nahrungsbedürfnis in Betracht kommen kann. Im übrigen ist kaum anzunehmen, daß speziell für die unteren sozialen Schichten die Verteuerung all dieser Dinge insgesamt genommen etwa eine solche wie die der Nahrung gewesen ist. Manches von diesen spielt im Haushalt des Minderbemittelten eine nur untergeordnete oder überhaupt keine Rolle oder die betreffenden Ausgaben sind — man denke etwa an Schulgeld, Unterricht, Lehrmittel, an Vor- und Fürsorge (Versicherung), man denke weiter an die Errichtung von Volkslesehallen, Bibliotheken, Veranstaltung von billigen Theatervorstellungen, Konzerten und dergl. — in den letzten Jahrzehnten wachsend von Staat, Gemeinde, Arbeitgeber usw. übernommen worden.

In welcher Weise die eben genannten Bedürfnisse, die man in den Wirtschaftsrechnungen und Haushaltungsbudgets unter der Rubrik „Sonstige Ausgaben", den Ausgaben für „Nahrung", „Kleidung", „Wohnung" und „Heizung und Beleuchtung" gegenüberzustellen pflegt, in den unteren Bevölkerungsschichten im Vergleich zu den bessersituierten zurücktreten, darüber orientiert uns am besten die folgende Übersicht. (Siehe Tabelle XVIa Seite 67.)

Sie gibt für verschiedene Einkommensstufen bzw. Gesellschaftsklassen, die prozentuale Anteilnahme der Ausgaben für die einzelnen Bedürfnisse des Haushaltes an den Gesamthaushaltsausgaben wieder; und wir nützen die Gelegenheit, um an dieser Stelle überhaupt etwas näher auf die Ausgabenverteilung bei den verschiedenen Wohlhabenheitsverhältnissen einzugehen, die je nach letzteren verschiedene Bedeutung der einzelnen Bedürfnisse im Haushalt zu kennzeichnen.

Die der tabellarischen Übersicht zugrunde liegenden Wirtschaftsrechnungen und Budgets finden sich im Anhang Seite 114 ff. und werden im zweiten Teile unserer Untersuchung bei der Behandlung des „Einflusses der Preisgestaltung der wichtigsten Nahrungsmittel auf das Nahrungsbudget verschiedener Einkommensstufen" eine noch eingehendere Verwendung erfahren.

Scheiden wir, auf vorstehende Übersicht eingehend, wie zuvor zwischen den primären Bedürfnissen „Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung" auf der einen Seite, und den „Sonstigen Ausgaben", denen die 11 Gruppen: 1. Gesundheits- und Körperpflege, 2. Unterricht, Schulgeld, Lernmittel, 3. Geistige und gesellige Bedürfnisse, 4. Staat, Gemeinde, Kirche, 5. Vor- und Fürsorge (Versicherung), 6. Verkehrsmittel, 7. Persönliche Bedienung, 8. Geldgeschenke, 9. Schuldentilgung und Zinsen, 10. Erwerbskosten, 11. Sonstige Ausgaben unterzuordnen sind auf der anderen Seite, so läßt sich verfolgen, wie mit steigendem Einkommen die letzteren einen ständig, und ziemlich stark wachsenden Anteil an den Gesamthaushaltsausgaben haben.

Bei einem Einkommen von 900—1200 und 1200—1600 Mk. stellt sich der Prozentsatz, mit dem die „Sonstigen Ausgaben" am Gesamtbudget beteiligt sind auf nur ca. 10 %, nimmt aber schon bei einem Einkommen von 3000—4000 Mk. ca. 1/4; bei einem solchen von mehr als 5000 Mk. durchschnittlich ca. 1/3 der Gesamthaushaltsausgaben ein.

Fassen wir die in der Tabelle zunächst unterschiedenen 9 Einkommensstufen zu 3 Wohlhabenheitsstufen mit einer Gesamthaushaltsausgabe von jährlich 900—3000 Mk., 3000—5000 Mk. und mehr als 5000 Mk. zu-

Tabelle XVIa. Die Verteilung der Ausgaben für die einzelnen Bedürfnisse des Haushaltes auf die Gesamthaushaltsausgaben bei verschiedenen Einkommen.

Einkommensstufe	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstige Ausgaben	Sonstige Ausgaben (gegliedert)										
						Gesundheits- u. Körperpflege	Unterricht Schulgeld	Geistige und gesellige Bedürfnisse	Staat, Gemeinde, Kirche	Vor- u. Fürsorge (Versicherung)	Verkehrsmittel	Persönliche Bedienung	Geldgeschenke	Schuldentilgung und Zinsen	Erwerbskosten	Sonstige Ausgaben
	in Prozent															
900—1200	54,55	11,84	17,31	4,83	11,47	1,40	0,05	4,21	0,65	0,02	1,82	—	0,32	0,85	0,34	1,81
1200—1600	59,47	14,02	13,10	3,40	10,01	1,80	0,33	1,84	1,21	1,81	0,40	0,02	0,07	0,35	0,76	1,42
1600—2000	54,63	14,43	14,38	3,14	13,42	1,74	0,21	2,75	1,31	2,46	0,66	—	0,14	0,23	0,36	3,56
2000—3000	46,58	14,93	13,42	2,63	22,44	1,78	1,62	3,42	2,21	5,49	0,94	—	0,53	0,67	1,27	4,50
3000—4000	38,10	14,00	18,50	3,60	25,60	3,40	2,30	4,40	2,00	3,60	1,20	1,20	1,20	1,90	0,20	4,40
4000—5000	32,80	14,70	19,30	3,10	30,10	4,70	3,70	4,70	1,70	4,30	1,30	1,30	0,70	1,80	0,20	5,70
mehr als 5000	30,30	14,90	14,90	3,10	36,80	2,60	7,70	4,70	2,90	5,80	1,40	2,60	0,70	0,50	4,50	3,40
6000—7000	39,56	20,63	12,36	3,08	24,37	0,63	2,37	13,17	4,33	0,39	—	1,78	—	—	—	1,70
ca. 18 000	24,40	12,20	22,30	2,60	38,50	7,40	6,70	6,30	4,00	5,00	—	6,30	—	—	—	1,90
900—3000	55,91	14,12	13,74	3,31	12,92	1,58	0,45	3,05	1,16	2,23	0,85	—	0,14	0,32	0,17	3,03
3000—5000	35,40	14,30	18,90	3,35	27,95	4,00	3,00	4,80	1,80	3,90	1,30	1,20	0,90	1,80	0,30	5,00
über 5000	31,42	16,24	16,52	2,60	33,22	3,54	5,60	8,16	4,24	3,83	0,50	3,56	0,30	0,20	1,60	2,40

sammen, welche Stufen im allgemeinen einer unteren, mittleren und besser-situierten Bevölkerungsschicht entsprechen dürften, so ergibt sich demgemäß eine Steigerung des prozentualen Anteiles der „Sonstigen Ausgaben" am Gesamtbudget von ca. 13 auf ca. 28 auf ca. 33 %.

An dieser Steigerung sind von den unter die Rubrik „Sonstige Ausgaben" fallenden Ausgabegruppen insbesondere die Ausgaben für Unterricht, Schulgeld und Lernmittel, für geistige und gesellige Bedürfnisse, für Staat, Gemeinde, Kirche, demnächst diejenigen für Gesundheits- und Körperpflege, für Vor- und Fürsorge (Versicherung) und für persönliche Bedienung beteiligt.

Deutlich läßt sich auch beobachten, wie diese Steigerung der „Sonstigen Ausgaben", im Verhältnis zu den Gesamtausgaben fast ausschließlich auf Kosten der Ausgaben für Nahrung vor sich geht. — Wählen wir wieder die oben unterschiedenen drei Wohlhabenheitsstufen, so beträgt der Anteil der Nahrungsausgaben am Gesamtbudget bei einem durchschnittlichen Einkommen von 900—3000 Mk. 55,91 %; bei einem solchen von 3000 bis 5000 Mk. 35,4 %; und bei einem solchen von mehr als 5000 Mk. 31,42 %.

Es ergibt sich also, daß mit zunehmenden Wohlhabenheitsverhältnissen die Bedeutung des Nahrungsbedürfnisses im Rahmen der übrigen Bedürfnisse mehr und mehr zurücktritt, wie solches in der gleichen Weise mit dem Fortschreiten von Zivilisation und Kultur zu beobachten ist.

Mit Beziehung auf die Bedeutung des Kleidungs- und Wohnbedürfnisses sei zum Schluß noch erwähnt, daß die Ausgaben für ersteres in den drei Wohlhabenheitsstufen mit wachsendem Einkommen eine geringe prozentuale Steigerung aufzuweisen haben. Der Anteil der Ausgaben für das Wohnbedürfnis im Verhältnis zu den Gesamthaushaltsausgaben zeigt ein unregelmäßiges Verhalten.

Zweiter Teil.

Die Bedeutung der Preisentwicklung für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung.

Erster Abschnitt.

Die Gestaltung der Wohlhabenheits-, Lohn- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung Halles in Gegenüberstellung zur Preisentwicklung.

Die Preisgestaltung der menschlichen Bedarfsobjekte auf der einen Seite, die Entwicklung der Lohn- und Einkommensverhältnisse, in der die Kaufkraft der Bevölkerung zum Ausdruck gelangt, auf der anderen, bilden im allgemeinen die beiden ausschlaggebenden Faktoren für den jeweiligen Grad der menschlichen Bedürfnisbefriedigung. Je nachdem, auf welcher der beiden Seiten sich dabei ein Überschuß ergibt, muß die durchschnittliche Lebenshaltung der Bevölkerung, der Standard of life, insbesondere dort, wo noch mehr ein Leben von der Hand in den Mund stattfindet, herabgehen oder aber eine Steigerung erfahren. Der Arbeiter wird im allgemeinen weniger nach der Höhe und dem Steigen der Preise der Konsumtionsartikel, derer er bedarf, fragen, wenn nur sein Lohn im angemessenen Verhältnis zu diesen Preisen steht und sich bewegt, die Summe der Bedarfsobjekte, die er mit letzterem sich verschaffen kann, die gleiche bleibt, oder aber im Zunehmen begriffen ist, er somit einen quantitativen oder qualitativen Mehrkonsum zu erschwingen vermag; die Summe der Kulturgüter, an denen er Teil hat, wachsend eine größere wird. Daher wird er auch meist weniger Gewicht auf ein Zurückgehen der Preise irgendwelcher Bedarfsgegenstände legen, als auf eine Erhöhung seines Lohnes. Letztere ist ihm in erster Linie Ansporn und Mittel, seine gesamte Lebenshaltung zu erhöhen.

Letzten Endes muß also eine Untersuchung nach dieser Richtung hin auf die Beantwortung der Frage hinauslaufen: Haben entsprechend der

Preisentwicklung der gewöhnlichsten Lebensbedingungen die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung eine Veränderung erfahren, mit der Preisentwicklung Schritt gehalten, oder ist etwa die Preisentwicklung der Entwicklung der Lohn- und Einkommensverhältnisse voraus geeilt oder aber hinter dieser zurückgeblieben, und in welchem Grade ist solches in den verschiedenen Bevölkerungskreisen der Fall gewesen?

Ehe wir jedoch im einzelnen auf die Entwicklung der Lohn- und Einkommensverhältnisse der halleschen Bevölkerung eingehen, soll zuvor noch ein Blick auf die allgemeine Entwicklung der Wohlhabenheitsverhältnisse in Halle, wie sie sich aus den Steuerveranlagungsresultaten ergeben und in denen sich erstere im gewissen Sinne widerspiegeln, geworfen werden.

Tabelle XVII. Ergebnisse der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer in Halle 1895—1909[1].

Jahr	insgesamt	Zahl der Zensiten mit einem Einkommen von:											
		900 bis 3000 Mk.		3000 bis 6500 Mk.		6500 bis 9500 Mk.		9500 bis 30 500 Mk.		30 500 bis 100000 Mk.		mehr als 100000 Mk.	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1895	15 205	12 395	81,52	1592	10,37	561	3,69	550	3,62	89	0,59	18	0,12
1896	16 933	13 975	82,49	1699	10,04	558	3,29	582	3,45	101	0,59	18	0,11
1897	17 923	14 650	82,19	1857	10,42	594	3,33	599	3,36	104	0,58	19	0,11
1898	19 667	16 224	82,54	2056	10,45	613	3,11	635	3,23	113	0,57	26	0,12
1899	21 121	17 404	82,40	2235	10,58	653	3,09	684	3,24	124	0,59	21	0,09
1900	25 696	21 487	83,62	2568	9,99	721	2,80	748	2,91	145	0,55	27	0,10
1901	27 929	23 587	84,45	2637	9,44	756	2,71	765	2,74	152	0,54	32	0,11
1902	28 485	23 951	84,08	2783	9,73	776	2,72	771	2,70	160	0,56	44	0,15
1903	28 128	23 539	83,69	2874	10,22	763	2,71	747	2,66	163	0,58	42	0,14
1904	28 860	24 209	83,88	2894	10,00	802	2,78	747	2,59	167	0,58	41	0,14
1905	30 946	26 142	84,48	3001	9,70	820	2,65	782	2,53	171	0,55	30	0,10
1906	33 398	28 387	85,05	3082	9,23	869	2,60	830	2,47	193	0,56	37	0,08
1907	37 831	32 658	86,33	3376	8,93	697	1,83	869	2,29	198	0,52	33	0,08
1908	40 158	34 590	86,13	3680	9,16	733	1,82	917	2,28	206	0,51	32	0,08
1909	38 941	33 308	85,53	3677	9,44	762	1,96	956	2,45	203	0,52	35	0,09

Die Zahl der in Halle zur Staatseinkommensteuer veranlagten Zensiten hat sich im Laufe der letzten 15 Jahre reichlich verdoppelt, stieg von 15 205 im Jahre 1895 auf 38 941 im Jahre 1909. Hinsichtlich der auf die einzelnen Steuerstufen entfallenden Zahl der Zensiten zeigen aber schon

[1] Verwaltungsberichte der Stadt Halle a. S. für 1895 ff., Abschnitt „Steuer- und Finanzverhältnisse".

die absoluten Zahlen der Zunahme deutlich eine Differenzierung. Die stärkste Steigerung hat die Zahl der Zensiten in der Steuerstufe von 900 bis 3000 Mk. erfahren, wo sie sich nahezu verdreifacht hat. Dann folgen die Stufen von 3000—6500 Mk. und 30 500—100 000 Mk., in beiden ist reichlich eine Verdoppelung der Zensitenzahl eingetreten. Etwas weniger stark erhöht hat sich die Zahl der Steuerzahler in den Stufen von 6500 bis 9500 Mk., 9500—30 500 Mk. und in der von mehr als 100 000 Mk.

Lassen also schon die absoluten Zahlen die stärker zunehmende Zahl der kleinen und mittleren Einkommen nicht verkennen, so ist diese Tatsache noch deutlicher zu ersehen aus der Verschiebung, welche in der Quote, mit der die Zahl der Zensiten in den einzelnen Steuerstufen an der Gesamtzensitenzahl beteiligt ist, eingetreten ist. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Zensiten hat hier allein die Steuerstufe von 900—3000 Mk. eine Steigerung aufzuweisen. Die Zahl der Zensiten zeigt, abgesehen von wenigen unbedeutenden Schwankungen, eine fast ständige Steigerung von 81,52 % der Gesamtzensitenzahl im Jahre 1895 auf 85,53 % im Jahre 1909. In den übrigen Steuerstufen ergibt sich demgegenüber ein, wenn auch im einzelnen unerhebliches Zurückgehen der Zahl der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Veranlagten.

In welcher Weise die Steuerkraft der Bevölkerung und insbesondere die der unteren Klassen gewachsen ist, zeigt ein Vergleich des zur Steuerleistung herangezogenen Prozentsatzes der Bevölkerung. Vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1906 stieg dieser unter Zugrundelegung der Zahl der Zensiten und der zugehörigen Haushaltungsangehörigen von 53,6 auf 70,9 %. Diese 53,6 bzw. 70,9 % verteilten sich in den beiden genannten Jahren auf die einzelnen Steuerstufen in folgender Weise[1]:

	1895/96	1906
900— 3 000 Mk.	43,1 %	59,1 %
3 000— 6 500 „	5,9 „	7,3 „
6 500— 9 500 „	2,0 „	2,0 „
9 500— 30 500 „	2,1 „	2,1 „
30 500—100 000 „	0,4 „	0,4 „
über 100 000 „	0,1 „	0,1 „
	53,6 %	70,9 %

Die Zunahme der zur Steuerzahlung herangezogenen Bevölkerung von 17,3 % entfällt also fast ausschließlich, nämlich zu 16 % auf die

[1] Verwaltungsbericht der Stadt Halle a. S. für das Jahr 1906, S. 214.

Steuerstufe von 900—3000 Mk., während für die Gesamtheit der übrigen Stufen nur ein Satz von 1,3 % verbleibt.

Aus alledem ergibt sich ein Zunehmen der Wohlhabenheit speziell in den unteren Bevölkerungsklassen, ein stetes Wachsen der Einkommen der kleinen Leute, der kleinen Beamten und der besonders zahlreichen Arbeiterbevölkerung.

Daß sich vor allem die Einkommensverhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung und zwar des wirtschaftlich schwächsten Teiles derselben nachhaltig gebessert haben, geht zunächst einmal aus der Entwicklung des sogenannten ortsüblichen Tagelohnes hervor. Darunter ist derjenige Tagelohn zu verstehen, wie er zu Zwecken der Krankenkassenversicherung von der höheren Verwaltungsbehörde, wobei sowohl die Gemeindebehörden, wie die Vertreter der Arbeitgeber und der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer gehört werden, festgesetzt wird.

Tabelle XVIII. Der ortsübliche Tagelohn in Halle 1892—1909[1], in Mark.

Arbeiter	1892	1901	1909	Steigerung in % von 1892—1909	Steigerung in % von 1901—1909
über 16 Jahr					
männlich	2,20	2,45	3,30	50	35
weiblich	1,10	1,10	1,50	36	36
unter 16 Jahr					
männlich	1,20	1,40	1,50	25	7
weiblich	1,00	0,90	1,20	20	33

Danach hat der ortsübliche Tagelohn in den letzten zwei Jahrzehnten für männliche Arbeiter über 16 Jahre eine Steigerung von 50 %, für weibliche Arbeiter über 16 Jahre eine solche von 36 %, für Arbeiter beiderlei Geschlechts unter 16 Jahr eine solche von 25 bzw. 20 % erfahren. Die hauptsächlichste Steigerung des Lohnes hat sich mit Ausnahme des für männliche Arbeiter unter 16 Jahr im letzten Jahrzehnt vollzogen. Sie belief sich für männliche Arbeiter über 16 Jahre von 1901 bis 1909 auf 35 %, von 1892—1901 dagegen nur auf 15 %; für weibliche Arbeiter über 16 Jahre betrug sie von 1901—1909 36 %, von 1892—1901 ist keine Steigerung eingetreten. Für männliche Arbeiter

[1] Nach Wolff, „Der ortsübliche Tagelohn in der Provinz Sachsen. 1892 bis 1909." Statistische Monatsberichte der Stadt Halle a. S. 3. Jahrg. Nr. 11 S. 24 ff.

unter 16 Jahr stieg der Lohn von 1901—1909 um 7 %, von 1892 bis 1901 um 18 %; für weibliche Arbeiter unter 16 Jahr von 1901 bis 1909 um 33 %, während von 1892 auf 1901 eine Lohnreduktion eingetreten war.

Da sich das Gros der Arbeiter aus männlichen Arbeitern über 16 Jahre zusammensetzt, so ist auf Grund dieser Angaben eine Steigerung des ortsüblichen Tagelohnes von 40—45 % als eine etwa dem Durchschnitt entsprechende anzusehen. Für männliche und weibliche Arbeiter über 16 Jahre würde sich eine solche von 41 % ergeben. Mit dieser Lohnsteigerung steht Halle an der Spitze sämtlicher Städte der Provinz Sachsen[1], was bei seiner in den letzten Jahrzehnten schnellen industriellen Entwicklung und seinem zunehmend großstädtischen Charakter nicht wundernehmen kann.

Ebenso wie der ortsübliche Tagelohn hat auch der Lohn der sogenannten städtischen Arbeiter, d. h. der von der Stadt regelmäßig beschäftigten Tagelöhner eine wesentliche Erhöhung erfahren. Allerdings lassen sich hier Angaben über die Steigerung der absoluten Höhe des Lohnes nicht machen. Es kann vielmehr nur gezeigt werden, wie in der Zahl der in einer bestimmten Lohnklasse beschäftigten Arbeiter im Laufe der Jahre eine Verschiebung stattgefunden hat. Es betrug im Jahre 1902 die einer Lohnklasse von 3—4 Mk. täglichen Lohn angehörende Zahl dieser Arbeiter 66,5 % der Gesamtzahl, 1907 dagegen schon 77,2 %. Ein Vergleich mit den zuvor angeführten Sätzen des ortsüblichen Tagelohnes für Arbeiter über 16 Jahre von 3,30 Mk. im Jahre 1909 ergibt also, daß schon im Jahre 1907 mehr als $^3/_4$ aller städtischen Arbeiter diesen ortsüblichen Tagelohn, in vielen Fällen einen noch höheren Lohn bezogen.

Bei der besonderen Bedeutung, welche vorwiegend die schwere Industrie für die Entwicklung der Stadt Halle schon seit den 70er Jahren gewonnen hat, mußte es weiterhin von Wichtigkeit erscheinen, einige Unterlagen für die Entwicklung der Lohnverhältnisse der zahlreichen in den Maschinenfabriken und Eisengießereien beschäftigten Arbeiter zu haben.

In einer größeren halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei[2] ist die Bewegung der Lohnsätze in den letzten 15 Jahren folgende gewesen:

---

[1] Wolff a. a. O. S. 25.

[2] Die Löhne sind uns von der Direktion der Halleschen Maschinenfabrik A.-G. freundlichst zur Verfügung gestellt. Der Berechnung derselben liegt zugrunde der pro Stunde gezahlte Akkordlohn. Dabei ist eine durchschnittliche Arbeitszeit von 9 Stunden angenommen, in der Regel beträgt diese $9^1/_2$ Stunden. Die Löhne stehen demnach in Wirklichkeit noch etwas höher. Es handelt sich ferner um Nettolöhne, d. h. vom Lohn sind schon die Beiträge zur bestehenden Betriebskrankenkasse in Abzug gebracht.

Tabelle XIX. Lohnsätze in einer Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei 1895—1910 (durchschnittlicher Tagelohn in Mark).

Arbeiter	1895	1900	1905	1910	Steigerung in % von 1895 auf 1910
1. Schlosser	3,61	4,02	4,06	4,41	22,4
2. Dreher	3,83	4,21	4,23	4,50	17,3
3. Hobler	3,25	3,77	3,88	4,02	24,0
4. Bohrer	3,57	3,68	3,82	3,87	8,4
5. Schmiede	4,41	4,63	4,68	4,86	11,1
6. Kupferschmiede	3,33	3,86	4,00	4,33	30,0
7. Hilfsarbeiter der Kupferschmiede	2,32	2,45	2,76	3,15	35,6
8. Hof- und Maschinenfabrikarbeiter	2,44	2,72	2,88	3,16	29,1
9. Kesselschmiede	3,55	3,74	3,91	4,32	21,8
10. Hilfsarbeiter der Kesselschmiede	2,77	2,93	2,97	3,33	20,1
11. Former	3,89	4,89	4,95	5,07	30,3
12. Hilfsarbeiter der Former	2,56	3,03	3,13	3,46	35,1
13. Tischler	3,67	4,10	4,67	5,05	34,8
14. Hilfsarbeiter der Tischler	2,66	2,75	2,94	3,14	17,0
Durchschnitt aller Arbeiter	3,27	3,64	3,78	4,05	23,6

Die aufgeführten Löhne erfordern besondere Aufmerksamkeit, da hier Angaben für die verschiedensten Arbeiterkategorien — ungelernte wie gelernte Arbeiter — nebeneinander stehen. Den weitaus größten Teil nehmen allerdings die gelernten Arbeiter ein.

Im Durchschnitt aller Arbeiter ist im Verlauf der letzten drei Jahrfünfte eine Steigerung des Lohnes von nahezu 24 % eingetreten, und zwar hat sich diese über den ganzen Zeitraum hinweg mit ziemlicher Gleichmäßigkeit vollzogen.

Die Intensität der Lohnsteigerung bei den verschiedenen Arbeiterkategorien ist aber eine zum Teil wesentlich voneinander verschiedene gewesen. Deutlich läßt sich das fast durchgehend stärkere Steigen der Löhne der ungelernten Arbeiter (Gruppe 7, 8, 10, 12 und 14) im Gegensatz zu denen der gelernten Arbeiter (Gruppe 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 11 und 13) erkennen. Die nachhaltigste Aufbesserung bei den ungelernten Arbeitern haben wieder die Löhne der Hilfsarbeiter der Kupferschmiede mit 35,6 %, der Hilfsarbeiter der Former mit 35,1 % und der Hof- und Maschinenfabrikarbeiter mit 29,1 % erfahren. Im Durchschnitt aller ungelernten Arbeiter ergibt sich eine Lohnsteigerung von 27—28 %. Ebenso ist bei den gelernten Arbeitern die Lohnerhöhung der einzelnen Klassen eine voneinander abweichende gewesen. Die größte Steigerung zeigen hier die

Löhne der höchstqualifizierten Arbeiter, der Tischler mit 34,8 %, der Former mit 30,3 % und der Kupferschmiede mit 30 %. Demgegenüber muß die Lohnerhöhung der Schmiede um 11,1 % und Bohrer um nur 8,4 % als eine überaus geringe erscheinen. Trotz der mäßigen Aufwärtsbewegung ihrer Löhne gehören aber die Schmiede mit einem durchschnittlichen Tagelohn von 4,86 Mk. im Jahre 1910 neben den Formern und Tischlern zu den bestbezahlten Arbeitern. Der Lohn der Schmiede ist zwar nur wenig gestiegen, stand aber im Jahre 1895 mit 4,41 ziemlich erheblich über dem Niveau desjenigen aller übrigen Arbeiter. Die demnächst am höchsten bezahlten Arbeiter waren die Former, die aber mit einem Lohn von 3,89 Mk. hinter jenen noch weit zurückstanden. Während aber im Laufe der Jahre sich die an die Tätigkeit der Schmiede gestellten Forderungen nur wenig erhöht haben, ist gerade bei Formern und Tischlern eine besonders hohe Qualifikation in der Arbeit eingetreten, worauf die gegenüber jenen auffallend starke Lohnerhöhung zu einem Teil mit zurückzuführen ist. Umgekehrt hat sich bei den Bohrern ein Übergang vom gelernten Arbeiter zum ungelernten vollzogen. Hinsichtlich der manuellen Geschicklichkeit sind aber hier erhöhte Anforderungen an den Arbeiter kaum gestellt worden; ihre Tätigkeit hat sich im Gegenteil nach und nach vielmehr immer ausschließlicher auf das Führen der Bohrmaschine beschränkt. Immerhin steht auch der Lohn dieser Arbeitergruppe im Jahre 1910 noch erheblich über dem des bestgelohntesten ungelernten Arbeiters.

Im Durchschnitt aller gelernten Arbeiter beträgt die Lohnerhöhung im Vergleich zum Jahre 1895 im Jahre 1910 ca. 22 %.

Unter der Annahme, daß die Lohnsteigerung auch im Jahrfünft 1890—1895 mit durchschnittlich der gleichen Intensität vor sich gegangen ist, wie in den letzten 15 Jahren, welche aber bei der in jenen Jahren herrschenden günstigen Konjunktur und guten Beschäftigung der Arbeiter, vielleicht noch zu gering erscheint[1], ergibt sich in den beiden letzten Jahrzehnten eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne von ca. 32—33 %. Für gelernte Arbeiter eine solche von etwa 30, für ungelernte eine solche von 37 %.

Daß die Lohnsteigerung der hier aufgeführten Arbeiter der des ortsüblichen Tagelohnes nicht ganz entspricht, erklärt sich in der Hauptsache aus folgenden Umständen:

[1] Die zu Beginn der 90er Jahre gezahlten hohen Dividenden in dem gedachten Aktienunternehmen rechtfertigen diese Annahme.

Einmal stehen die Löhne der Arbeiter an sich ziemlich hoch, wenn wir bedenken, daß sie die gezahlten Nettolöhne, d. h. die Löhne abzüglich der zur Betriebskrankenkasse zu leistenden Beiträge darstellen und nur für eine neunstündige Arbeitszeit berechnet sind. Dann aber haben wir es hier auch bei den ungelernten Arbeitern mit solchen zu tun, die das ganze Jahr über regelmäßig beschäftigt sind, was von einem großen Teil der Arbeiter, auf die sich die Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes bezieht, nicht gesagt werden kann. Arbeiterentlassungen oder Verkürzung der Arbeitszeit haben in dem Betriebe, dem die Löhne entnommen sind, in den letzten 20 Jahren überhaupt keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle gespielt. Hinzu kommt, daß die Arbeiter schon seit dem Jahre 1890, und zwar gelernte und ungelernte in gleicher Weise, jährlich einen Bonus vom Reingewinn beziehen[1]. Ziehen wir all dieses in Erwägung, so erscheint es begreiflich, wenn die Steigerung der Löhne der des ortsüblichen Tagelohnes nicht ganz entsprochen hat. Schlechtere Lohnverhältnisse sind dadurch durchaus nicht bedingt gewesen. Die ganze Lebensstellung der Arbeiter ist vielmehr schon von jeher eine besonders sichere und sich mehr der Stellung eines Beamten nähernde gewesen, was in größerem Umfange nur als wünschenswert und erstrebenswert erscheinen kann. — Auch wird die Lohnsteigerung im allgemeinen dort immer keine derartig nachhaltige sein, wo die Löhne an sich schon hoch stehen, als dort, wo sie noch ausnahmsweise tief stehen.

Die Tatsache der stärkeren Lohnsteigerung bei den ungelernten Arbeitern, wie sie hier auftritt, muß einen jeden ebenso wie die nachhaltige Steigerung des ortsüblichen Tagelohnes mit besonderer Befriedigung erfüllen.

Von welcher Bedeutung in den letzten Jahrzehnten der Grad der Beschäftigung des Arbeiters, d. h. ob in dieser häufiger ein Ausfall eintritt, für die Steigerung der Löhne gewesen ist, zeigt besonders anschaulich die Entwicklung der Lohnverhältnisse im Baugewerbe.

Es gibt wohl kaum ein anderes Gewerbe, in dem längere, unfreiwillige Unterbrechungen in der Arbeitstätigkeit eine so große Rolle spielen, wie gerade im Baugewerbe. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn man dem mit der Einstellung der Arbeit verbundenen zeitweisen Lohnausfall durch eine stärkere Steigerung der Löhne Rechnung getragen hat, in der Erwartung, daß der Arbeiter zu Zeiten guter Beschäftigung einen

[1] Und zwar je nach Dienstalter 3, 2, 1 und 1/2 Mk. pro Prozent gezahlter Dividende, welche Beträge 1893 auf 4, 2 2/3, 1 1/3 und 2/3 Mk. erhöht worden sind.

gewissen Lohnüberschuß zurücklege, der ihm und seiner Familie dann später zu Zeiten der völligen oder teilweisen Arbeitslosigkeit zur Verfügung steht und ihm über die Zeit des mangelnden Verdienstes hinweghilft. So haben in den letzten 20 Jahren die Stundenlöhne der Maurer und Zimmergesellen eine Steigerung von ca. 50 %, die der ungelernten Bauarbeiter, Handlanger usw. sogar eine solche von 70 % erfahren.

Tabelle XX. Die Stundenlöhne[1] für Maurer und Zimmerer (Gesellen) und Arbeiter (ungelernte Arbeiter) in Halle betrugen:

im Jahre	Gesellen	Arbeiter	im Jahre	Gesellen	Arbeiter
1890	40 Pf.	27—28 Pf.	1901	45 Pf.	35 Pf.
1891	38 „	27—28 „	1902	45 „	35 „
1892	36—40 „	27—28 „	1903	45 „	35 „
1893	36 „	28 „	1904	48 „	38 „
1894	36—38 „	28 „	1905	48 „	38 „
1895	36—38 „	28 „	1906	50 „	40 „
1896	40 „	30 „	1907	52 „	42 „
1897	37 „	30 „	1908	55 „	45 „
1898	40—45 „	30 „	1909	56 „	46 „
1899	45 „	30—35 „	1910	57 „	47 „
1900	45—50 „	38 „	1911	58—60 „	48—50 „

1912 bis 31. III. 1913 Gesellen 62 Pf., Arbeiter 52 Pf.

Es erhellt also, wie einmal die Lohnerhöhung eine den dem Baugewerbe eigentümlichen Arbeitsverhältnissen entsprechende, besonders nachhaltige gewesen ist, was allerdings auch mit auf den Umstand zurückgeführt werden muß, daß die Organisation der Arbeiterschaft im Baugewerbe von jeher eine besonders starke gewesen ist und hier vielfach Lohnerhöhungen erzwungen worden sind, wofür ja auch die im Baugewerbe besonders zahlreichen Streiks deutlich sprechen. Auf der anderen Seite ist zu ersehen, wie auch hier in den Lohnverhältnissen des ungelernten Arbeiters wieder eine wesentlich erheblichere Aufbesserung eingetreten ist, als in denen des gelernten Arbeiters. Der Intensität nach war die Lohnsteigerung am größten im letzten Jahrzehnt. Allein im Jahrfünft 1906 bis 1910 hat eine Lohnerhöhung von 20 – 25 % stattgefunden.

In besonders nachhaltiger Weise sind auch die Lohnsätze der Handwerker in den letzten 20 Jahren gestiegen[2].

---

[1] Nach Angaben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Halle a. S. und Umgebung.

[2] Die Angaben über die Lohnverhältnisse im Handwerk stützen sich in der Hauptsache auf Anfragen bei Handwerks- und Innungsmeistern.

Am meisten in jenen Gewerben, wo in größerem Umfange noch das alte Verhältnis besteht, daß der Geselle sich beim Meister in Kost und Wohnung befindet und daneben einen bestimmten Wochenlohn bezieht. Daß gerade in diesen Handwerken die Lohnerhöhung stärker zutage getreten ist, beruht in der Hauptsache wohl darauf, daß der Geselle zumeist sich heute nur noch ungern in ein derartig mehr patriarchalisches Verhältnis zum Meister begibt. Die Vorteile, die ihm dieses gerade in der neueren Zeit bietet, wo Kost und Wohnung sich erheblich verteuert haben[1], verkennend, zieht er es vor, in der Fabrik oder beim Meister allein gegen baren Lohn zu arbeiten, im übrigen aber möglichst frei und unabhängig zu leben. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn in jenen Gewerben, wo dieses Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen noch besteht, bzw. notwendigerweise mit der Natur des Handwerks verbunden ist, man die Löhne, um sich die erforderlichen Arbeitskräfte zu verschaffen, stärker hat erhöhen müssen.

In Betracht kommen hier insbesondere das Bäcker- und Fleischergewerbe, dann aber noch das Schmiede- und Schornsteinfegergewerbe. In diesen haben sich die gezahlten Wochenlöhne gegen Anfang der 90er Jahre etwa verdoppelt. — Im Bäckergewerbe sind die Wochenlöhne gestiegen von 4—5 auf 8—12 Mk.; im Fleischergewerbe von 6 auf 12 bis 13 Mk., im Schmiedehandwerk von 3,50—4 Mk. auf 7—8 Mk., im Schornsteinfegergewerbe von 6 auf 10—12 Mk.[2].

Nicht ganz so stark haben sich meist die Lohnverhältnisse in den übrigen Gewerben gebessert. Vielfach lassen sich auch hier die gegenwärtigen Verhältnisse mit den früheren im einzelnen nicht vergleichen, weil eben früher in ausgedehnter Weise dem Gesellen Kost und Wohnung und daneben ein Wochenlohn gewährt wurde, was heute in der Hauptsache nicht mehr der Fall ist.

So sind die Löhne im Schneidergewerbe seit 1890 in verschiedenen Perioden, teils infolge ausgedehnter Streiks, teils infolge der allgemeinen Geschäftslage, bis zu 50 % gestiegen. Die Wochenlöhne, neben denen Kost und Wohnung gewährt wird, noch mehr, von 6 auf 12 Mk. Die Löhne der Tagschneider haben eine Erhöhung von 18 auf 30 Mk. wöchentlich erfahren. Die Stücklöhne sind heute infolge der zahlreichen Extraarbeiten, welche seit Abschluß der Lohntarife in den Jahren 1905 und 1910 fest-

[1] Daher nimmt anderseits im allgemeinen der Meister heute Gesellen, wo solches nicht unbedingt erforderlich ist, nur ungern in Kost und Wohnung.

[2] Im Schornsteinfegergewerbe findet zumeist eine Lohnregulierung auf Anordnung von seiten der Regierung statt.

gelegt sind, und besonders verrechnet werden, bis zu 75 % höher als im Jahre 1890. Ein Mangel an Gesellen im Schneidergewerbe, wie er früher vorhanden war, ist zurzeit nicht mehr zu verspüren. Die nachhaltige Lohnsteigerung hat zur Beseitigung desselben sicher mit beigetragen.

Im Tischlergewerbe hat sich gegen 1890 der pro Stunde gezahlte Minimallohn von 35 auf 49 Pf., also um 31 %, im Korbmachergewerbe um ca. 40 % erhöht. Der Minimalstundenlohn für Glasergesellen ist nach den zwischen der Glaserinnung und den Glasergesellen vereinbarten Lohntarifen aus den Jahren 1903 und 1910 von 35 auf 57 Pf., d. h. um ca. 60 % erhöht. Im Malergewerbe betrug der durchschnittliche Stundenlohn 1896: 44 Pf., 1900: 48 Pf., 1905: 50 Pf., 1911: 60 Pf. Das bedeutet eine Steigerung von reichlich 36 % in den letzten 15 Jahren.

Eine besondere Kategorie von Arbeitern bilden die Kutscher. Was die Kutscher der Lastfuhrwerke angeht, so ist deren Wochenlohn seit Beginn der 90er Jahre von 16 auf 21 Mk., um ca. 32 % gestiegen. Nur wenig scheinen sich dagegen die Lohnverhältnisse der Kutscher der Luxusfuhrwerke gebessert zu haben. Allerdings läßt sich hier die Lohnentwicklung nur schwer übersehen, da im Luxusfuhrgewerbe ganz eigenartige Verhältnisse vorliegen. Die Kutscher der Droschken und Taxameter erhalten schon seit den 90er Jahren ein tägliches Lohnfixum von 1 Mk.; daneben ca. 15 bis 20 % der für die am Tage gemachten Fahrten eingenommenen Gelder. Je nach Zahl und Art letzterer schwankt der Tages- und Wochenverdienst ziemlich erheblich. Der Preis für die einzelnen Fuhren und damit jener prozentuale Anteil des Kutschers an den Tagegeldern hat sich aber im Laufe der Jahre nur wenig erhöht. In der Hauptsache nur für Hochzeitsfuhren, wo heute eine Taxe von 2 Mk. gilt, früher eine solche von 1,50 Mk. erhoben wurde. Bedeutender sind dagegen die Einnahmen der Kutscher zweifellos gestiegen infolge des zunehmenden Trinkgelderunwesens, dem zahlenmäßig allerdings nicht nachzukommen ist. Von den Kutschern selbst wird solches meist rundweg bestritten. Zu bedenken ist weiterhin, daß die Ausgaben des Kutschers für Kleidung ständig sehr geringe sind. Der Fuhrherr liefert Mantel, Schuhe, Mütze, Hut usw. Was der Kutscher sonst an Kleidung braucht, ist verhältnismäßig wenig. Nach Angaben eines größeren Fuhrwerksbesitzers stellt sich heute die Jahreseinnahme eines Kutschers immerhin im Durchschnitt auf etwa 900—1000 Mk. Verdienste von 1100—1300 Mk. sind nicht selten. Die Kutscher gehören in Anbetracht dessen jedenfalls bei weitem noch nicht zu dem wirtschaftlich schwächsten Teile der Bevölkerung Halles.

Ebenso wie die Lohnverhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung

haben die Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten und Angestellten in Halle in den letzten Jahrzehnten eine wesentliche Aufbesserung erfahren.

Ein Nachteil hinsichtlich der Besoldungsverhältnisse der städtischen Beamten wie im erhöhten Maße noch bei den Staatsbeamten liegt aber zweifellos im allgemeinen insofern vor, als hier eine Erhöhung des Einkommens meist erst nach Verlauf eines längeren Zeitraumes eintritt und daher häufig eine bedeutendere Preissteigerung der Bedarfsobjekte schon lange zur Wirkung gekommen sein kann, während die Gehaltsverhältnisse noch längere Zeit hindurch dieselben geblieben sind. Tritt eine Aufbesserung der Bezüge ein, so ist sie zwar meist eine besonders nachhaltige, muß aber dann eben auch wieder für längere Zeit vorhalten. Demgegenüber vermag die Arbeiterbevölkerung, die heute infolge ihrer ausgedehnten Organisation gegenüber dem Unternehmer einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor darstellt, die Lohnverhältnisse im allgemeinen viel schneller den Preis-, wie überhaupt den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, bzw. auch durch das Mittel der Tarifverträge nach dieser Richtung hin freiere Hand zu behalten. Auf der anderen Seite hat sie beim Eintreten wirtschaftlicher Krisen allerdings weit mehr unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden und steht infolge mangelnden Verdienstes wesentlich schlechter da als der Beamte, der auch zu solchen Zeiten seines festen Einkommens in gleicher Weise und Höhe sicher ist.

In den letzten Jahrzehnten kann sich aber dieser Nachteil einer verzögerten Gehaltsaufbesserung bei den städtischen Beamten in Halle nur wenig fühlbar gemacht haben. Eine durchgreifende Neuregelung der Besoldungsverhältnisse trat ein in den Jahren 1897 und 1907, sowie 1910, also vor dem allgemeinen Anziehen der Preise zu Beginn des letzten Jahrzehnts und wenn auch nicht sofort, so doch kurz nach dem Einsetzen der nachhaltigen Preissteigerung des letzten Jahrfünfts.

(Siehe Tabelle XXI S. 81.)

Allerdings hatte die Aufbesserung der Bezüge der städtischen Beamten im Jahre 1907 besonders hinsichtlich einiger unterer und mittlerer Beamtenkategorien nur den notwendigsten Bedürfnissen Rechnung getragen. Sie[1] konnte als ein Abschluß in der Fürsorge der Stadtverwaltung für eine angemessene Besoldung ihrer Beamten nicht gelten; da vor allem

[1] Wir folgen hier im wesentlichen den Ausführungen im Verwaltungsberichte der Stadt Halle a. S. für das Jahr 1909 über die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der städtischen Beamten.

Tabelle XXI. Entwicklung der Gehaltssätze der Beamten und Angestellten der Stadt Halle a. S. (1890–1910)[1].

	1890		1907		1910		Steigerung in % gegen 1890
	Gehalt steigend von Mk. auf "	mittleres Gehalt Mk.	Gehalt steigend von Mk. auf "	mittleres Gehalt Mk.	Gehalt steigend von Mk. auf "	mittleres Gehalt Mk.	
Verwaltungsbeamte:							
Bureauvorsteher usw., Ob.-Sekr.	1800—3800	2800	2700—4500	3600	3000—4800	3900	39
Sekretäre	1500—3200	2350	2200—3700	2950	2400—4200	3300	40
Assistenten	1300—2400	1850	1800—3100	2450	3000—3300	2650	40
Kanzlisten	900—1500	1200	1500—2400	1950	1600—2600	2100	75
Bureaugehilfen	—	—	1200—1900	1550	1400—2000	1700	9
Steuererheber usw.	—	—	1400—2000	1700	1500—2100	1800	6
Boten usw.	—	—	1350—1800	1575	1450—1900	1675	6
Polizei-Exekutivbeamte:							
Oberpolizeiinspektor	5000	5000	5500—7000	6250	6000—7500	6750	35
Polizeiinspektoren	3000	3000	3900—5100	4500	3900—5300	4600	53
Polizeikommissare	1950—3000	2475	2500—4000	3250	2700—4500	3600	45
Polizeiwachtmeister	1566	1566	1900—3000	2450	2100—3200	2650	69
Polizeisergeanten	1200—1500	1350	1600—2100	1850	1700—2300	2000	48
Technische Beamte[2]:							
Oberingenieur	3000	3000	5100—7260	6180	5500—7500	6500	116
Bauinspektoren	4800—6000	5400	5100—7260	6180	5500—7500	6500	20
Vermessungsinspektoren	3000—4500	3750	3600—5760	4680	4000—6000	5000	33
Heizungsingenieur	3000—4500	3750	3600—5760	4680	3600—5700	4650	24
Stadtbaumeister	3000—4500	3750	3600—5760	4680	4000—6000	5000	33
Schlachthofoberaufseher	1750	1750	1800—3000	2400	2000—3200	2600	48
Hallenaufseher	1300—1600	1450	1500—2100	1800	1600—2200	1900	31
Oberfeuerwehrmänner	1200—1800	1500	1500—2100	1800	1600—2300	1950	30
Feuerwehrfeldwebel	1650—2500	2075	1800—3000	2400	2000—3200	2600	25
Lehrer u. Lehrerinnen[3]:							
Oberlehrer	3528	3528	—	—	3580—8080	5830	65
Elementarlehrer an den Volksschulen	1200—2700	1950	—	—	2000—3900	2950	51,2
Elementarlehrerin	1050—1800	1425	—	—	1630—2880 1430—2680	2255 2055	57,5 44,2
Mittelschullehrer	1490—3200	2345	—	—	2450—4350 2150—4050	3400 3100	45 32,2
Mittelschullehrerin	1210—2200	1705	—	—	1780—3030 1705—2955	2405 2330	41 36,6
Technische Lehrerinnen an den Mittelschulen	850—1570	1210	—	—	1480—2730	2105	74

[1] Haushaltsetat der Stadt Halle a. S. für das Jahr 1890. Besoldungsordnungen aus den Jahren 1907 und 1909. Regulativ für die Besoldung der Magistrats-, Instituten- und Polizeibeamten der Stadt Halle a. S. vom 22. Januar 1897. Gesetz über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909.

[2] Bei den technischen Beamten beziehen sich, mit Ausnahme des Oberingenieurs die Gehaltssätze in der Spalte für 1890 auf das Jahr 1897.

[3] Dasselbe ist bei den Lehrern und Lehrerinnen mit Ausnahme der Oberlehrer der Fall.

auch die durch diese Regelung den Gemeindebeamten bewilligten Besoldungssätze hinter denjenigen der gleichwertigen Beamtenklassen des Reiches und des Staates vielfach recht erheblich zurückblieben. Da aber der Staat und das Reich in Anerkennung berechtigter Wünsche im Jahre 1909, mit Rückwirkung vom 1. April 1908 ab, eine bedeutende Aufbesserung der Beamtenbesoldungen eintreten ließ und dadurch die Ungleichheit zwischen den Bezügen der Staats- und denjenigen der Gemeindebeamten zu ungunsten der letzteren ganz erheblich verschoben wurde, sah sich die Stadtgemeinde vor der unabwendbaren Notwendigkeit, zu Beginn des Jahres 1910 von neuem ihren Beamten den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechende Einkommensverhältnisse zu schaffen. Dieses um so mehr, als aus dem gleichen Anlasse sowohl die Provinzialverwaltungen als auch die meisten größeren Städte bereits eine Neuregelung der Gehälter ihrer Beamten vorgenommen hatten. Die zweifellos besonders nachhaltige Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten im Jahre 1910 ist aber ausdrücklich mit der Absicht geschehen, in den nächsten Jahren keine weiteren Aufbesserungen der Bezüge vorzunehmen.

Auf die verschiedene Gestaltung der Einkommensverhältnisse der einzelnen Beamtenkategorien näher einzugehen kann hier nicht unsere Aufgabe sein. Die Übersicht (Tabelle XXI) zeigt, daß es nach der Gehaltserhöhung vom Jahre 1910 kaum einen städtischen Beamten und Angestellten gibt, dessen mittleres Gehalt in den beiden letzten Jahrzehnten nicht eine Steigerung von mindestens 30 % erfahren hätte. In einigen Fällen ist die Gehaltserhöhung über diesen Satz sogar wesentlich hinausgegangen, in der Hauptsache aber nur dort, wo an das Können und die Fähigkeiten des Beamten heute Anforderungen gestellt werden, die sich mit den früher gestellten nicht vergleichen lassen[1], oder aber dort, wo die Besoldung entsprechend der sozialen Stellung des Beamten und Angestellten früher eine durchaus unangemessene war[2].

Im Vergleich zur Entwicklung der Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten hat sich die der unmittelbaren Staats-, der Eisenbahn-, Justiz-, Reichspost- und Telegraphenbeamten im allgemeinen weit weniger günstig gestaltet.

---

[1] Wie es etwa bei dem Oberingenieur der Fall gewesen ist.

[2] In erster Linie kommt hier wohl ein Teil der Lehrer und Lehrerinnen in Betracht.

Tabelle XXII. Die Entwicklung der Gehaltssätze einiger unmittelbarer Staats- und Reichsbeamten (1890—1911)[1].

	1890		1911		Steigerung des mittleren Gehaltes in % gegen 1890
	Gehalt steigend von Mk. auf „	mittleres Gehalt Mk.	Gehalt steigend von Mk. auf „	mittleres Gehalt Mk.	
Eisenbahnbeamte:					
Hauptkassenrendanten	4800	4800	4800— 6000	5400	12
Telegrapheninspektoren	3000—4000	3500	3600— 6600	5100	45
Hauptkassenkassierer	3000—3600	3300	3000— 4500	3750	13
Betriebs- und Verkehrskontrolleure	2700—3600	3150	2100— 4500	3300	4
Buchhalter und Eisenbahnsekretäre	2100—3600	2850	2100— 4500	3300	15
Stationsvorsteher I. Klasse	2100—3200	2650	2100— 4500	3300	24
„ II. „	1800—2400	2100	2000— 4000	3000	42
Betriebssekretäre	1500—2400	1950	1650— 3300	2475	27
Bahnmeister	1500—2100	1800	1650— 3300	2475	37
Lokomotivführer u. Maschinisten	1200—1800	1500	1400— 2500	1950	30
Zugführer und Steuerleute	1050—1350	1200	1400— 2100	1750	45
Telegraphisten und Lademeister	1050—1650	1350	1400— 2100	1750	30
Rangierer und Wagenmeister	1050—1500	1275	1400— 2100	1750	37
Weichensteller I. Klasse	990—1200	1095	1400— 1800	1600	45
Lokomotiv-, Maschinen- und Trajektheizer	900—1200	1050	1200— 1800	1500	42
Packmeister	1000—1300	1150	1400— 1800	1600	39
Schaffner, Portiers, Weichensteller, Billettschaffner, Kranmeister	810—1050	930	1100— 1500	1300	30
Fahrkartendrucker, Magazinaufseher	900—1350	1125	1200— 1700	1450	28
Justizbeamte:					
Oberlandesgerichtsrat	4800—6600	5700	6000— 7200	6600	13
Oberstaatsanwalt	7500—9900	8700	11 500	11500	32
Landgerichtspräsident	7500—9900	8700	7000—11500	9225	5
Staatsanwälte	2400—4800	3600	3000— 7200	5100	41
Land- und Amtsrichter	2400—6000	4200	3000— 7200	5100	21
Rechnungsrevisoren und Justizhauptkassenrendanten	4200—4800	4500	4200— 6000	5100	13
Gerichtsschreiber und Sekretäre beim Oberlandesgericht	2100—3600	2850	2100— 4500	3300	16
Gerichtsschreiber und Sekretäre beim Land- u. Amtsgericht	2100—3300	2700	1800— 4500	3300	22

[1] Staatshaushaltsetat für die Jahre 1890 und 1911; Anlage zum Gesetz betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für die Rechnungsjahre 1890 und 1911.

	1890		1911		Steigerung des mittleren Gehaltes in % gegen 1890
	Gehalt steigend von Mk. auf "	mittleres Gehalt Mk.	Gehalt steigend von Mk. auf "	mittleres Gehalt Mk.	
Gerichtsschreibergehilfen und Assistenten	1500—1800	1650	1650— 3300	2925	77
Kanzlisten beim Oberlandesgericht	1650—2250	1950	1650— 3000	2325	19
Kanzlisten beim Land- und Amtsgericht	1500—1800	1650	1650— 2700	2125	29
Gerichtsdiener beim Oberlandesgericht	960—1200	1080	1200— 1700	1450	34
Gerichtsdiener beim Land- und Amtsgericht	800—1200	1000	1200— 1700	1450	45
Reichspost- und Telegraphenbeamte:					
Oberpostdirektoren	7000—9000	8000	8000—12000	10000	25
Oberpostrat, Postrat und Postbaurat	4200—6000	5100	4200— 7200	5700	11
Post- u. Telegrapheninspektoren	2700—3600	3150	2500— 5000	3750	19
Postbauinspektoren	3600—4200	3900	3000— 7200	5100	30
Rendanten der Oberpostkasse	3600 -4800	4200	4800— 6000	5400	28
Oberpostkassenkassierer	3000 - 3600	3300	3000— 4500	3750	13
Oberpostdirektionssekretäre und Oberpostkassenbuchhalter	2100 -3600	2850	2100— 4500	3300	15
Bureauassistenten u. Kanzlisten	1700—2700	2200	1800— 3300	2550	16
Vorsteher von Postämtern, Bahnpost- u. Telegraphenämtern I. Klasse	3000—4500	3750	3000— 6000	4500	20
Oberpostsekretäre und Telegraphensekretäre, Vorsteher an Postämtern II. Klasse	2100—3600	2850	2100— 4500	3300	15
Postsekretäre und Telegraphensekretäre	1700—3500	2600	1800— 4200	3000	15
Oberpost- und Telegraphenassistenten	1700—2700	2200	1800— 3300	2550	15
Postassistenten u. Telegraphenassistenten	1500—1700	1600	1800— 3300	2550	59
Unterbeamte im inneren Dienst: bei Postämtern, Telegraphenämtern, im Ortsbestellungs- und Begleitungs- und im Telegraphenleitungsaufseherdienst, Oberpostpackmeister, Oberbriefträger, Postpackmeister, Postwagenaufseher, Briefträger, Postschaffner, Telegraphenleitungsaufseher	900—1500	1200	1100— 1700	1400	16
Landbriefträger	650— 900	775	1100— 1400	1250	61

Zwar stehen die Gehaltssätze der Reichs- und Staatsbeamten, insbesondere in Anbetracht der ihnen neben den Dienstbezügen gewährten Wohnungsgeldzuschüsse zurzeit höher als die der etwa im Range gleichstehenden Gemeindebeamten, doch ist die Steigerung der Gehaltssätze der erstgenannten in den letzten 20 Jahren hinter der der Gemeindebeamten in ziemlichem Umfange und vielfach erheblich zurückgeblieben. Eine derjenigen der Kommunalbeamten ähnliche Gehaltsaufbesserung haben in der Hauptsache nur die Unterbeamten bei der Eisenbahn, bei der Justiz — hier auch einige höhere Beamte — und ein nur kleiner Teil der Postunterbeamten (die Landbriefträger) und mittleren Post- und Telegraphenbeamten (Post- und Telegraphenassistenten) erfahren. Dagegen sind die Gehaltssätze eines großen Teiles der mittleren und höheren Beamten, insbesondere der Reichspost- und Telegraphenbeamten auch nicht annähernd derart gestiegen, wie die der Kommunalbeamten.

Was die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Privatangestellten angeht, so lassen sich Angaben darüber nur schwer machen. Das individuelle Können und das Dienstalter sind hier in der Hauptsache ausschlaggebend für die Bezahlung. Daß letztere bei den Angestellten der großen Kaufgeschäfte, insbesondere beim weiblichen Personal, zum Teil eine recht schlechte und vielfach vollkommen unzureichende ist, läßt sich nicht leugnen und beruht in erster Linie auf dem großen Überangebot an weiblichen und zwar meist gänzlich unvorgebildeten Kräften. Auf der anderen Seite ist aber zu bedenken, daß jene weiblichen Kräfte doch in der Mehrzahl der Fälle nicht selbständige Existenzen sind, sondern in der Familie leben und zum Einkommen des Haushaltes beitragen.

Fassen wir zum Schluß das über die Entwicklung der Wohlhabenheits-, Lohn- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung Halles zuvor Gesagte zusammen und stellen dem die Preisentwicklung gegenüber, so ergibt sich etwa folgendes:

Mit der insbesondere infolge der nachhaltigen Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel und der Mietpreise der Wohnungen in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Erhöhung der Lebenskosten, hat vor allem in den unteren Bevölkerungsklassen die Entwicklung der Lohn- und Einkommensverhältnisse in der Hauptsache zweifellos Schritt gehalten. Ja in jenen Kreisen ist letztere über erstere vielfach hinausgegangen; und zwar ist diese Tatsache wieder in den Kreisen der ungelernten schlechtestgelohnten Arbeiter besonders nachhaltig in die Erscheinung getreten. Letzteres muß einen jeden mit besonderer Genugtuung erfüllen.

Auch die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der städtischen Be-

amten und Angestellten ist hinter der Preisentwicklung im großen und ganzen nicht zurückgeblieben; wenn auch bis zur Neuregelung der Besoldungsverhältnisse im Jahre 1910 gewisse mittlere und untere Beamtenkategorien keine völlig ausreichende Aufbesserung ihrer Bezüge erfahren hatten. Demgegenüber ist freilich, was die Staatsbeamten angeht, abgesehen in der Hauptsache von den Unterbeamten der Eisenbahn-, Justiz- und einem kleinen Teile derjenigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung für die mittleren und höheren Beamten in großem Umfange ein Mißverhältnis zwischen Preisentwicklung und Einkommen eingetreten; die Erhöhung des letzteren durch erstere sicherlich mehr als illusorisch gemacht worden. Daß es aber auch hier wieder gerade die Unterbeamten sind, wo ein derartiges Mißverhältnis nicht vorliegt[1], kann ebenso wie die nachhaltige Besserung der Lohn- und Einkommensverhältnisse der unteren Bevölkerungsklassen überhaupt nur freudig begrüßt werden.

Zweiter Abschnitt.

Die Bedeutung der Preisentwicklung insbesondere.

I. Der Einfluß der Preisgestaltung der wichtigsten Nahrungsmittel auf das Nahrungsbudget verschiedener Einkommensstufen.

Wenden wir uns hinsichtlich des Nahrungsbedürfnisses dem Versuche einer statistischen Feststellung des Einflusses zu, den die Preisgestaltung desselben auf das Nahrungsbudget verschiedener Bevölkerungsklassen bzw. Einkommensstufen ausgeübt hat, versuchen wir mit anderen Worten festzustellen, wie in diesem Umfange die Kaufkraft des Geldes in der Bevölkerung eine Veränderung erfahren hat, so stellen sich auch dem noch zahlreiche Schwierigkeiten entgegen, die seine Genauigkeit wesentlich beeinträchtigen müssen. Es sei hier in Kürze nur auf die bedeutsamsten dieser Schwierigkeiten hingewiesen.

Einmal konnte, was den Umfang der Feststellung angeht, zwar die Preisentwicklung der wichtigsten, bei weitem aber nicht aller im Haushalte konsumierten Nahrungsmittel berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Qualität des einzelnen Nahrungsmittels hat ferner keine Unterscheidung stattgefunden, sondern immer nur eine Durchschnittsqualität bzw. deren Preis Berücksichtigung erfahren. Der Konsum der Qualität nach ist aber

[1] Abgesehen von einem großen Teile der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, s. Tabelle XXII S. 84: Unterbeamte im inneren Dienst.

in den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung ein wesentlich anderer. Gerade in der neueren Zeit muß dieses Moment von zunehmender Bedeutung gewesen sein in Anbetracht der zahlreichen Ersatznahrungsmittel und Nahrungsmittelsurrogate, die aber durchaus nicht immer eine qualitativ schlechtere Ernährung zu bedingen brauchen.

Zu diesen gesellen sich all' die Schwierigkeiten, welche die Haushaltungsbudgets oder Wirtschaftsrechnungen als solche der Untersuchung entgegenstellen. Es liegen diese insbesondere nur für ein einzelnes Jahr vor. In den Konsumverhältnissen haben aber zweifellos im Laufe der Jahre Verschiebungen stattgefunden; wir wissen aber nicht, in welcher Weise, in welchem Maße beispielsweise die Quote für Fleisch in den unteren Klassen im Steigen gewesen ist. Daß sie gestiegen ist, steht außer jedem Zweifel. Darüber könnten nur über Jahrzehnte hinausgeführte und gut geführte Wirtschaftsbücher Aufklärung geben. In welchen Haushalten sind aber derartige Bücher zu finden?

Wir sind gezwungen, bei der Berechnung die für ein Jahr festgestellten Konsumverhältnisse auch für alle übrigen Jahre vorauszusetzen. Damit muß aber das Moment einer Nahrungsverteuerung durch Mehrverbrauch in diese mit einbezogen werden. Es ließe sich dieses Moment nur ausschalten, wenn festgestellt werden könnte, welches Quantum eines bestimmten Konsumartikels oder einer größeren Zahl von Konsumartikeln, abgesehen von Veränderungen im Preise derselben unter sonst gleichen Verhältnissen, mit einer bestimmten Summe Geldes zu den verschiedenen Zeiten käuflich gewesen ist. Denn ist man auch nur im Besitz von Wirtschaftsrechnungen für ein einzelnes Jahr und kennt gleichzeitig die Preisgestaltung des Nahrungsbedürfnisses für einen längeren Zeitraum, so ist es nur nötig, die in diesem Jahre verbrauchten Mengen in die Preise aller anderen Jahre umzurechnen, um zur Feststellung einer Nahrungsverteuerung durch Geldentwertung allein zu gelangen.

Das hier zur Verfügung stehende Material läßt aber eine solche Feststellung nicht zu.

Da die verbrauchten Mengen unbekannt sind, muß auf indirektem Wege vorgegangen, ermittelt werden, welche Summe Geldes für ein bestimmtes Quantum von Konsumartikeln ausgedrückt in Geld in Ansehung der veränderten Preisverhältnisse zu den verschiedenen Zeiten hat gegeben werden müssen.

Müssen all die genannten Faktoren auch eine genauere Feststellung des Einflusses lediglich der Preisentwicklung auf das Nahrungsbudget der Bevölkerung verhindern, so wird sich doch wenigstens zeigen lassen, wie

sich die in den letzten Jahrzehnten eingetretene Verteuerung der Nahrung in verschiedenen Gesellschaftskreisen bzw. für verschiedene Einkommensstufen verschieden fühlbar gemacht hat. —

Auf Grund des preisstatistischen Materials des ersten Teils der Untersuchung und der zur Verfügung stehenden Wirtschaftsrechnungen (s. Anhang S. 114 ff.) ist für letztere der Konsum an den wichtigsten Nahrungsmitteln für den Durchschnitt der Jahre 1879—1888, 1889 bis 1893, 1894—1898, 1899—1903, 1904—1908 und 1909—1910 berechnet worden, oder besser festgestellt worden, welche Summe Geldes in Anbetracht der veränderten Preisverhältnisse jeweils von den Haushaltungen (Einkommensstufen) für das Nahrungsbudget im angedeuteten Umfange in den einzelnen Perioden auszugeben gewesen wäre. Als Ausgang sind dabei, da die in Frage kommenden Wirtschaftsrechnungen vorwiegend den Jahren 1909/10 angehören, die Preisverhältnisse dieser Jahre gewählt. Es hat demnach eine Rückrechnung [1] stattgefunden [2].

Tabelle XXIII. Verteuerung bzw. Verbilligung der Nahrung in verschiedenen Einkommensstufen.

	Einkommen von 900—1200 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	56,65	64,58	64,58	47,42	78,18	88,95
Wurst	25,61	28,43	28,75	32,78	34,83	40,98
Brot und Backwaren .	112,47	89,99	90,54	103,47	114,72	123,72
Eier	12,89	13,53	13,53	15,21	17,14	18,69
Butter	31,02	30,40	29,16	30,09	32,26	34,75
Schmalz	48,38	52,23	45,58	48,44	51,76	53,66
Kartoffeln.	13,00	14,40	11,94	11,68	15,31	14,79
Hülsenfrüchte	11,29	10,80	10,00	10,00	13,35	13,55
Milch	28,59	28,59	28,59	31,93	33,55	35,64
Summe.	339,90	332,95	322,67	351,02	391,10	424,73
Verteuerung (+) bzw. Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .	100,00	97,95 — 2,05	94,93 — 5,07	103,27 + 3,27	115,06 + 15,06	123,09 + **23,09**

[1] Nur für die höchste Einkommensstufe (Ausgabenstufe) ist vorwärts gerechnet worden; da es sich hier um ein dem Ende der 80er Jahre entstammendes Budget handelt (vgl. Anhang S. 121 u. 122). Dabei sind die Preisverhältnisse der Jahre 1879/88 zum Ausgang genommen.

[2] Derartige Berechnungen sind zuerst von Chatelanat, dann von Hampke vorgenommen worden. Chatelanat, „Die Lebensverteuerung und die Staatsdienerbesoldungen." 9. Jahrg. der Zeitschrift der schweizerischen Statistik 1873; Hampke, „Das Ausgabenbudget der Privatwirtschaften." Jena 1888.

	Einkommen von 1200—1600 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	108,44	123,62	123,62	129,04	149,65	170,25
Wurst	58,26	64,68	65,84	74,58	79,04	93,23
Brot und Backwaren .	160,00	172,86	128,84	147,25	163,34	176,06
Eier	18,48	16,51	16,51	18,55	20,91	22,80
Butter	67,70	66,34	63,64	65,66	70,22	75,82
Schmalz	53,70	59,08	51,56	54,78	58,54	60,69
Kartoffeln.	21,71	24,09	19,97	19,53	25,61	24,75
Hülsenfrüchte	24,04	21,48	20,13	19,49	26,40	26,85
Milch	37,51	37.51	37,51	42,01	44,26	46,89
Summe	549,84	586,17	527,62	570,89	637,97	697,34
Verteuerung (+) bzw.	100,00	106,60	95,95	103,83	116,03	125,00
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 6,60	— 4,05	+ 3,83	+ 16,03	+ **25,00**

	Einkommen von 1600—2000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	116,21	132,48	132,48	138,29	160,37	182,45
Wurst	54,90	60,93	62,03	70,26	74,53	87,83
Brot und Backwaren .	147,16	158,85	117,73	135,39	150,10	161,88
Eier	15,00	15,70	15,70	17,65	19,82	21,69
Butter	58,43	57,26	54,92	56,68	60,76	65,44
Schmalz	42,73	47,00	38,71	43,59	46,58	48,29
Kartoffeln.	19,97	22,17	18,38	18,00	23,57	22,77
Hülsenfrüchte	20,23	19,41	18,20	17,84	23,87	24,28
Milch	56,57	56,57	56,57	63,36	66,72	70,72
Summe	531,18	570,37	514,72	561,06	626,22	685,35
Verteuerung (+) bzw.	100,00	107,37	96,90	105,62	117,00	129,02
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 7,37	— 3,10	+ 5,62	+ 17,00	+ **29,02**

	Einkommen von 2000—3000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	146,24	166,71	166,71	174,04	201,81	229,60
Wurst	76,19	84,56	86,09	97,52	106,15	121,90
Brot und Backwaren .	219,57	237,14	175,66	202,00	223,14	241,53
Eier	25,56	26,84	26,84	30,16	34,00	37,07
Butter	90,00	88,24	84,64	87,34	93,65	100,85
Schmalz	45,33	49,86	43,51	46,23	49,40	51,22
Kartoffeln.	25,28	28,00	23,18	22,67	29,73	28,72
Hülsenfrüchte	25,19	24,20	22,64	22,42	29,72	30,23
Milch.	72,63	72,63	72,63	81,35	85,72	90,80
Summe	726,01	798,18	701,93	763,73	853,32	931,92
Verteuerung (+) bzw.	100,00	109,94	96,69	105,20	117,53	128,33
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 9,94	— 3,31	+ 5,20	+ 17,53	**+ 28,33**

	Einkommen von 3000—4000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	166,12	189,36	189,36	197,69	229,25	260,82
Wurst	40,95	44,21	46,24	52,42	55,70	65,53
Brot und Backwaren .	176,12	190,21	140,90	162,03	179,65	193,74
Eier	31,33	32,90	32,90	37,00	41,67	45,43
Butter	113,46	102,27	97,81	101,13	118,00	127,08
Schmalz	28,12	30,93	30,52	32,41	30,65	31,78
Kartoffeln.	31,00	34,41	28,52	27,90	36,58	35,34
Hülsenfrüchte	29,95	28,63	26,86	26,74	35,34	35,94
Milch	102,56	102,56	102,56	114,87	121,02	128,20
Summe	719,61	755,48	695,67	752,19	847,86	923,86
Verteuerung (+) bzw.	100,00	104,98	96,67	104,52	117,82	128,38
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 4,98	— 3,33	+ 4,52	+ 17,82	**+ 28,38**

	Einkommen von 4000—5000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	186,02	211,34	211,34	220,57	257,11	291,06
Wurst	44,01	48,85	49,73	56,33	59,86	70,42
Brot und Backwaren .	186,41	201,32	150,06	171,49	190,13	205,05
Eier	29,79	31,28	31,28	35,16	39,62	43,20
Butter	138,21	135,46	129,94	134,70	143,73	154,81
Schmalz	26,72	29,13	25,65	27,26	29,13	30,20
Kartoffeln	31,16	34,29	28,67	28,05	36,77	35,53
Hülsenfrüchte	32,31	30,88	28,98	28,85	38,12	38,77
Milch	114,00	114,00	114,00	132,99	134,46	142,45
Summe	788,63	836,75	769,65	835,40	928,93	1011,49
Verteuerung (+) bzw.	100,00	106,10	97,59	105,93	117,79	128,40
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 6,10	— 2,41	+ 5,93	+ 17,79	+ **28,40**

	Einkommen von mehr als 5000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	230,00	262,13	262,13	271,18	317,39	361,09
Wurst	62,99	69,91	71,17	80,61	85,65	100,77
Brot und Backwaren .	203,91	220,23	164,15	187,60	207,99	224,31
Eier	39,79	41,80	41,80	47,00	52,94	57,72
Butter	189,63	185,84	178,25	183,94	197,19	212,39
Schmalz	25,99	28,58	24,06	26,50	28,32	29,36
Kartoffeln	43,08	47,82	39,80	38,77	50,83	49,11
Hülsenfrüchte	30,10	28,77	27,00	26,99	35,60	36,12
Milch	127,31	127,31	127,31	133,63	140,79	149,14
Summe	952,80	1012,39	935,67	996,22	1116,70	1220,01
Verteuerung (+) bzw.	100,00	106,25	98,20	104,55	117,20	128,00
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 6,25	— 1,80	+ 4,55	+ 17,20	+ **28,00**

	Einkommen von 6000—7000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	390,00	444,62	444,62	464,12	538,22	612,33
Wurst	224,90	249,61	254,11	288,00	305,83	359,80
Brot und Backwaren .	334,24	360,98	267,40	307,50	350,02	367,67
Eier	54,94	57,68	57,68	64,82	73,06	79,66
Butter	403,99	420,15	383,79	402,86	430,25	454,49
Schmalz						
Kartoffeln.	33,24	36,57	30,58	29,92	39,23	37,90
Hülsenfrüchte	69,60	66,81	62,59	61,94	82,13	83,52
Milch	129,71	129,71	129,71	145,24	153,04	162,12
Summe.	1640,62	1766,13	1630,48	1764,40	1971,78	2157,49
Verteuerung (+) bzw.	100,00	107,65	99,38	107,54	120,18	131,54
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 7,65	— 0,62	+ 7,54	+ 20,18	+ **31,54**

	Einkommen von ca. 18000 Mk.					
	1879 bis 1888	1889 bis 1893	1894 bis 1898	1899 bis 1903	1904 bis 1908	1909 bis 1910
Fleisch, Speck	1188	1354,32	1354,32	1413,72	1639,44	1865,16
Wurst	224	248,64	251,12	286,72	304,64	358,40
Brot und Backwaren .	464	501,12	373,52	426,88	473,28	510,40
Eier	80	84,00	84,00	94,40	106,40	116,00
Butter	482	472,36	453,08	467,54	501,28	539,84
Schmalz	40	44,00	38,40	40,80	43,60	45,20
Kartoffeln	85	94,55	78,20	76,50	100,30	96,90
Hülsenfrüchte	58	55,68	52,20	51,62	68,44	69,00
Milch	169	169,00	169,00	189,28	199,42	211,25
Summe.	2790	3043,47	2853,84	3047,46	3466,80	3812,15
Verteuerung (+) bzw.	100	109,08	102,29	109,23	124,26	136,63
Verbilligung (—) gegen 1879/88 = 100 . .		+ 9,08	+ 2,29	+ 9,23	+ 24,26	+ **36,63**

Aus der in Tabelle XXIII durchgeführten Berechnung erhellt, wie sich die Nahrung zu Beginn der 90er Jahre für alle Einkommensstufen, ausgenommen die unterste von 900—1200 Mk., wo eine Verbilligung von 2,05 % eintrat, gegenüber den 80er Jahren, wenn auch nur wenig verteuert hat. In der folgenden Periode bis zum Jahre 1898 ist dann fast durchgehend eine Verbilligung zu beobachten, die aber im letzten Jahrzehnt einer nachhaltigen Verteuerung Platz macht.

Vergleicht man die Verteuerung bzw. Verbilligung der Nahrung in den verschiedenen Einkommensstufen miteinander, so ist zu ersehen, daß diese dem Grade nach eine voneinander abweichende gewesen ist. Der Grund dafür ist naturgemäß in dem verschiedenen Konsum an den einzelnen Nahrungsmitteln in den Einkommensstufen und der verschiedenen Preisgestaltung der einzelnen Konsumartikel zu suchen. Im großen ganzen läßt sich in dem Verhältnis des Verbrauches an vegetabilischen und animalischen Nahrungsmitteln im Haushalte mit steigendem Einkommen eine Verschiebung zugunsten der letzteren beobachten. Da aber, wie früher gezeigt wurde, im Durchschnitt der Jahre 1894—1898 die vegetabilischen Nahrungsmittel im Preise ziemlich erheblich, die animalischen nur unbedeutend zurückgegangen waren, so steht auch in diesen Jahren die eingetretene Verbilligung im allgemeinen im umgekehrten Verhältnis zur Höhe des Einkommens. Andererseits nimmt im letzten Jahrzehnt, in dem die Animalien eine ungleich stärkere Preissteigerung als die Vegetabilien erfahren haben, die Verteuerung der Nahrung mit der Höhe des Einkommens im allgemeinen zu.

Der Prozentsatz der Verteuerung für den Durchschnitt der Jahre 1909/10 stellt sich im Vergleich zu dem Jahrzehnt 1879/88 in der untersten Einkommensstufe von 900—1200 Mk. auf 23,09 %, steigt in der folgenden Stufe von 1200—1600 Mk. auf 25 %, in derjenigen von 1600 bis 2000 Mk. auf 29,02 %, um in der Einkommensstufe von 2000—3000 Mk. mit 28,33 % etwas zurückzugehen. In den nächst höheren Einkommensstufen[1] steigt der Prozentsatz wieder auf 28,38 und 28,40 %, um in der Einkommensstufe über 5000 Mk. auf 28 % zu sinken, in den nächstfolgenden aber wieder auf 31,54 bzw. 36,63 % zu steigen[2].

Demnach ist die Nahrungsverteuerung im hier berechneten Umfange

[1] Für die Stufe von 3000—4000 Mk. liegt der Durchschnitt von 102, für die von 4000—5000 Mk. von 34, für die über 5000 Mk. von 3 Wirtschaftsrechnungen aus dem Reiche zugrunde (siehe Anhang S. 118).

[2] Bei den beiden höchsten Einkommensstufen sind der Berechnung wieder zwei hallesche Budgets zugrunde gelegt (siehe Anhang S. 120 ff.).

am wenigsten fühlbar geworden für die beiden untersten Einkommensstufen bis zu 1600 Mk.; etwas stärker — im einzelnen aber nur wenig voneinander abweichend — für die folgenden 5 Einkommensstufen bis zu einem Einkommen von ca. 6000 Mk., am meisten für die beiden höchsten Einkommensstufen. Werden die 9 Stufen zu 3 zusammengefaßt, so ergibt sich im Durchschnitt der Jahre 1909/10 gegen 1879/88 für die Einkommensstufen von:

900—3000 Mk. eine Verteuerung der Nahrung von 26,36 %
3000—5000 „ „ „ „ „ „ 28,39 %
mehr als 5000 „ „ „ „ „ „ 32,06 %.

Entsprechend dem Steigen des Einkommens läßt sich also deutlich auch eine Zunahme der Verteuerung der Nahrung erkennen.

Allerdings ist das bisher gewonnene Bild noch etwas genauer zu bestimmen. Da bei unserer Berechnung der Nahrungsverteuerung nicht das gesamte Nahrungsbudget erfaßt zu werden vermochte, ist in den verschiedenen Einkommensstufen jeweils der Anteil zu berücksichtigen, den die hier in Rechnung gezogenen Nahrungsmittel an den Gesamtnahrungsausgaben haben. Es stellt sich dieser Anteil in den Einkommensstufen von:

900—3000 Mk. auf . . . . . 76,64 %
3000—5000 „ „ . . . . . 74,33 %
mehr als 5000 „ „ . . . . . 69,61 %.

Durchschnittlich annähernd drei Viertel der Nahrungsausgaben sind demnach bei der Berechnung erfaßt worden. Wie zu ersehen, nimmt jedoch der erfaßte Prozentsatz mit steigendem Einkommen ab. Je höher das Einkommen, um so mehr treten neben die hier berücksichtigten gewöhnlichsten Lebensmittel andere Nahrungs- und Genußmittel.

Werden diese aufgeführten Prozentzahlen in Rechnung gezogen, so ergibt sich, daß sich die Nahrungsverteuerung in den drei Stufen im Verhältnis der Zahlen: 2020 : 2110 : 2213 vollzogen hat[1]. Auch hieraus wird trotz des sinkenden Prozentsatzes der erfaßten Nahrungsausgaben noch eine mit wachsendem Einkommen stattfindende Steigerung der Nahrungsverteuerung ersichtlich.

Letztere kommt erst in Fortfall, wenn die Verteuerung der Nahrung im Rahmen der Gesamthaushaltsausgaben betrachtet wird. Zieht man die Sätze von 42,01, 29,83 und 22,71 %, mit denen die hier berück-

[1] Die Zahlen sind gefunden durch Multiplikation des jeweiligen Prozentsatzes der Nahrungsverteuerung (26,36 %, 28,39 % und 32,06 %) mit den Zahlen des Prozentsatzes der erfaßten Nahrung (76,64 %, 74,33 %, 69,61 %).

sichtigten Nahrungsausgaben in den drei Einkommensstufen in das Gesamtbudget einzusetzen sind, in Berechnung, so erhalten wir die Zahlenreihe 848 : 633 : 502[1]. Entsprechend dem aus den zuletzt genannten Prozentzahlen hervorgehenden starken Zurücktreten der Nahrungsausgaben im Gesamtbudget mit steigendem Einkommen, bedeuten diese Zahlen auch ein Zurückgehen der Verteuerung der Nahrung im Rahmen der Gesamthaushaltsausgaben.

Die zuletzt durchgeführte Rechenoperation kann aber nur Bedeutung haben, wenn neben der Errechnung der Verteuerung der Nahrung auch eine solche derjenigen der weiteren Bedürfnisse und Ausgaben des Haushaltes, der Gesamtverteuerung des Lebens in den verschiedenen Einkommensstufen stattzufinden vermöchte.

Mit Sicherheit kann demnach hier nur gesagt werden, daß die in den letzten Jahrzehnten eingetretene Verteuerung der Nahrung im hier berechneten Umfange allein betrachtet, sich am wenigsten fühlbar gemacht hat in jenen Kreisen der Bevölkerung, die sich dem Existenzminimum mehr und mehr nähern. Eine Berücksichtigung des je nach Höhe des Einkommens qualitativ verschiedenen Konsums an Nahrungsmitteln hätte den Unterschied gegenüber den mittleren und besser situierten Bevölkerungsschichten vielleicht noch stärker hervortreten lassen.

Vor allem muß aber in Anbetracht der zuvor gezeigten in den letzten Jahrzehnten in den Wohlhabenheits-, Lohn- und Einkommensverhältnissen eingetretenen Verschiebung die Verteuerung der Nahrung für die unteren Bevölkerungsklassen in einem weit günstigeren Lichte erscheinen als für einen großen Teil der Angehörigen der mittleren und bessersituierten Kreise, insbesondere der Reichs- und Staatsbeamten.

Das Sinken der Kaufkraft des Geldes mit Beziehung auf das Nahrungsbedürfnis, wie es in den Preisverhältnissen der Nahrungsmittel zum Ausdruck kommt, ist nach allem offenbar weniger fühlbar geworden für die unteren Klassen, anderseits ist die Kaufkraft der Bevölkerung, wie sie die Entwicklung der Wohlhabenheits-, Lohn- und Einkommensverhältnisse wiedergibt, in letzteren besonders nachhaltig gestiegen und durch die Nahrungsverteuerung dort in der Hauptsache bei weitem nicht ausgeglichen worden.

---

[1] Diese Zahlen sind wieder gefunden durch Multiplikation der Prozentsätze 42,01%, 29,83% und 22,71% mit den zuvor gefundenen Zahlen der Nahrungsverteuerung 2020, 2110, 2213; wobei gleichzeitig eine Division durch 100 vorgenommen worden ist.

II. Der Fleischkonsum der Bevölkerung als Kennzeichen für ihren Nahrungsstand.

Einen besonderen Maßstab für den gesamten Nahrungsstand der Bevölkerung und seine Bewegung vermögen bis zu gewissem Grade stets die Zahlen des relativen Fleischverbrauches, welcher durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, zu geben. — Fleisch ist dasjenige Nahrungsmittel, bei dem sich ein Sinken der gesamten Ernährungsweise der Bevölkerung, auch wenn es nur vorübergehend auftritt, immer am ersten und deutlichsten bemerkbar macht, zuerst eine Einschränkung des Konsums stattfindet, sobald sich irgendwelche, in ausgedehnter Weise die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung beeinflussende Störungen des Wirtschaftslebens zeigen. Insbesondere gilt dies naturgemäß vom Fleischkonsum der unteren Bevölkerungsklassen. Aber auch noch im sogenannten Mittelstande, wo, wie man das allenthalben beobachten kann, die Fleischnahrung eine immerhin doch noch ziemlich untergeordnete Rolle spielt, das Fleisch dem einzelnen in der Familie des mittags kaum anders als lotweise zugemessen wird, muß sich diese Tatsache meist ebenso schnell fühlbar machen.

Die Zahlen des relativen Fleischkonsums der Bevölkerung gewähren aber nicht allein einen Einblick in die Ernährungsweise derselben, sondern gestatten gleichzeitig auch einen Rückschluß auf ihren Wohlstand im allgemeinen. Je größer letzterer ist, um so ausgedehnter wird auch der Fleischgenuß sein.

Allerdings stellen sich nun der Feststellung des Fleischverbrauches innerhalb eines bestimmten Gebietes nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen und aus diesem Grunde erheischt insbesondere die Verfolgung desselben über einen längeren Zeitraum hinaus die größte Vorsicht. In seinem gesamten Umfange läßt sich der Fleischkonsum kaum jemals erfassen. So vermögen die Mengen von Wild und Geflügel meist nicht Berücksichtigung zu erfahren. Aber dieser Umstand kommt zweifellos auch nur wenig in Betracht, wenn nur der Umfang und die Art und Weise der Feststellung des Verbrauches wie die letzterer sonst zugrunde liegenden Bedingungen innerhalb des zu betrachtenden Zeitraums dieselben geblieben sind. Die letztere Forderung macht es für die halleschen Verhältnisse leider unmöglich, einen Vergleich des Fleischverbrauches im letzten Jahrzehnt mit dem im vorhergehenden durchzuführen, worauf gleich noch zurückgekommen werden muß.

Die Frage, ob der relative Fleischkonsum der Bevölkerung an einem Orte als ein hoher oder niedriger anzusehen ist, wird sich mit Sicherheit

kaum entscheiden lassen. Es ist zur Genüge bekannt, welche Bedeutung dafür vor allem der Zusammensetzung der Bevölkerung zukommt. Eine vorwiegend industrielle Bevölkerung muß die Konsumziffer natürlich herabdrücken. Orte mit starkem Fremdenverkehr zeigen demgegenüber meist eine auffallend hohe Konsumziffer.

Tabelle XXIV. Der Fleischkonsum in Halle 1893—1910.

Jahr	Gesamtfleischmenge[1] in kg	Kopfzahl[2] der Bevölkerung	Fleischmenge pro Kopf in kg
1893/94	7 422 949	109 470	66,9
1894/95	7 253 823	112 271	64,6
1895/96	6 894 054	115 150	59,8
1896/97	7 623 408	118 233	64,6
1897/98	7 705 711	121 558	63,4
1898/99	7 885 034	124 833	63,2
1899/1900	7 910 272	127 992	61,8
1900/01	9 003 557	149 142[3]	60,4
1901/02	9 083 714	157 423	57,7
1902/03	8 818 176	158 701	55,5
1903/04	9 301 455	160 329	58,0
1904/05	9 719 479	163 863	59,2
1905/06	9 444 121	168 186	56,2
1906/07	9 325 588	172 118	54,2
1907/08	10 226 185	176 047	58,1
1908/09	10 234 397	177 450	57,6
1909/10	10 384 195	177 312	58,5
1910/11	10 457 559	178 126	58,1

Die Ziffern des Fleischkonsums der halleschen Bevölkerung (s. Tabelle XXIV) müssen insofern durchgehend etwas zu niedrig erscheinen, als dabei nur ein Teil der von auswärts eingeführten Fleischmengen, nämlich die zur Beschau eingeführten Berücksichtigung erfahren haben. Nun findet allerdings auf der anderen Seite regelmäßig auch ein Versand von Fleisch nach auswärts statt. Es ist jedoch anzunehmen, daß, wie wohl in den meisten städtischen Konsumtionszentren, so auch hier die Einfuhr an Fleisch die Ausfuhr ständig übertrifft. Grabenstaedt[4] ermittelte, daß unter Berücksichtigung der ein- und ausgeführten Fleischmengen und Wurst-

[1] Zugrunde liegen die Fleischmengen, welche die im städtischen Schlachthofe geschlachteten Tiere nach Abzug der vernichteten Tiere und Fleischteile und das von auswärts zur Beschau eingeführte Fleisch ergaben; nicht einbegriffen sind die Mengen an Pferdefleisch.

[2] Mittlere Bevölkerung.

[3] Einschließlich der am 1. IV. 1900 eingemeindeten Orte Giebichenstein, Kröllwitz und Trotha mit 23000 Einwohnern.

[4] a. a. O. S. 65.

waren sich in Halle im Jahre 1901/02 ein Verbrauch von 5 kg pro Kopf der Bevölkerung mehr ergab, als ohne Berücksichtigung dieses Umstandes, d. h. allein unter Zugrundelegung derjenigen Fleischmengen, welche die im städtischen Schlachthofe geschlachteten Tiere und das von auswärts zur Beschau eingeführte Fleisch nach Abzug der vernichteten Tiere und Fleischteile ergaben. Diese mehr eingeführten Mengen haben aber mutmaßlich im Laufe der Jahre eher zu- als abgenommen.

Daß ein lokaler Vergleich des Fleischkonsums allein auf Grund der relativen Konsumziffern hinsichtlich der Höhe desselben zu irgendwelchen Ergebnissen nicht führen kann, zeigen die folgenden Zahlen:

Der relative Fleischverbrauch unter ausschließlicher Berücksichtigung der Schlachtungen auf den Schlachthöfen im Jahre 1895 wurde festgestellt[1]:

In Breslau auf	48,0 kg
„ Chemnitz, Dortmund und Düsseldorf auf .	50—55 „
„ Augsburg auf	58,0 „
„ Magdeburg auf	63,5 „
„ Metz, München, Kiel und Berlin auf . .	70—75 „
„ Mannheim, Lübeck, Gotha auf	80,0 „
„ Wiesbaden auf	102,0 „

In Halle ergab sich in diesem Jahre ein relativer Konsum von 59,8 kg.

Der durchschnittliche Konsum an Fleisch im Reich, der hinsichtlich seiner Berechnung zweifellos auf Genauigkeit Anspruch machen kann, vermag vergleichsweise herangezogen, immer noch am besten, wenn auch nur einen sehr ungefähren Anhalt für die Höhe des Fleischkonsums zu geben.

Vom Kaiserlichen Gesundheitsamt[2] ist der relative Fleischkonsum pro Kopf der deutschen Bevölkerung, unter Zugrundelegung der Zahl der Schlachtungen, des daraus gewonnenen Fleisches, und der Einfuhr- und Ausfuhrverhältnisse, d. h. des Überschusses der Einfuhr an Fleisch für das Jahr 1907, auf 52,59 kg festgestellt worden. Für Halle ergibt sich im gleichen Jahre ein Konsum von 58,1 kg, wobei der Berechnung nur die Zahl der vorgenommenen Schlachtungen bzw. die daraus gewonnenen Fleischmengen und die Menge des zur Beschau eingeführten Fleisches zugrunde liegt. Der hallesche Fleischkonsum erscheint demnach verhältnis-

[1] Nach Gerlich, „Die deutsche Fleischproduktion, ihr gegenwärtiger Stand und ihre voraussichtliche Entwicklung." Diss. Kiel 1909, S. 58.

[2] Gerlich a. a. O. S. 55.

mäßig hoch. Es ist hierbei aber zu bedenken, daß sich die Feststellung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes auf Stadt und Land erstreckt. Es dürfte aber hinreichend bekannt sein, daß der Fleischverbrauch auf dem Lande durchschnittlich geringer ist als in den Städten. Aus diesem Grunde muß der relative Konsum für das Reich als zu niedrig erscheinen. Zweifellos ergibt sich aber aus diesem mit Gewißheit nur, daß der relative Fleischkonsum in Halle ein abnorm niedriger oder hoher nicht ist, vielmehr als ein mittlerer angesehen werden kann.

Wie schon angedeutet, muß leider ein Vergleich des Fleischkonsums der halleschen Bevölkerung im letzten Jahrzehnt mit den 90er Jahren von vornherein fallen gelassen werden, weil eben die der Berechnung zugrunde liegenden Bedingungen andere geworden sind. Zu Beginn des Jahres 1896 wurde der Schlachthauszwang in Halle ausgedehnt auf die benachbarte Gemeinde Giebichenstein, im Jahre 1900 auf die in diesem Jahre neben Giebichenstein eingemeindeten Orte Trotha und Kröllwitz. Aber schon vor den Jahren 1898 und 1900 schlachtete ein Teil der Giebichensteiner, wie Trothaer und Kröllwitzer Fleischer auf dem Schlachthofe der Stadt Halle. Es läßt sich aber nicht feststellen, in welchem Umfange solches geschehen ist und inwieweit die Fleischmengen der von ihnen geschlachteten Tiere für den Konsum der Stadt Halle in Betracht gekommen sind. Legt man aber für die 90er Jahre bei der Berechnung des relativen Konsums nur die Bevölkerungszahl von Halle zugrunde, so muß im Verhältnis zum letzten Jahrzehnt dieser als zu hoch erscheinen.

Dagegen lassen sich die relativen Konsumziffern der einzelnen Jahre im letzten Jahrzehnt wohl miteinander vergleichen und können, abgesehen von den oben erwähnten allgemeinen Mängeln, der Fleischkonsumstatistik ein Bild von der Bewegung des Fleischkonsums der Bevölkerung geben.

Dieser Vergleich (s. Tabelle XXIV) läßt aber ein Zurückgehen des relativen Fleischkonsums als eine Folgeerscheinung der, wie wir sahen, im letzten Jahrzehnt besonders starken Aufwärtsbewegung der Fleischpreise nicht erkennen. Im Durchschnitt der Jahre 1901—1905 und 1906 bis 1910 ist sich der relative Konsum mit ca. 57 kg pro Kopf nahezu gleichgeblieben.

Nur die allgemeinen obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse und einzelne Jahre besonders kennzeichnende erhebliche Veränderungen in den Fleischpreisen kommen in der Bewegung der relativen Fleischverbrauchsziffer zum Ausdruck.

Deutlich spiegelt sich im Zurückgehen des Konsums in den Jahren 1901 und 1902 die damals im Wirtschaftsleben herrschende allgemeine

Depression wieder. Ebenso kommt in der niedrigen Verbrauchsziffer der Jahre 1905 und 1906 das in diesen Jahren allgemeiner einsetzende, stärkere Anziehen der Vieh- und Fleischpreise, vor allem aber der erhebliche Mangel an Schweinefleisch zur Geltung. Für die gesamte Bewegung des Fleischkonsums geht daraus nichts hervor.

Daß zu Zeiten plötzlich in Erscheinung tretender hoher Fleischpreise bzw. einer ausgedehnten wirtschaftlichen Depression der Fleischverbrauch zurückgehen muß, auch der Qualität nach, liegt auf der Hand und wird noch deutlicher werden, wenn jetzt der Konsum an Schweinefleisch im besonderen und der an Pferdefleisch in die Betrachtung gezogen wird.

Der Konsum an Schweinefleisch bildet ein Kennzeichen insbesondere für die Ernährungsweise der unteren Bevölkerungsschichten. Schweinefleisch ist dasjenige Fleisch, welches speziell in den Kreisen der Arbeiterbevölkerung sich großer Beliebtheit erfreut — vor allem wohl wegen seines reichen Fettgehaltes und weil es neben Rindfleisch das billigere Fleisch ist — und vorwiegend dort zum Konsum gelangt. Rindfleisch, besonders aber Kalb- und Hammelfleisch spielen demgegenüber im Haushalt des Arbeiters eine ganz untergeordnete Rolle. Im Verhältnis zu den übrigen Fleischarten ist daher der Schweinefleischverbrauch auch ein außerordentlich großer. Im Jahre 1909 kamen in Halle von der verbrauchten Gesamtfleischmenge von 10 457 559 kg reichlich die Hälfte, nämlich 51 %, auf Schweinefleisch. Am nächststärksten war am Konsum Rindfleisch mit ca. 39 % beteiligt. Kalb- und Hammelfleisch stehen demgegenüber mit nur ca. 6 bzw. 3 % weit zurück[1].

In den ärmsten Teilen der Bevölkerung tritt, wenn eben die Fleischnahrung nicht gänzlich fehlt, an Stelle des Schweinefleisches das zum Konsum nur bedingt taugliche der Freibank überwiesene Fleisch oder aber Pferdefleisch. Beides bedeutet naturgemäß eine Herabsetzung der Fleischnahrung der Qualität nach, erscheint aber unsers Erachtens immerhin noch nicht ganz so schlimm, als ein vollkommenes Fehlen der Fleischnahrung, was unter den ganz Armen äußerst schwer empfunden und in Anbetracht der auch sonst unzulänglichen Ernährungsweise zu einer Unternährung und Minderung der physischen Kräfte führen muß.

Auch der Schweinefleischkonsum zeigt in dem letzten Jahrzehnt entsprechend dem Gesamtfleischkonsum in der relativen Konsumziffer ein Zurückgehen in den Jahren 1901 und 1902, besonders deutlich aber mit ca. 3 kg gegen das Vorjahr, in den Jahren 1905 und 1906.

[1] Verwaltungsberichte des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. für das Jahr 1909.

Tabelle XXV. Der Konsum an Schweinefleisch in Halle pro Kopf der Bevölkerung 1900—1910[1], in kg.

Jahr	kg	Jahr	kg
1900/01	28,2	1906/07	26,4
1901/02	27,0	1907/08	30,2
1902/03	26,0	1908/09	29,8
1903/04	28,5	1909/10	28,8
1904/05	29,1	1910/11	29,8
1905/06	25,7		

Nach dem erheblichen Sinken in den Jahren 1905 und 1906 ist aber dann im folgenden Jahre der Konsum sofort wieder bedeutend, und zwar um reichlich 1 kg, über das Niveau des Jahres 1904 gestiegen. Da aber der Schweinefleischpreis sich auch im Jahre 1907 auf der Höhe der Vorjahre hielt (vgl. Tabelle X S. 37), so ist das Zurückgehen des Konsums in den Jahren 1905 und 1906 zu einem Teile jedenfalls wohl weniger auf ein Nachlassen der Kaufkraft der Bevölkerung gegenüber den hohen Preisen dieser Jahre, als auf den Mangel an Schweinefleisch überhaupt zurückzuführen, der, wie wir früher sahen, mit 4½ Tausend Schlachtungen an Schweinen weniger als im Vorjahre recht erheblich war. Auf der Höhe des Jahres 1907 hat sich der Konsum in den letzten drei Jahren mit Ausnahme des Jahres 1909, wo er um 1 kg zurückging, nahezu gehalten. Die Jahre 1907, 1908 und 1910 sind neben dem Jahre 1904 diejenigen Jahre gewesen, in denen der relative Schweinefleischkonsum am größten war. In Anbetracht dessen läßt sich eine geringe Steigerung des Verbrauches gegen Ende des letzten Jahrzehnts nicht verkennen.

Erscheinen danach die Fleischkonsumverhältnisse der Bevölkerung Halles in einem nicht ungünstigen Lichte, so wird dieser Umstand noch gestützt durch die Verhältnisse, wie sie sich im Konsum an Pferdefleisch im letzten Jahrzehnt gestaltet haben[2].

Allgemeiner läßt sich ja in den Großstädten die Beobachtung machen, daß der Konsum der Bevölkerung an Pferdefleisch stark im Steigen begriffen ist. Diese Tatsache bedeutet aber für die Ernährungsweise der Arbeiterbevölkerung zweifellos nur wenig und kann nicht etwa als ein Kennzeichen für das Sinken ihres Nahrungsstandes angesprochen werden,

[1] Verwaltungsberichte des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. für das Jahr 1900 ff.

[2] Nur die Verbrauchsziffern für die letzten 10 Jahre lassen wieder aus den oben erwähnten Gründen einen Vergleich miteinander zu.

wenn man eben bedenkt, wie sich in den städtischen Konsumtionszentren die Arbeiterbevölkerung mehr und mehr gehäuft hat. Ohnehin zeigt sich aber für die halleschen Verhältnisse, daß im letzten Jahrzehnt die relative Verbrauchsziffer an Pferdefleisch eine Steigerung nicht erfahren hat, sich im Gegenteil die Verhältnisse sehr stabil gestaltet haben[1].

Tabelle XXVI. Der Pferdefleischkonsum in Halle 1893—1910[2].

Jahre	Zahl der geschlachteten Pferde	Kopfzahl der Bevölkerung	Einwohner auf ein Pferd	Konsum pro Kopf der Bevölkerung in kg
1893/94	860	109 470	127	2,4
1894/95	742	112 271	151	2,0
1895/96	876	115 150	131	2,3
1896/97	1146	118 233	70	4,2
1897/98	2195	121 558	55	5,5
1898/99	2650	124 833	47	6,4
1899/1900	2570	127 992	49	6,2
1900/01	2660	149 142	56	5,4
1901/02	2987	157 423	52	5,7
1902/03	2633	158 701	60	5,0
1903/04	2125	160 329	75	4,0
1904/05	2201	163 863	74	4,1
1905/06	3123	168 186	53	5,7
1906/07	3124	172 118	55	5,5
1907/08	2712	176 047	65	4,7
1908/09	2791	177 450	63	4,8
1909/10	2840	177 312	62	4,8
1910/11	2447	178 126	72,9	4,19

Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der Konsum in den Jahren 1905 und 1906 wieder höher war als in den Vorjahren. Ein Ausgleich zwischen Pferdefleisch- und Schweinefleischkonsum wird zu Zeiten eines derart erheblichen Mangels an Schweinefleisch, wie ihn diese Jahre zeigten, ebenso wie bei plötzlich stark steigenden Preisen wohl stets eintreten, auch wenn der Fleischkonsum der Bevölkerung im allgemeinen im Zunehmen begriffen ist. In Ansehung der derzeitigen Lebensmittelteuerung steht zu erwarten, daß auch wieder die Jahre 1911 und 1912 einen hohen Pferdefleischkonsum aufzuweisen haben werden.

Ziehen wir all das zuvor Gesagte in Betracht, so erscheinen, wenn auch von einem deutlichen Steigen des Fleischkonsums der halleschen Be-

[1] Der Konsum an Pferdefleisch bezogen auf den Kopf der Bevölkerung in Halle betrug im Durchschnitt der Jahre 1901—1905 4,9 kg, im Durchschnitt der Jahre 1906—10 4,8 kg (vgl. Tabelle XXVI S. 102).

[2] Verwaltungsberichte des städtischen Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. für das Jahr 1893/94 ff.

völkerung im letzten Jahrzehnt nicht die Rede sein kann, in Ansehung der nachhaltigen Aufwärtsbewegung der Fleischpreise die Fleischkonsumverhältnisse in Halle doch in einem recht günstigen Lichte und sind relativ zweifellos als sich bessernde anzusehen. Eine Verschlechterung des Nahrungsstandes der Bevölkerung ist daraus jedenfalls nicht zu ersehen. Die Verhältnisse, wie sie sich im Schweinefleisch- und Pferdefleischkonsum im letzten Jahrzehnt gestaltet haben, sprechen eher für eine relative Verbesserung als für eine Verschlechterung des Nahrungsstandes in den weniger gut situierten Teilen der Bevölkerung und für das Überwiegen einer gut gelohnten Arbeiterbevölkerung.

III. Die Bedeutung der Verteuerung des Wohn- und Kleidungsbedürfnisses für die Bevölkerung.

Ist es auch unmöglich, hinsichtlich der Verteuerung des Wohnungs- und Kleidungsbedürfnisses entsprechend der des Nahrungsbedürfnisses für die verschiedenen Einkommensstufen im einzelnen irgendwelche Feststellungen vorzunehmen, so lassen sich doch wenigstens einige Angaben mehr allgemeiner Natur über die Bedeutung derselben, insbesondere für die unteren Klassen machen.

In Anbetracht der nachhaltigen Steigerung der Mietpreise im letzten Jahrzehnt liegt naturgemäß die Vermutung nahe, daß infolge dieses Umstandes insbesondere die kleinen Leute mehr und mehr genötigt gewesen sind, einen größeren Teil ihres Einkommens für Wohnungsmiete auszugeben. Erst auf Grund der Feststellung dieses Verhältnisses von Miete und Einkommen kann natürlich ein genaueres Bild von der Bedeutung, welche die Mietpreissteigerung für die Bevölkerung gehabt hat, gewonnen werden.

Durch die Untersuchung Neuberts über die „Mietverhältnisse verschiedener Berufsklassen in Halle a. S. am Ende des 19. Jahrhunderts“ [1] und durch die „Ergebnisse der Wohnungszählung vom 11. Mai 1908“ [2] ist für eine Zahl jeweils ein und derselben Berufsklassen das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen festgestellt worden. Dabei ergab sich, daß die Miete in Prozent des Einkommens betrug für:

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

Die, abgesehen von den ungelernten Arbeitern, wo der vom Einkommen für Miete zu zahlende Prozentsatz einen wenn auch unwesent-

[1] O. Neubert, „Mietverhältnisse . . .“, Diss. Halle 1903.

[2] Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S.

	Ende[1] des 19. Jahrhunderts	Im Jahre[2] 1908	Zahl der im Jahre 1908 berücksichtigten Fälle	durchschnittlich im Jahre 1908 gezahlte Wohnungsmiete in Mk.
Ungelernte Arbeiter .	16,70	16,31	5831	165
Bauhandwerker . . .	14,77	16,17	1753	193
Arbeiter der Lebensmittelberufe	—	18,58	441	222
Holz- und Schnitzarbeiter	15,18	16,72	847	208
Metallarbeiter	14,99	15,92	3006	206
Drucker u. Schriftsetzer	15,94	16,64	420	240

lichen Rückgang zeigte, eingetretene Erhöhung von ca. 1 %, um welchen Satz die Ausgabe für Miete in den einzelnen Berufsklassen im Verhältnis zum Einkommen im Jahre 1908 höher war, als Ende des 19. Jahrhunderts, muß aber in Anbetracht der gerade im letzten Jahrzehnt besonders starken Aufwärtsbewegung der Mietpreise als ziemlich unerheblich erscheinen; wie an sich die aufgeführten Prozentsätze von durchschnittlich 16—17 % in Ansehung der Tatsache, daß die Arbeiter vielerorts gezwungen sind, häufig bis zu einem Viertel und darüber ihres Einkommens für Miete auszugeben, als verhältnismäßig niedrig anzusehen sind. Auch wird man diese geringe Verschiebung im Verhältnis von Miete und Einkommen mit Sicherheit auf das Steigen der Mietpreise kaum zurückführen können.

In der neusten Zeit hat die Tätigkeit der Wohnungsinspektion in Halle die Kleinwohnungsverhältnisse in einem äußerst ungünstigen Lichte erscheinen lassen und zur Feststellung eines in ziemlichem Umfange bestehenden Wohnungselendes geführt[3]. Im ersten Halbjahr 1911 hatte sie von den von ihr besichtigten Wohnungen (1261 an der Zahl) gelegen in Quartieren, die sich durch die Ungunst der dort herrschenden Wohnungsverhältnisse auszeichnen, 13,29 % der Räume als überhaupt unzulässig und 11,20 % als überfüllt zu beanstanden. Hätte man nur die allerschlimmsten Mißstände beseitigen wollen, so hätten etwa 178 Familien aus ihren überfüllten Wohnungen ausziehen müssen. Bei dem herrschenden Mangel an Kleinwohnungen konnte aber eine Beseitigung der Mißstände

[1] Neubert a. a. O. S. 55.

[2] Statistische Jahresübersichten für Halle a. S. 1909 Heft 10 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. Tabelle 53 S. 34.

[3] Verwaltungsberichte der Stadt Halle a. S. für das Jahr 1911, Abschnitt Wohnungsinspektion S. 274 ff.

bei 92,70 % der unzulässigen und 70,73 % der überfüllten Räume nicht stattfinden.

Daß derartige mißliche Verhältnisse hinsichtlich der Kleinwohnungen noch bestehen, ist naturgemäß tief zu bedauern und um so freudiger ist es zu begrüßen, daß man solche mit Hilfe der Wohnungsinspektion energisch zu bekämpfen beginnt.

Wir haben uns hier aber weniger zu fragen, wie sind die Wohnungsverhältnisse zurzeit beschaffen, als: wie sind sie geworden, waren sie früher nicht noch ungünstiger, als sie es heute sind, ist nicht im Vergleich zu früher eine Besserung zu verspüren? Letzteres ist aber zweifellos der Fall. Die Wohnungsverhältnisse in Halle sind in den beiden letzten Jahrzehnten trotz der Mietpreissteigerung auf dem Wege der Besserung begriffen gewesen. Leider ist eine fortlaufende Statistik der übervölkerten Wohnungen für die früheren Jahre nicht vorhanden.

Das Wohnen der Bevölkerung ist aber offenbar nach und nach ein weniger gedrängtes, ausgedehnteres und damit auch gesünderes geworden. Die Zahl der Wohnräume der bewohnten Wohnungen hat sich seit 1890 vermehrt im Verhältnis von 100 : 219; die Bevölkerungszahl dagegen nur in einem solchen von 100 : 178[1].

Die Belegungsziffer, d. h. die durchschnittliche Besetzung einer Wohnung, eines heizbaren Zimmers und eines Wohnraumes betrug Personen[2]:

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

Da sich dieses Zurückgehen der Wohndichtigkeit nicht nur pro heizbares Zimmer, sondern auch bezogen auf die Wohnung und den Wohnraum bemerkbar macht, so ist dem besonderer Wert beizumessen. Immerhin

[1] Die Zunahme absolut und prozentual der Kopfzahl der Bevölkerung und der Zahl der Wohnräume der bewohnten Wohnungen in Halle:

	Kopfzahl der Bevölkerung		Zahl der Wohnräume der bewohnten Wohnungen	
	absolut	relativ	absolut	relativ
1890	101 404	100,0	82 528	100,0
1895	116 304	113,7	99 703	120,7
1900	156 609	154,4	136 453	165,0
1908	177 405	175,0	173 609	210,0
1910	180 551	178,0	181 173	219,0

Heft 15 der Beiträge zur Statistik d. Stadt Halle a. S. Tabelle 2, 64 u. 65.

[2] Heft 15 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. Tabelle 2, 64 und 65 und Heft 4 S. 21.

im Jahre	pro Wohnung	pro heizbares Zimmer	pro Wohnraum
1890	4,59	2,22	1,23
1895	4,53	2,03	1,17
1900	4,44	2,00	1,15
1908	4,29	1,76	1,03
1910	4,26	—	0,99

bleibt zu bedenken, daß in den letzten Jahrzehnten, wie statistisch festgestellt, gleichzeitig auch eine Verkleinerung der Familien respektive Haushaltungen infolge der relativen Abnahme der Dienstboten, und der im Elternhaus lebenden Kinder, der Abnahme der Sitte, daß Gesellen und Gewerbegehilfen beim Arbeitgeber wohnen und des erfolgten Sinkens der Geburtenziffer bzw. des Geburtenüberschusses eingetreten ist[1]. Diesem gegenüber hat aber zweifellos manches andere, wie vor allem das starke Zunehmen der Schlafstellen und der Chambre Garnisten ein Gegengewicht geboten.

Offen muß dagegen die Frage bleiben, ob sich ein derartiges Zurückgehen der Wohndichte auch bei Berücksichtigung der Größe der Wohnungen und des Kubikinhaltes ergibt.

Für eine zunehmende Besserung der Wohnungsverhältnisse der unteren Klassen spricht weiter ein ständiges Abnehmen der Zahl der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer, d. h. der kleinsten und häufigsten Wohnungsart — wie sie für den Arbeiter im allgemeinen in Betracht kommt —, insbesondere wieder der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer ohne Zubehör. Es hatten in Halle von 100 Wohnungen ein heizbares Zimmer[2]:

im Jahre	ohne Zubehör	mit Zubehör	insgesamt
1890	8,67	41,44	50,11
1895	4,58	43,06	47,64
1900	3,52	44,05	47,57
1908	2,56	37,45	40,01

Hatten im Jahre 1890 noch fast genau die Hälfte aller Wohnungen nur ein heizbares Zimmer mit oder ohne Zubehör, so entfiel im Jahre 1908 auf diese Wohnungsart nur noch reichlich ein Drittel des Gesamt-

[1] Fuchs, Artikel „Wohnungsfrage" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Jena 1911.

[2] Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. S. 15 und 16.

wohnungsbestandes. Das Zurückgehen der Zahl der Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer ohne Zubehör hatte zwar in den 90 er Jahren zunächst noch ein geringes Steigen derjenigen mit einem heizbaren Zimmer mit Zubehör zur Folge, im letzten Jahrzehnt ist dann aber auch letztere Wohnungsart nachhaltig zurückgegangen.

Wenn die Kleinwohnungsverhältnisse in Halle zurzeit zum Teil noch recht ungünstige sind, so handelt es sich dabei nach allem offenbar weniger um eine Lohnfrage, als um eine Frage der mißlichen Verhältnisse, welche eine derart starke Zusammendrängung der Bevölkerung, wie sie in den Städten stattfindet, mit sich bringt, und deren Beseitigung mit allen Mitteln anzustreben ist. Wobei insbesondere auch zu erwägen wäre, ob nicht an die Arbeitgeber die Anforderung zu stellen wäre, für einen Teil der von ihnen ständig beschäftigten Arbeiter selbst angemessene Wohnungen herzurichten, wie es auf den Gütern Usus ist[1].

Daß in den letzten Jahrzehnten die Kleinwohnungsverhältnisse in Halle eine Besserung erfahren haben trotz der starken Mietpreissteigerungen, ist auf Grund der obigen Ausführungen nicht zu verkennen. Die steigenden Löhne haben hierzu auch die Mittel zweifellos an die Hand gegeben.

Dasselbe ist offenbar mit Beziehung auf das Kleidungsbedürfnis der Fall gewesen. Denn daß auch hier die besonders von den unteren Klassen und vorwiegend vom weiblichen Geschlechte an dieses Bedürfnis gestellten erhöhten Ansprüche mehr und mehr Befriedigung erfahren haben und eine Besserung der Verhältnisse gegen früher eingetreten ist, wird niemand leugnen. Auch der Arbeiter ist heute im allgemeinen gut und seinen Verhältnissen entsprechend gekleidet, wenn es ihm auch noch nicht möglich ist — wie es im Auslande in ausgedehnter Weise wohl der Fall ist —, vor Beginn und nach Beendigung seiner Arbeit seinen Arbeitsrock mit einem besseren Straßenanzug zu vertauschen, um in diesem als Arbeiter überhaupt kaum erkennbar seiner Wohnung zuzustreben. Von einem Pauperismus kann heute in der Kleidung jedenfalls keine Rede mehr sein. Auch nach dieser Richtung haben sich die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten wesentlich gebessert, wie überhaupt der gesamte Wohlstand der unteren Klassen ständig eine Erhöhung erfahren hat. — Für letztere Tatsache seien im folgenden Abschnitt noch einige Anhalte gegeben.

[1] J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, Teil 2, 5. Aufl. Jena 1908, S. 603.

IV. Kennzeichen eines zunehmenden Wohlstandes in der Bevölkerung.

Ein Kennzeichen für die Wohlstandsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung bilden insbesondere die von dieser gemachten Ersparnisse, wie sie in den Sparkasseneinlagen zum Vorschein kommen.

Sowohl an Zahl wie an Höhe haben in Halle die Einlagen in die städtische Sparkasse im Verhältnis zur Bevölkerung mit nur wenigen Unterbrechungen in den beiden letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen.

Tabelle XXVII. Die Entwicklung der Spareinlagen in der städtischen Sparkasse zu Halle a. S. 1890—1910[1].

Jahr	Guthaben pro Sparkassenbuch Mk.	Guthab. pro Kopf der Bevölkerung Mk.	auf 100 Einwohner kommen Sparkassenbücher	Ein Buch kommt auf Bewohner
1890	454	153	34	2,94
1891	445	154	35	2,85
1892	451	156	35	2,85
1893	452	163	36	2,77
1894	454	174	38	2,63
1895	477	189	40	2,50
1896	481	201	42	2,38
1897	487	211	43	2,32
1898	496	223	45	2,22
1899	503	233	46	2,17
1900	499	200	40	2,50
1901	514	215	42	2,38
1902	529	230	43	2,32
1903	546	247	45	2,22
1904	554	258	46	2,17
1905	564	267	47	2,12
1906	566	271	48	2,08
1907	549	266	48	2,08
1908	536	282	50	2,00
1909	554	282	51	1,96
1910	562	295	52	1,92

Während noch im Jahre 1890 auf je 100 Einwohner 34 Sparkassenbücher entfielen, kommen im Jahre 1910 schon 52 auf die gleiche Einwohnerzahl. Das durchschnittliche Buchguthaben hat sich innerhalb dieser 20 Jahre von 454 Mk. auf 562 Mk. erhöht, und das Guthaben pro Kopf der Bevölkerung hat sich, indem es von 153 Mk. auf 295 Mk. stieg, nahezu verdoppelt.

[1] Verwaltungsberichte der städtischen Sparkasse zu Halle a. S. für die betreffenden Jahre.

In der Zahl der Konten zeigte sich insofern eine Verschiebung, als die Konten mit niederen Beträgen zugunsten der mit höheren etwas zurückgegangen sind.

Tabelle XXVIII. Die Zahl der Konten der städtischen Sparkasse nach ihrer Höhe 1890—1910[1].

im Jahre	Konten					
	bis 150 Mk. einschl.		von 150—600 Mk.		über 600 Mk.	
	Stückzahl	in % der Gesamtkonten	Stückzahl	in % der Gesamtkonten	Stückzahl	in % der Gesamtkonten
1890	18 275	53,51	9 066	26,56	6 798	19,93
1895	24 895	54,10	11 522	25,04	9 598	20,86
1900	33 270	52,93	15 512	24,67	14 080	22,40
1905	41 307	51,95	19 096	24,01	19 119	24,04
1910	48 580	51,96	22 711	24,28	22 207	23,76

Von sozialistischer Seite[2] hat man diese Erscheinung an der Hand der Daten für die preußischen Sparkassen neben der Art und Weise der Anlage der in den Sparkassen gesammelten Kapitalien als Kennzeichen und bezeichnend für den rein kapitalistischen Charakter der Sparkassen geltend zu machen versucht. Die Art und Weise der Anlage der Gelder fällt hier aus der Erörterung. Was die Verschiebung der Kontenzahl angeht, so hat man dabei unsers Erachtens vollkommen ignoriert, daß in den letzten Jahrzehnten, wie wir sahen, eine nachhaltige Verschiebung der Wohlhabenheits-, Lohn- und Einkommensverhältnisse gerade in der für die Sparkassen in Frage kommenden Bevölkerung stattgefunden hat, wodurch zweifellos auch die Zahl der Konten nach der Höhe ihrer Einlagen eine Verschiebung erfahren, die kleinen Konten an Bedeutung etwas verlieren mußten.

Daß jedenfalls bei der halleschen Sparkasse von einem rein kapitalistischen Charakter auch nicht entfernt die Rede sein kann, wird zunächst einmal schon bewiesen durch den durchschnittlich auf ein Sparkassenbuch entfallenden Betrag von 562 Mk. im Jahre 1910. Käme den höheren Konten eine größere Bedeutung zu, so müßte sich dieser Betrag erheblich höher stellen, so zeigt er, wie die kleinen Konten bis zu 600 Mk. voll und ganz das

[1] Verwaltungsberichte der städtischen Sparkasse zu Halle a. S. für die betreffenden Jahre.

[2] Ernst Link, in der „Neuen Zeit", Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Nr. 2, 13. Oktober 1911. 30. Jahrg. Bd. I S. 58 ff., Artikel „Sind die Sparkassen Wohlfahrtseinrichtungen?"

Übergewicht haben. Welche nur geringe Zunahme ferner die höheren Konten in den letzten Jahrzehnten aufzuweisen haben, zeigen folgende Zahlen: Der Prozentsatz der Konten über 3000—10 000 Mk. an der Gesamtkontenzahl stellte sich 1890 auf 2,46 %, 1895 auf 2,61 %, 1900 auf 3,12 %, 1905 auf 3,81 % und sank 1910 auf 3,61 %. Der Anteil der Konten über 10 000 Mk. an der Gesamtzahl ergab 1895 0,17 %, ging im Jahre 1900 auf 0,05 und 1905 auf 0,15 % zurück, stieg im Jahre 1910 auf 0,20 %. Von den 2,90 %, um welche die Zahl der Konten über 600 Mk. im Verhältnis zur Gesamtkontenzahl im Jahre 1910 gegen 1895 gestiegen ist, entfallen 1,13 % auf Konten von 3000—10 000 Mk. und über 10 000 Mk., dagegen 1,77 % auf solche von 600—3000 Mk.

Die Entwicklung der halleschen Sparkassenverhältnisse spricht unsers Erachtens mit Entschiedenheit zunächst einmal für den außerordentlichen Sparsinn der Bevölkerung, dann aber, und hauptsächlich für ein Zunehmen des Wohlstandes der arbeitenden Klassen, für die stetig gewachsene Zahl der kleineren und mittleren Vermögen, worauf uns auch schon die Betrachtung der allgemeinen Wohlhabenheitsverhältnisse an der Hand der Steuerveranlagungsergebnisse geführt hatte. —

Nichts aber kann wohl zum Schluß deutlicher für die zunehmend günstigere oder ungünstigere Gestaltung der gesamten materiellen Lage einer Bevölkerung sprechen, als die Bewegung ihrer Sterbeziffer. Die Sterblichkeitsverhältnisse, wie sie sich in Halle in den letzten Dezennien gestaltet haben, geben hier zweifellos Zeugnis für eine nachhaltige Besserung derselben.

Tabelle XXIX. Die Sterblichkeit in Halle in den letzten Jahrzehnten (1872—1910)[1].

im Jahrfünft	Zahl der Gestorbenen absolut	Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner
1872—1875	5 826	25,7
1876—1880	8 246	24,9
1881—1885	9 746	25,3
1886—1890	10 913	23,7
1891—1895	12 376	22,5
1896—1900	15 017	13,4
1901—1905	17 163	21,2
1906—1910	16 717	19,0

[1] Statistische Jahresübersichten zu Halle a. S. 1910. Heft 15 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. Tabelle 14 S. 15.

Die Sterbeziffer ist mehr und mehr zurückgegangen. In den letzten 15 Jahren anhaltend und ziemlich intensiv. Im Jahrfünft 1896—1900 kamen im Durchschnitt jährlich noch 23,4 Gestorbene auf je 1000 Einwohner, im Jahrfünft 1905—1910 nur noch 19,0 [1]. Das Zurückgehen der Sterbeziffer, wie es sich schon seit Beginn der 70er Jahre — wo sie sich auf 25,7 pro 1000 Einwohner (Durchschnitt 1872—1875) stellte —, wenn auch nicht gänzlich ohne Unterbrechung bemerkbar macht, erscheint um so bedeutsamer und ist um so freudiger zu begrüßen, als sich Halle in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zur Industrie- und Großstadt entwickelt hat. Letztere stellt aber an die körperlichen wie geistigen Kräfte des Menschen weit höhere Forderungen als das Leben in kleineren Städten, zerrüttet seine Kräfte nachhaltiger und verbraucht den Menschen im allgemeinen erheblich schneller.

Wie die gesamte Sterblichkeit, so zeigt auch seit Beginn des letzten Jahrhunderts die Säuglingssterblichkeit eine stark fallende Tendenz.

Tabelle XXX. Die Säuglingssterblichkeit in Halle 1896—1910 [2].

im Jahrfünft	Es starben von 100 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr:		
	Zahl der Gestorbenen insgesamt	davon ehelich	davon unehelich
1896—1900	23,9	21,9	35,1
1901—1905	21,6	19,8	31,4
1906—1910	18,7	16,9	26,8

Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist die Sterblichkeit pro 100 Lebendgeborene um 5,6, d. h. um 25,1 % zurückgegangen. In den Jahren 1906 bis 1910 starben von 100 Lebendgeborenen vor Vollendung des ersten Lebensjahres 1906: 20,5, 1907: 20,1, 1908: 18,7, 1909: 17,6, 1910: 16,7 [3].

Die Verhältnisse erscheinen noch günstiger, wenn man berücksichtigt, in welch hohem Maße an der Gesamtsäuglingssterblichkeit die unehelichen Säuglinge beteiligt sind. Beispielsweise beläuft sich die Sterblichkeit der

[1] In den Jahren 1906—1910 kamen auf je 1000 Einwohner Gestorbene: 1906: 20,3, 1907: 19,6, 1908: 19,0, 1909: 18,4, 1910: 17,5. (Heft 15 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. Tabelle 23.)

[2] „Die Säuglingssterblichkeit in Halle a. S." Statistische Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Halle a. S. Jahrg. 1911, August, S. 30.

[3] „Die Säuglingssterblichkeit in Halle", a. a. O. S. 31, 32.

ehelichen Säuglinge im Jahre 1910 auf 14,9, die allgemeine Sterblichkeit unter dem Einfluß der unehelichen auf 16,7 pro 100 Lebendgeborene[1].

Das Zurückgehen der Gesamtsterblichkeit wie der Säuglingssterblichkeit ist aber, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in erster Linie auf ein Zurückgehen derselben und eine nachhaltige Besserung der materiellen Lage, insbesondere der unteren Bevölkerungsklassen zurückzuführen.

Schluß.

Blicken wir zurück, so läßt sich also in Halle trotz der in den letzten Jahrzehnten erfolgten Erhöhung der Lebenskosten, der nachhaltigen Verteuerung des Nahrungsbedürfnisses und der Steigerung der Wohnungsmieten ein Aufsteigen insbesondere der arbeitenden Klassen beobachten, und zwar sind es wieder die wirtschaftlich schwächsten Teile derselben, wo die Lohnerhöhung nicht nur dem Steigen der Kosten des Lebensunterhaltes entsprochen hat, sondern vielfach wesentlich darüber hinausgegangen, zu einer Hebung der gesamten Lebenshaltung des Standard of life ausreichend gewesen ist und zu einer solchen tatsächlich auch geführt hat.

Auch die wirtschaftliche Lage der städtischen Beamten und Angestellten ist in Ansehung der Gestaltung der Preisverhältnisse und der Verschiebung der Einkommensverhältnisse eine ungünstigere nicht geworden. Demgegenüber läßt sich diese Tatsache nicht behaupten mit Beziehung auf einen nicht unerheblichen Teil der unteren, mittleren und höheren Reichs- und Staatsbeamten und eine Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse derselben muß vielfach zweifelsohne als unumgänglich notwendig erscheinen.

Auf der anderen Seite kann aber die Gestaltung der Preisverhältnisse der gewöhnlichsten Lebensmittel, insbesondere der animalischen Produkte, wie sie im Laufe des letzten Jahrzehnts, speziell wieder in den letzten fünf Jahren in Erscheinung getreten ist, als eine gesunde kaum angesehen werden.

Wenn aber, wie es in der letztverflossenen Reichstagswahlkampagne von sozialistischer Seite geschehen ist, die herrschende Lebensmittelteuerung als Agitationsmittel benutzt und ein Bild von der elenden Lage der arbeitenden Klassen — wie immer bei derartigen Gelegenheiten — entworfen worden ist, so entbehrt solches zweifelsohne jeder Berechtigung. Man verläßt damit den Boden der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse, verkennt, wie die nachhaltige Verschiebung der Wohlhabenheits-,

[1] a. a. O. S. 32.

Lohn- und Einkommensverhältnisse trotz der Verteuerung der gewöhnlichsten Lebensbedingungen wohl kaum anders derart, wie gerade in den arbeitenden Klassen, eine Befriedigung der steigenden Ansprüche ermöglicht, und eine allgemeine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeigeführt hat.

Deshalb bleibt die Frage, ob die wirtschaftliche Lage der unteren Klassen nach mancher Richtung hin nicht besser sein könnte, als sie es zurzeit tatsächlich ist, immer eine offene und wird entschieden bejaht werden müssen.

Anhang. Wirtschaftsrechnungen.

Halle a. S.[1]

Lfd. Nr.	Gliederung der Einnahmen und Ausgaben	2 Pers. Hilfsaufseher Ehepaar	2 Pers. Städt. Arbeiter Ehepaar	2 Pers. Maler Ehepaar	3 Pers. Maler Ehepaar 1 Kind v. 1 Jahr	3 Pers. städt. Arbeiter Ehepaar 1 Kind v. 1 Jahr	3 Pers. Schlosser Ehepaar 1 Kind v. 3 Jahren	3 Pers. städt. Aufseher Ehepaar 1 Kind v. 3 Jahren	3 Pers. städt. Arbeiter Ehepaar 1 Kind v. 4 Jahren	3 Pers. städt. Aufseher Ehepaar 1 Kind v. 5 Jahren	3 Pers. Seiler Ehepaar 1 Kind v. 12 Jahren	4 Pers. Kernmacher Ehepaar 2 Kinder von 1 und 5 Jahren	4 Pers. Arbeiter Ehepaar 2 Kinder von 1 und 8 Jahren	Lfd. Nr.
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
	Einnahmen													
1	Arbeitsverdienst des Mannes	1342,00	1235,46	953,29	1145,26	1414,20	1306,28	1625,00	918,45	1625,00	1114,03	959,20	1120,70	1
2	Nebenarbeit des Mannes	7,17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,06	—	2
3	Einnahme der Ehefrau	—	—	195,08	120,90	—	58,35	—	56,00	—	99,00	33,35	85,36	3
4	Beitrag der Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
5	Untervermietung	—	—	—	—	—	18,00	—	—	—	—	—	—	5
6	Sonstige bare Einnahmen	30,00	23,00	46,75	—	—	149,95	39,00	—	—	306,37	174,86	221,30	6
7	Naturaleinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7
	zusammen	1379,17	1258,46	1195,12	1266,16	1414,20	1532,58	1664,00	974,45	1625,00	1519,40	1179,47	1427,36	
	Ausgaben													
1	Nahrungs- und Genußmittel	885,08	886,06	633,76	620,42	918,24	628,46	771,93	543,92	659,81	767,92	612,20	826,26	1
2	Kleidung, Wäsche, Reinigung	112,46	199,04	69,20	105,14	117,93	228,79	276,04	222,04	293,94	137,30	97,33	111,97	2
3	Wohnung und Haushalt	208,63	177,35	208,97	292,94	213,85	287,21	244,11	121,00	213,44	198 35	237,85	251,74	3
4	Heizung und Beleuchtung	54,57	64,10	51,13	56,37	40,20	52,35	53,06	60,15	51,33	55,19	47,02	71,11	4
5	Gesundheits- und Körperpflege	8,50	3,75	1,10	6,30	0,50	9,00	34,20	17,40	44,66	254,30	27,47	6,00	5
6	Unterricht, Schulgeld u. Lernmittel	—	—	—	—	—	1,40	—	—	6,00	6,85	1,80	0,30	6
7	Geistige u. gesellige Bedürfnisse	7,99	8,10	43,42	16,18	24,10	75,90	37,57	7,95	49,28	13,60	86,96	44.40	7
8	Staat, Gemeinde, Kirche	28,66	35,64	1,27	7,88	34,57	16,47	10,35	16,14	30,61	24,30	3,81	29,48	8
9	Vor- u. Fürsorge (Versicherung)	51,74	6 90	0,80	62,16	—	28,15	134,30	—	58,51	58,70	—	14,25	9
10	Verkehrsmittel	7,25	5,50	31,28	8,00	5,30	25,45	10,62	1,10	43,30	0,90	27,34	2,30	10
11	Persönliche Bedienung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	— —	11
12	Geldgeschenke usw.	0,40	—	8,90	—	0,50	12,60	2,20	—	2,05	—	1,68	0,50	12

13	Schuldentilgung und Zinsen . .	—	—	—	—	—	—	—	27,10	7,00	—	0,65	7,00	13
14	Erwerbskosten	3,00	10,40	—	0,30	—	—	8,71	—	22,57	2,75	11,08	25,58	14
15	Sonstige Ausgaben	5,50	67,20	32,40	35,19	5,88	38,67	68,54	3,60	45,08	6,10	23,24	17,74	15
16	Nichtverteilte Naturalien. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16
17	Ersparnisse	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	17
	zusammen	1373,78	1464,04	1082,23	1211,88	1361,07	1414,45	1651,63	1020,40	1527,58	1526,26	1178,43	1408,63	
	Überschuß (+), Fehlbetrag (—)	+ 5,39	− 205,58	+ 112,89	+ 54,28	+ 53,13	+ 118,13	+ 12,37	− 45,95	+ 97,42	− 6,86	+ 1,04	+ 18,73	

Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel

1	Fleisch, Schinken, Speck	162,78	225,70	122,14	137,52	193,60	118,87	211,76	65,87	197,95	174,99	78,84	130,03	1
2	Wurst	82,09	87,15	52,91	46,05	110,10	67,22	59,61	33,89	26,90	67,74	36,15	89,20	2
3	Fische, auch geräuchert.	15,62	10,28	14,78	7,34	14,90	12,02	8,24	14,05	9,19	19,28	8,56	29,49	3
4	Butter	106,37	110,01	71,46	57,17	73,73	35,37	65,50	—	25,74	69,16	32,79	38,61	4
5	Schmalz, Margarine usw. . . .	52,22	16,21	23,36	15,93	31,66	52,72	30,29	97,50	21,82	43,36	40,13	58,22	5
6	Käse	44,29	12,82	7,29	5,53	6,10	10,19	11,62	15,30	6,21	10,25	8,21	7,90	6
7	Eier	51,46	36,90	32,88	16,86	18,71	15,07	17,62	12,99	18,45	12,81	10,20	16,91	7
8	Kartoffeln	20,11	12,00	21,19	14,14	15,60	18,33	25,40	28,02	7,66	24,18	29,64	31,04	8
9	Grünwaren	34,78	19,10	29,92	20,84	27,40	10,84	16,61	8,52	5,36	32,56	14,32	19,51	9
10	Salz, Gewürz, Öl	8,07	5,45	5,28	8,17	5,75	5,20	8,34	11,51	11,92	7,23	4,78	15,49	10
11	Zucker, Sirup, Honig	4,69	21,51	12,99	15,96	15,17	16,37	23,61	14,41	23,20	14,28	28,40	16,13	11
12	Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw.	15,60	17,75	9,70	21,03	25,24	17,14	15,63	18,11	9,53	30,15	12,84	19,22	12
13	Obst und Südfrüchte	28,31	10,96	25,92	18,22	11,56	23,54	24,30	4,66	16,03	18,00	32,48	11,26	13
14	Brot und Backwaren	140,90	124,84	92,00	69,89	144,33	112,70	126,77	129,05	124,08	141,28	150,11	178,15	14
15	Kaffee und Kaffeeersatz	29,58	35,38	25,13	8,55	36,88	23,55	11,31	31,89	14,44	25,04	19,48	27,93	15
16	Tee, Schokolade, Kakao	0,80	2,40	5,35	4,20	11,00	12,03	17,86	5,30	8,25	6,20	9,77	2,55	16
17	Milch	31,75	73,10	34,65	96,75	76,60	42,10	55,20	39,42	69,48	20,45	32,85	32,41	17
18	Übrige Getränke im Hause. . .	20,27	26,90	23,19	13,18	62,23	5,88	12,93	4,00	43,13	10,37	23,54	57,58	18
19	Sonstige Nahrungsmittel . . .	0,65	1,00	0,50	0,66	4,60	3,38	3,88	1,10	4,95	2,30	15,60	1,35	19
20	Tabak und Zigarren	3,84	36,60	22,82	22,73	21,58	16,74	—	8,33	0,12	19,44	19,05	23,90	20
21	Ausgaben in Gastwirtschaften .	30,90	—	0,30	19,70	11,50	9,20	25,45	—	15,40	18,85	13,46	19,38	21
	zusammen	885,08	888,06	633,76	620,42	918,24	628,46	771,93	543,92	659,81	767,92	612,20	826,26	

[1] Die Wirtschaftsrechnungen für Halle a. S. sind entnommen Heft 13 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S., „Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen in Halle a. S. und Umgebung 1909/10".

Wirtschaftsrechnungen (Fortsetzung).

Halle a. S.

Lfd. Nr.	Gliederung der Einnahmen und Ausgaben	4 Pers. Tapezier. u. Dekor.	4 Pers. Zimmerpolier	4 Pers. Maschinist	4 Pers. städt. Arbeiter	4 Pers. Schriftsetz., Gauverw.	4 Pers. städt. Arbeiter	5 Pers. Eisendreher	5 Pers. Kesselschmied	5 Pers. städt. Arbeiter	5 Pers. Litograph	5 Pers. Maurer	6 Pers. städt. Arbeiter	Lfd. Nr.
		Ehepaar 2 Kinder von 2 und 8 Jahren	Ehepaar 2 Kinder von 3 und 8 Jahren	Ehepaar 2 Kinder von 3 und 5 Jahren	Ehepaar 2 Kinder von 5 und 13 Jahren	Ehepaar 2 Kinder von 11 u. 16 Jahren	Ehepaar 2 Kinder von 16 u. 19 Jahren	Ehepaar 3 Kinder v. 1, 3 u. 5 Jahren	Ehepaar 3 Kinder v. 4, 10 u. 11 Jahren	Ehepaar 3 Kinder v. 5, 6 u. 13 Jahren	Ehepaar 3 Kinder v. 5, 6 u. 7 Jahren	Ehepaar 3 Kind v. 12, 17 und 22 Jahren	Ehep. 3 K. v. 1, 8 u. 17 J. u. 1 erw. Pension.	
		13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
		Einnahmen												
1	Arbeitsverdienst des Mannes .	1479,74	1693,23	1692,00	1233,41	2174,66	1261,60	1653,85	1206,10	1079,40	2288,00	1364,57	1478,77	1
2	Nebenarbeit des Mannes . . .	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		2
3	Einnahme der Ehefrau	63,00	—	—	120,00	—	—	—	70,10	421,22	—	68,00	—	3
4	Beitrag der Kinder	—	—	—	—	203,70	144,00	—	—	49,45	—	61,70	249,00	4
5	Untervermietung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	87,00	5
6	Sonstige bare Einnahmen . . .	61,00	—	22,00	33,65	242,14	52,33	137,92	140,62	—	110,65	76,31	168,80	6
7	Naturaleinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-	7
	zusammen	1604,94	1693,23	1714,00	1387,06	2620,50	1457,03	1791,77	1416,82	1550,07	2398,65	1570,58	1983,57	
		Ausgaben												
1	Nahrungs- und Genußmittel . .	796,24	786,69	1211,72	1016,27	1049,90	990,86	1007,29	883,61	1125,77	1129,09	1017,89	1103,91	1
2	Kleidung, Wäsche, Reinigung . .	163,35	328,17	143,61	298,40	486,01	65,88	309,34	246,38	580,65	350,92	194,11	160,08	2
3	Wohnung und Haushalt	278,47	228,47	201,35	160,25	315,06	217,35	217,40	178,16	223,60	329,09	151,65	285,66	3
4	Heizung und Beleuchtung . . .	87,25	30,13	17,30	31,84	64,89	18,38	64,33	45,61	98,40	59,20	48,07	61,38	4
5	Gesundheits- und Körperpflege .	20,45	56,40	15,60	—	59,05	0,95	24,90	13,85	44,35	50,36	31,10	5,25	5
6	Unterricht, Schulgeld u. Lernmittel	5,35	6,53	4,50	0,50	3,07	—	0,60	0,75	4,30	110,81	2,30	2,20	6
7	Geistige u. gesellige Bedürfnisse	21,60	34,32	54,95	1,85	109,06	10,90	53,65	33,34	31,55	58,01	45,40	66,85	7
8	Staat, Gemeinde, Kirche. . . .	5,72	17,12	39,78	8,10	55,92	25,60	43,86	18,30	16,08	78,55	16,93	5,06	8
9	Vor- u. Fürsorge (Versicherung)	5,80	35,80	50,96	24,50	90,95	1,65	—	74,97	—	220,02	39,90	—	9
10	Verkehrsmittel	0,50	13,15	4,40	—	38,70	4,89	3,73	0,90	10,40	9,59	2,50	1,20	10

11	Persönliche Bedienung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,10	—	11
12	Geldgeschenke usw.	—	6,39	1,00	—	26,38	—	3,30	3,50	—	11,78	—	0,25	12
13	Schuldentilgung und Zinsen	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	20,00	13
14	Erwerbskosten	4,83	5,50	—	—	89,10	—	—	33,55	6,75	—	39,15	—	14
15	Sonstige Ausgaben	12,55	196,02	39,05	3,20	40,47	—	33,80	12,62	69,15	56,32	33,12	17,90	15
16	Nichtverteilte Naturalien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16
17	Ersparnisse	—	—	—	—	237,00	—	—	—	—	—	—	—	17
	zusammen	1402,11	1744,77	1784,22	1594,91	2656,65	1337,85	1762,20	1545,54	2211,02	2264,10	1622,22	1729,74	
	Überschuß (+), Fehlbetrag (—)	+202,83	− 51,54	− 70,22	207,85	− 45,06	+120,08	+ 29,57	−128,72	660,95	− 65,45	− 51,64	+253,83	

Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel

1	Fleisch, Schinken, Speck	99,10	160,35	210,85	219,79	104,61	166,90	157,78	164,33	170,02	206,18	242,86	239,33	1
2	Wurst	81,56	81,91	165,45	115,03	102,48	116,45	127,38	64,92	81,60	117,12	96,85	72,02	2
3	Fische, auch geräuchert	9,77	19,14	34,02	47,58	16,97	9,04	23,01	24,87	16,67	26,24	8,47	5,05	3
4	Butter	26,78	70,92	118,20	108,63	100,37	103,53	103,90	115,82	80,07	118,78	94,21	47,03	4
5	Schmalz, Margarine usw.	72,03	48,03	51,45	46,74	52,60	36,60	36,03	52,64	51,18	13,57	22,78	78,37	5
6	Käse	25,45	11,15	14,75	19,43	39,95	18,30	16,30	19,13	21,89	16,51	13,42	50,75	6
7	Eier	13,77	12,23	8,15	26,00	30,47	33,20	25,54	13,32	31,99	24,65	30,59	51,40	7
8	Kartoffeln	43,56	21,70	22,20	28,54	8,83	18,32	26,29	12,05	41,87	20,27	—	39,35	8
9	Grünwaren	14,76	31,33	22,59	15,95	15,15	16,38	22,53	15,46	41,72	25,35	22,12	22,10	9
10	Salz, Gewürz, Öl	5,14	7,12	13,40	11,31	4,35	4,96	5,50	7,69	13,97	11,26	8,54	13,28	10
11	Zucker, Sirup, Honig	25,64	17,89	25,18	25,08	50,75	31,38	25,45	32,54	26,27	26,84	17,38	36,95	11
12	Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw.	27,91	16,99	30,91	45,81	30,46	28,05	22,58	16,95	46,76	25,89	25,90	44,75	12
13	Obst und Südfrüchte	5,99	30,75	18,50	26,12	65,93	26,14	30,54	31,51	50,13	46,44	31,06	21,80	13
14	Brot und Backwaren	176,38	164,32	183,51	164,63	214,56	126,45	154,63	304,02	263,20	219,31	149,96	203,65	14
15	Kaffee und Kaffeeersatz	17,13	18,52	65,60	23,74	2,75	21,99	28,97	25,90	42,92	11,39	21,69	30,99	15
16	Tee, Schokolade, Kakao	5,54	3,55	15,15	15,08	16,24	3,35	14,83	4,20	19,40	36,80	5,85	8,48	16
17	Milch	87,45	44,60	77,80	41,30	128,08	66,10	76,90	50,04	57,21	116,13	34,06	83,60	17
18	Übrige Getränke im Hause	13,01	5,15	20,41	32,86	20,73	57,08	33,06	6,69	2,30	9,63	77,64	21,61	18
19	Sonstige Nahrungsmittel	2,20	4,05	1,50	0,25	7,69	4,40	4,45	2,30	9,85	6,43	0,75	1,30	19
20	Tabak und Zigarren	11,94	3,24	26,00	2,40	—	52,14	20,55	8,00	43,50	7,85	72,74	32,30	20
21	Ausgaben in Gastwirtschaften	31,13	13,75	86,10	—	36,93	10,00	51,07	11,23	13,25	42,45	41,02	—	21
	zusammen	796,24	786,69	1211,72	1016,27	1049,90	990,75	1007,29	883,61	1125,77	1129,09	1017,89	1103,91	

Wirtschaftsrechnungen (Fortsetzung).

Halle a. S.

Durchschnitt von Wirtschaftsrechnungen aus dem Deutschen Reiche [1]

Lfd. Nr.	Gliederung der Einnahmen und Ausgaben	6 Pers. Maschinenmeister Ehepaar 4 Kinder v. 3, 6, 10 und 12 Jahren	6 Pers. Dreher Ehepaar 4 Kinder v. 1, 5, 8 und 10 Jahren	7 Pers. städt. Arbeiter Ehepaar 5 Kinder v. 1,5, 8, 12 u. 13 Jahren	7 Pers. Heizer und Dachdecker Ehep. 4 K. v. 3, 10, 12, 17 J. u. 1 erw. Pers.	7 Pers. städt. Arbeiter Ehepaar 5 K nder v. 12, 13, 16, 18, 20 Jahren	10 Pers. Arbeiter Ehepaar 8 K. v. 1, 2, 4, 7, 8, 9, 12, 14 Jahren	Durchschnitt von 102 Familien im Reich mit 3000 bis 4000 Mk. Ausgaben	Durchschnitt von 34 Familien im Reich mit 4000 bis 5000 Mk. Ausgaben	Durchschnitt von 5 Familien im Reich mit über 5000 Mk. Ausgaben	Lfd. Nr.
		25	26	27	28	29	30	1	2	3	
	Einnahmen										
1	Arbeitsverdienst des Mannes	1605,00	1075,36	1035,93	1301,50	1064,40	1466,94				1
2	Nebenarbeit des Mannes	1,00	—	—	—	—	—				2
3	Einnahme der Ehefrau	56,25	—	199,40	146,20	—	—				3
4	Beitrag der Kinder	—	—	28,50	9,00	336,55	36,25				4
5	Untervermietung	374,50	—	—	101,50	—	—				5
6	Sonstige bare Einnahmen	358,12	167,00	93,00	—	84,35	86,12				6
7	Naturaleinnahmen	—	—	—	—	—	—				7
	zusammen	2394,87	1242,36	1356,83	1558,20	1485,30	1589,31				
	Ausgaben										
1	Nahrungs- und Genußmittel	1441,68	736,97	886,97	1086,06	1032,18	1072,63	1290,63	1423,12	1780,43	1
2	Kleidung, Wäsche, Reinigung	323,28	122,91	182,12	433,97	199,77	290,11	475,87	637,71	875,34	2
3	Wohnung und Haushalt	398,85	194,49	159,68	12,35	231,80	228,61	626,75	835,21	871,94	3
4	Heizung und Beleuchtung	80,62	33,50	35,35	66,00	69,32	38,56	123,70	134,47	179,01	4
5	Gesundheits- und Körperpflege	29,40	17,60	19,20	13,00	22,40	14,23	115,76	201,38	154,34	5
6	Unterricht, Schulgeld u. Lernmittel	12,28	8,70	10,98	44,20	5,45	2,00	77,00	159,19	451,44	6
7	Geistige u. gesellige Bedürfnisse	98,80	35,55	41,93	44,35	11,60	28,70	147,50	203,31	276,39	7
8	Staat, Gemeinde, Kirche	41,15	9,58	6,72	24,33	7,08	—	67,16	73,34	166,98	8
9	Vor- u. Fürsorge (Versicherung)	111,74	—	29,00	27,48	2,60	45,67	121,75	183,46	339,50	9
10	Verkehrsmittel	24,70	—	2,05	23,10	4,10	0,80	40,10	79,00	55,09	10
11	Persönliche Bedienung	—	—	—	—	—	5,00	40,60	57,65	152,97	11
12	Geldgeschenke usw.	2,90	0,75	—	—	—	0,10	39,37	32,01	41,60	12

13	Schuldentilgung und Zinsen . .	52,00	7,00	2,00	24,00	—	—	63,67	78,63	30,00	13
14	Erwerbskosten	9,66	—	—	34,87	—	40,45	8,27	6,74	266,30	14
15	Sonstige Ausgaben	15,86	14,30	11,25	21,00	1,30	16,10	100,53	146,96	124,99	15
16	Nichtverteilte Naturalien. . . .	—	—	—	—	—	—	—	5 32	—	16
17	Ersparnisse.	—	—	—	—	—	—	47,74	97,13	78,20	17
	zusammen	2642,92	1181,35	1387,25	1854,71	1587,60	1782,96	3386,40	4332,72	5868,43	
	Überschuß (+), Fehlbetrag (—)	− 248,05	+ 61,01	30,42	296,51	− 102,30	− 193,65				
	Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel										
1	Fleisch, Schinken, Speck	378,04	126,10	134,77	120,22	223,35	182,55	260,82	291,06	361,09	1
2	Wurst	146,10	132,05	147,93	100,21	88,60	91,75	65,53	70,42	100,77	2
3	Fische, auch geräuchert.	20,65	5,35	16,94	38,01	12,64	10,22	21,87	23,09	40,86	3
4	Butter	83,40	4,60	3,30	102,74	132,73	12,97	127,08	154,81	212,39	4
5	Schmalz, Margarine usw. . . .	87,50	79,47	87,96	159,27	53,70	171,05	31,78	30,20	29,36	5
6	Käse	18,00	5,35	22,07	39,19	16,11	11,35	18,18	19,78	26,38	6
7	Eier	56,11	10,78	9,46	12,43	31,28	10,99	45,43	43,20	57,72	7
8	Kartoffeln	57,06	46,87	31,71	62,83	41,28	2,70	35,34	35,53	49,11	8
9	Grünwaren	56,32	23,90	19,64	22,22	15,91	11,25	39,02	46,50	60,35	9
10	Salz, Gewürze, Öl	10,70	5,98	7,23	10,52	12,54	12,78	11,18	11,35	17,44	10
11	Zucker, Sirup, Honig	39,15	15,40	31,36	21,43	52,51	35,86	34,20	32,92	26,75	11
12	Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw.	30,23	28,17	25,39	26,73	39,03	27,65	35,94	38,77	36,12	12
13	Obst und Südfrüchte	37,90	8,24	26,24	21,97	25,95	23,73	47,37	67,14	73,87	13
14	Brot und Backwaren	290,72	170,37	218,68	256,14	194,30	333,27	193,74	205,05	224,31	14
15	Kaffee und Kaffeeersatz	48,81	14,20	46,15	28,08	23,00	14,51	30,82	33,76	28,71	15
16	Tee, Schokolade, Kakao	1,68	1,05	2,65	4,60	2,10	2,25	15,79	15,53	11,95	16
17	Milch	28,20	42,71	33,10	9,98	50,95	38,60	128,20	142,45	149,14	17
18	Übrige Getränke im Hause . .	7,06	11,09	14,59	42,92	6,40	23,20	39,59	44,50	70,44	18
19	Sonstige Nahrungsmittel . . .	0,93	0,40	0,35	3,15	1,20	7,29	5,88	5,83	5,38	19
20	Tabak und Zigarren	34,90	3,01	—	2,46	8,00	11,26	29,42	36,76	54,42	20
21	Ausgaben in Gastwirtschaften .	8,22	1,88	7,45	0,96	—	28,40	73,45	74,47	143,87	21
	zusammen	1441,68	736,97	886,97	1086,06	1032,18	1072,63	1290,63	1423,12	1780,43	

[1] Nach der Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich. Bearbeitet vom Kaiserlichen Statistischen Amt. 2. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes. Berlin 1909, S. 163 ff.

I.

Wirtschaftsrechnung einer Familie in Halle mit 6000—7000 Mk. Ausgaben.

Es handelt sich um das Budget eines Beamten; der Haushalt besteht aus dem Haushaltungsvorstand, seiner Frau, drei erwachsenen Kindern und einem Dienstboten. Das Budget ist berechnet auf Grund eines im Haushalt für das Jahr 1909 geführten „Wirtschaftsbuches für deutsche Beamtenfrauen".

Ausgaben für:			Prozent der Gesamthaushaltsausgaben
1. Nahrungs- und Genußmittel	2649,45	Mk.	39,56
2. Kleidung, Wäsche, Reinigung	1381,76	„	20,63
3. Wohnung und Haushalt	827,23	„	12,36
4. Heizung und Beleuchtung	205,99	„	3,08
5. Gesundheits- und Körperpflege	42,10	„	0,63
6. Unterricht, Schulgeld, Lernmittel	158,75	„	2,37
7. Geistige und gesellige Bedürfnisse	881,74	„	13,17
8. Staat, Gemeinde, Kirche	288,76	„	4,33
9. Vor- und Fürsorge (Versicherung)	25,58	„	0,39
10. Persönliche Bedienung	119,20	„	1,78
11. Sonstige Ausgaben	114,02	„	1,70
zusammen	6694,58	Mk.	100,00

I. Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel.			Prozent der Gesamtnahrungsausgaben
1. Fleisch und Fisch	612,33	Mk.	23,12
2. Wurstwaren, Schinken, Speck, auch Käse	359,80	„	13,57
3. Butter und Schmalz	454,49	„	17,16
4. Eier	79,66	„	3,00
5. Kartoffeln	37,90	„	1,42
6. Grünwaren, Gemüse, Obst	267,85	„	10,12
7. Zucker, Honig usw.	119,25	„	4,50
8. Mehl, Reis, Hülsenfrüchte, Gewürz	83,52	„	3,16
9. Brot und Backwaren	367,67	„	13,87
10. Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade	80,72	„	3,04
11. Milch	162,12	„	6,12
12. Getränke, Wein, Bier	24,14	„	0,92
zusammen	2649,45	Mk.	100,00

II. Kleidung.			Prozent der Ausgaben für „Kleidung"
1. Kleidung, Schuhwerk (Anschaffung und Instandsetzung	1053,39	Mk.	76,23
2. Wäsche (Anschaffung und Instandsetzung)	198,17	„	14,34
3. Reinigung von Kleidung und Wäsche	130,20	„	9,43
zusammen	1381,76	Mk.	100,00

III. Wohnung.		Prozent der Ausgaben f. „Wohnung“
1. Miete (auch Wassergeld)	740,00 Mk.	89,49
2. Ausgaben für den Haushalt, Ausstattung, Reinigung, Reparaturen usw.	87,23 „	10,51
zusammen	827,23 Mk.	100,00

IV. Heizung und Beleuchtung.		Proz. d. Ausgaben f. „Heiz. u. Beleucht.“
1. Heizung	120,68 Mk.	58,58
2. Beleuchtung	85,31 „	41,42
zusammen	205,99 Mk.	100,00

V. Sonstiges (Rubrik 5—11 der Gesamtausgaben).		Prozent der Gesamthaushaltsausgaben
Sonstiges	1630,15 Mk.	24,37

Es betrugen im Prozent der Gesamthaushaltsausgaben die Ausgaben für:

Nahrung:	Kleidung:	Wohnung:	Heizung:	Sonstiges:
39,56	20,63	12,36	3,08	24,37

II.

Budget einer hallescher Familie aus den 80er Jahren mit ca. 18000 Mk. Ausgaben.

Der Haushaltungsvorstand ist ein hoher Beamter; seine Familie besteht aus ihm, seiner Gemahlin und vier Kindern, von denen ein Mädchen über 14 Jahre alt, die andern unter 14 Jahre alt sind und zwar sind alle Kinder tüchtige Esser. Es werden vier Dienstboten gehalten, deren Unterhaltung auf ca. 1600 Mk. geschätzt wurde. Das folgende Budget ist einem von 1883—1886 geführten Haushaltungsbuche entnommen und zwar ist es das Ergebnis der durchschnittlichen Ausgaben dieser Jahre.

Ausgaben für: I. Nahrung.		Prozent der Gesamthaushaltsausgaben
1. Brot	187 Mk.	1,00
2. Weißbrot und Weizenmehl	277 „	1,50
3. Reis, Grieß, Nudeln usw.	34 „	0,18
4. Kartoffeln	85 „	0,50
5. Gemüse und Salate	101 „	0,60
6. Hülsenfrüchte	24 „	0,12
7. Fleisch, Fisch, Wild, Geflügel . . .	1188 „	6,50
8. Wurst und Schinken	224 „	1,20
9. Eier	80 „	0,40
Übertrag	2200 Mk.	12,00

			Prozent der Gesamthaushaltsausgaben
	Übertrag	2200 Mk.	12,00
10.	Milch und Käse	169 „	0,90
11.	Butter	482 „	2,90
12.	Andere Fette	40 „	0,70
13.	Salz	10 „	0,24
14.	Gewürze	15 „	0,06
15.	Kaffee und Tee	253 „	1,08
16.	Kakao und Schokolade	23 „	0,04
17.	Zucker	160 „	0,88
18.	Zigarren, Wein, Bier, Rum	645 „	3,60
19.	Verschiedenes	445 „	2,40
	Summe	4442 Mk.	24,40
	II. Kleidung	1552 „	8,50
	III. Wohnung.		
1.	Miete	2700 Mk.	14,80
2.	größere Anschaffungen und sonstige Ausgaben	600 „	3,40
3.	kleinere Wirtschaftsausgaben	400 „	2,10
4.	Handwerker	360 „	2,00
	Summe	4060 Mk.	22,30
	IV. Heizung und Beleuchtung	470 „	2,60
	V. Reinigung.		
1.	Wäschen	550 Mk.	3,00
2.	Sonstige Ausgaben	125 „	0,70
	Summe	675 Mk.	3,70
	VI. Gesundheitspflege.		
1.	Arzt und Apotheke	350 Mk.	1,90
2.	Badekuren und Reisen	1000 „	5,50
	Summe	1350 Mk.	7,40
	VII. Versicherung. (Lebensversicherung, Witwenkassenbeiträge)	915 „	5,00
	VIII. Unterricht usw., Schulgeld, Bücher usw.	1210 „	6,70
	IX. Steuern und sonstige Abgaben	895 „	4,90
	X. Persönliche Dienstleistungen	1150 „	6,30
	XI. Vergnügungen, Theater, Konzerte	1150 „	6,30
	XII. Diverse Ausgaben	335 „	1,90
	Gesamthaushaltsausgaben	18 206 Mk.	100,00

Anm.: Das Budget ist entnommen Karl Hampke, „Das Ausgabenbudget der Privatwirtschaften". Jena 1888, Anhang.

Lebenslauf.

Ich, Franz Alwin Emil Thieme, evangelischer Konfession, bin geboren am 19. April 1890 zu Calbe a. Milde (Provinz Sachsen) als Sohn des Amtsgerichtssekretärs Ernst Thieme. Nach zweijährigem Besuche der Elementarschule meiner Vaterstadt, trat ich zunächst in die Vorschule, dann in die Oberrealschule der Franckeschen-Stiftungen zu Halle a. Saale ein, welch letztere ich Ostern 1909 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Auf den Universitäten Kiel und Halle-Wittenberg lag ich sechs Semester lang vornehmlich staatswissenschaftlichen, aber auch juristischen und philosophischen Studien ob. Auf Grund vorliegender Untersuchung promovierte ich am 21. Mai 1912 bei der philosophischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg.

Meine Lehrer waren die Herren Professoren und Dozenten: Bauch, v. Blume, Brodnitz, v. Brünneck, Conrad, Deußen, Fleischmann, Gehrig, Geißler, Goldschmidt, Harms, Krueger, E. Loening, Menzer, Niemeyer, Rehme, Stammler, Steinbrück, Wedemeyer, Wolff.

Allen diesen Herren, insbesondere Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. J. Conrad, als dem geistigen Urheber der vorliegenden Arbeit verbindlichsten Dank zu sagen, ist des Schülers angenehmste Pflicht.

Vorliegende Dissertation erscheint gleichzeitig in den „Schriften des Vereins für Sozialpolitik". Band 139 III.

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.